

# Protokoll

des

## Socialisten-Congresses

zu

### Gotha

vom 27. bis 29. Mai 1877.



Hamburg, 1877.

Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Hamburg (e. G.)

Umetungstraße No. 5.

# Vorlage

zum

## Congreß der Social-Demokraten Deutschlands

am 27., 28. und 29. Mai 1877

zu Gotha.

Congreß-Local und Bureau des Empfangs-Comités:

Thüringer Hof.

Sitzungen: Sonntag, den 27. Mai, Vormittags 11 Uhr,  
und die folgenden Tage.

Tages-Ordnung:

- 1) Wahl des Bureau's.
- 2) Feststellung der Reihenfolge der Tages-Ordnung.
- 3) Bericht der Mandatsprüfungs-Commission.
- 4) Bericht der socialistischen Reichstags-Abgeordneten.
- 5) Bericht über Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Wahlen vom 10 Januar 1877.
- 6) Die socialistischen Organisationen in Deutschland.
- 7) Die Parteipresse.
- 8) Das Parteiprogramm.

# Programm

der

## Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Capitalistenclasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterclasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterclasse sein, der gegenüber alle anderen Classen nur eine reactionaire Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von socialistischen Productivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes. Die Productivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die socialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, directes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe, aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Directe Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
  3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
  4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
  5. Rechtspflege durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
  6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.
- Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:
1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
  2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirecten Steuern.
  3. Unbeschränktes Coalitionsrecht.
  4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
  5. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
  6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
  7. Regelung der Gefängnisarbeit.
  8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und Unterstützungscassen.

## Vorwort.

Der Congreß war zum Sonnabend, den 26. Mai, Abends von den zwölf socialistischen Reichstagsabgeordneten Auer, Bebel, Bloß, Braße, Demmler, Frißche, Hasenclever, Kapell, Liebknecht, Most, Motteler und Rittinghausen berufen worden. Zuvor getroffener Uebereinkunft wurden die Mandate von dem Gothaer Localcomité, unter Hinzuziehung von Auer und Derossi, geprüft, so daß die Einsetzung einer Mandatsprüfungs-Commission seitens des Congresses nicht erforderlich war. Dieses Arrangement wurde nachträglich vom Congreß gebilligt.

Die meisten Delegirten trafen am Abend des 26. Mai in Gotha ein und wohnten daselbst der Volksversammlung, welche vom Gothaer Localcomité einberufen worden war, bei. Der Vorsitzende der zahlreich besuchten Volksversammlung war W. Bod. Als Referenten über den ersten Punkt der Tagesordnung „Socialismus und Kleinbürgerthum“ fungirten August Kapell und Max Reisser. Ueber die Thätigkeit des Reichstages, zweiter Punkt der Tagesordnung, sprach Auer. Die Versammlung, welche drei Stunden lang tagte, nahm die Referate mit lebhaftem Beifall auf.

# Anträge.

## Zu 2.

- 1 Socialisten in Düsseldorf beantragen:  
Punkt 4 der vorläufigen Tagesordnung als Punkt 2 zu setzen.
- 2 Parteigenossen in Grimmitzschau beantragen:  
Ein Parteigenosse, welcher Reichstags-Abgeordneter ist, kann kein Mandat zum Congreß vertreten. Derselbe hat indeß beim Congreß beratende Stimme und werden die Diäten für ihn aus der Parteikasse bezahlt.

## Zu 4.

- 3 Bremer Socialisten beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen: Die socialistischen Abgeordneten sollen im Reichstag einheitlich stimmen.
- 4 August Geib in Hamburg beantragt:  
Der Congreß möge beschließen: Am Schluß jeder Session des Reichstags einen gedruckten Bericht über die Thätigkeit der socialistischen Abgeordneten herstellen und verbreiten zu lassen.
- 5 Ottensener Socialisten beantragen:  
Der Congreß möge die socialistischen Abgeordneten beauftragen, daß dieselben dem Reichstag in nächster Session einen Gesetzentwurf bezüglich eines freien Vereins- und Versammlungsgesetzes vorlegen.
- 6 Max Regel in Chemnitz beantragt:  
Der Congreß wolle die socialistischen Reichstags-Abgeordneten beauftragen, im Reichstage die Entfernung der Gotteslästerungs- und Religions Schmähungs-Paragraphen aus dem Reichsstrafgesetzbuche zu beantragen.
- 7 Münchener Socialisten beantragen:  
Der Congreß möge die socialistischen Reichstags-Abgeordneten beauftragen, im Reichstag folgenden Antrag einzubringen: Der deutsche Reichstag beschließt, die Reichsregierung zu ersuchen, dieselbe wolle einen allgemeinen europäischen Völkercongreß veranlassen, der eine allgemeine Abrüstung anzustreben hat. Zur Entscheidung von zwischen Völkern ausgebrochenen Streitigkeiten sind internationale Schiedsgerichte zu berufen, deren Mitglieder aus allgemeinen und directen Wahlen hervorzugehen haben.

## Zu 5.

- Münchener Genossen beantragen: 8  
Der Congreß möge beschließen, daß wenigstens jährlich einmal ein hervorragender Redner (womöglich ein Abgeordneter) Süddeutschland bereist, um hauptsächlich über diejenigen Punkte des socialistischen Programms zu sprechen, welche schon im heutigen Staate durchführbar wären.
- Düsseldorfer Socialisten beantragen: 9  
Die Agitation ist dahin zu regeln, daß die stabile Agitation möglichst zu beschränken, dagegen die fliegende Agitation mehr als bisher zu fördern sei.
- Bremer Parteigenossen beantragen: 10  
Der Congreß wolle beschließen, daß zur Förderung socialistischer Zwecke ein monatlich einmal erscheinendes, möglichst billiges Blatt begründet werde.
- Die Parteigenossen Hamburgs beantragen: 11  
Der Congreß möge beschließen, die Redacteurs des Centralblattes der Partei, „Vorwärts“, dürfen nur in äußersten Fällen und dann nur unter Zustimmung der Parteibehörde zur Agitation verwandt werden. Ausgenommen hiervon ist deren agitatorische Thätigkeit am Ort ihres Sitzes und ihrer eventuellen Wahlkreise.
- Dederaner Parteigenossen beantragen: 12  
Für den 9. sächsischen Wahlkreis einen geeigneten Agitator zu bestimmen.
- Parteigenossen in Barmbeck-Uhlenhorst beantragen: 13  
Auf Kosten der Partei sind geeignete Broschüren zur Vertheilung auf dem Lande herzustellen.
- Genossen in Gera beantragen: 14  
Für den Wahlkreis Neuß j. L. mehr Agitation zu besorgen und die Kosten auf die Centralkasse zu überweisen.
- Dresdener Parteigenossen beantragen: 15  
a. Der Congreß möge beschließen, daß in Zukunft mehr für die schriftliche Agitation, namentlich an Orten, wo Localblätter bestehen, geschieht, zumal durch die Auflösungen der Partei wenig in mündlicher Agitation geschehen kann.  
b. Der Congreß möge beschließen, daß die Schrift: „Was wir brauchen“ baldigst hergestellt werde.
- Parteigenosse Klute in Erfurt beantragt: 17  
Der Congreß wolle beschließen, die Redactionen der Parteiblätter aufzufordern, mehr die Mißstände auf dem Gebiete der Agricultur zu behandeln als wie dies bisher geschehen.
- Parteigenosse Hochheim aus Altona beantragt: 18  
Den 3. thüringischen Wahlkreis, Mühlhausen-Langensalza, bei der Agitation mehr zu berücksichtigen.
- Parteigenossen in Ottenjen beantragen: 19  
Der Congreß möge beschließen, das Programm der Arbeiterpartei mit möglichst umfangreichen Motiven in Form einer Broschüre erscheinen zu lassen, um dieselbe als Agitationsmittel anzuwenden.

- 20 Genossen in Eßthén beantragen:  
Vom 1. Juni ab die Agitation im Anhaltischen besonders zu forciren.
- 21 Die Socialisten in Gießen beantragen:  
Der Congreß wolle beschließen, daß in etwa nothwendigen Fällen, wo die Parteigenossen sich in öffentlicher Versammlung in eine Disputation mit den Gegnern einlassen müssen, das Central-Wahlcomité verpflichtet ist, für einen Referenten zu sorgen, doch soll dem ersteren das Recht der vorherigen Prüfung gelassen werden.
- 22 Parteigenossen in Delmenhorst beantragen:  
Der Congreß möge beschließen, im Großherzogthum Oldenburg einen stabilen Agitator festzusetzen, damit die Agitation besser entfaltet werden kann.
- 23 Genossen in Minden i. Pr. beantragen:  
Dortselbst einen stabilen Agitator in der Person W. Frieds anzustellen.
- 24 Parteigenossen aus Bochum beantragen:  
Die Agitation im dortigen Wahlkreis kräftiger als bisher zu betreiben.
- 25 Genossen in Flensburg beantragen:  
Für den 1., 2., 3. und 4. schleswig-holsteinischen Wahlkreis einen stabilen Agitator anzustellen.
- 26 Parteigenossen in Leipzig beantragen:  
Der Congreß möge beschließen, die Agitation in erster Linie in den Bezirken vorzunehmen, welche sich als besonders günstig für unsere Bestrebungen erwiesen haben.
- 27 Der pfälzisch-badische Arbeitertag, tagend am 25. März 1877 in Mannheim beantragt:  
Der Congreß wolle beschließen, daß Aug. Dreesbach auch fernerhin in Mannheim als Agitator verbleibe.
- 28 Vielefelder Parteigenossen beantragen:  
a. Der Congreß möge in Erwägung ziehen, ob die Zeit der Reichstags-Session zur Agitation für die Partei durch unsere Abgeordneten nicht noch besser, wie bisher, ausgenutzt werden könne.
- 29 b. Der Congreß möge dafür Sorge tragen: a. daß die Reichstags-Verhandlungen, sowie Abstimmungen, soweit solche wesentliches Interesse für das Volk haben, nach Schluß der jedesmaligen Session in gedrängter Kürze zusammengestellt und als Broschüren zur Agitation vertheilt werden, b. daß im Central-Organ von Zeit zu Zeit über die Agitation in den einzelnen Bezirken und Orten, sowie über den Stand der Parteiblätter, nach den von den betreffenden Localblättern gebrachten Mittheilungen und den Berichten der Agitatoren, in übersichtlicher Form Auskunft gegeben werde.
- 30 Genosse Luz in Würzburg beantragt:  
1. Die zwei unterfränkischen Wahlkreise Neustadt a. Saale (Kissingen) und Lohr a. Main;
- 3 2. Bamberg planmäßig agitatorisch zu bearbeiten;

- 3. Schmalkalden und Suhl bei Meiningen bei der Agitation 32 besser zu bedenken.
- Die Parteigenossen in Hamm und Horn beantragen:  
1. Daß in solchen Gegenden, wo die Agitation nicht durch Versammlungen betrieben werden kann, Colporteur für Parteischriften und Organe angestellt oder hingeschickt werden, denen ein entsprechender Zuschuß aus der Centralkasse zu bewilligen ist.
- 2. zum Offenen Antwortschreiben ein Vorwort abzufassen, worin 34 die Entstehungsgeschichte desselben beschrieben ist, und diese Broschüre soviel wie möglich unentgeltlich an Arbeiter abzugeben.
- Parteigenosse Liebknecht beantragt: 35  
Die zukünftige Parteibehörde mit der Herausgabe der socialistischen Reichstagsreden zu beauftragen.
- Socialisten in Liegnitz beantragen:  
a. für Schlesien einen besoldeten Agitator anzustellen, 36  
b. einen regen Broschürenvertrieb zu veranlassen und zu dem Zweck den Vorschlag von P. Köhler im „Vorwärts“ in Betracht zu ziehen.
- Die Parteigenossen und Colporteurs (ausschließlich in Parteischriften) Joh. Heinrich Haß, Altona, und Joh. Heinrich Schleiß, Celle, beantragen, der Congreß wolle beschließen:  
a. Daß der Verkaufspreis sämtlicher socialistischen Schriften 38 demaßen gestellt werde, daß dieselben den Colporteurs mindestens mit 33 1/3 % Rabatt gegeben werden können.
- b. Daß die Expeditionen unserer Parteiblätter angewiesen werden, 39 die Parteischriften zu einem gleichmäßigen Preise abzugeben.
- c. Ferner beantragen dieselben, in Erwägung, daß bereits von 40 der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins 1874 sowie auch von dem Congreß der Socialisten Deutschlands 1876 beschlossen wurde, daß für Holstein ein stabiler Agitator angestellt werden solle, solches aber bis jetzt entweder gar nicht oder doch nur auf eine ganz kurze Zeit geschehen ist, der Congreß möge beschließen, daß genannter Beschluß aufrecht erhalten wird und ungeschmälert zur Ausführung gelangt. Betreffs der Person schlagen dieselben den Parteigenossen Hermann Walter aus Altona vor.
- Parteigenossen in Wüstegiersdorf beantragen: 41  
in dem Wahlkreis Waldenburg i. Schlesien eine rege Agitation in's Leben zu rufen.
- Wähler in Rendsburg beantragen: 42  
für die Provinz Schleswig-Holstein einen ständigen Agitator anzustellen.
- Parteigenossen in Limbach b. Ch. beantragen: 43  
Der Congreß wolle beschließen, daß eine Commission zur Ausarbeitung einer Broschüre eingesetzt werde, in welcher die Frage: Wie sollen die Lohnverhältnisse im socialistischen Staat geregelt werden? beantwortet ist.
- Parteigenossen in Harburg beantragen: 44  
Der Congreß wolle beschließen, um die Agitation bei der

Landbevölkerung besser betreiben zu können, wird ein befähigter Parteigenosse beauftragt, in kürzester Frist eine kleine Agitationschrift anzufertigen, welche mit Erfolg unter die Landleute verbreitet werden kann. Dieselbe muß in leicht faßlicher Weise die Verhältnisse der Landarbeiter behandeln.

- 45 Parteigenossen in Apennin beantragen:  
Von Parteiwegen für Nordschleswig ein Blatt zu gründen, das in dänischer Sprache erscheint.
- 46 Genosse Johann Blum in Jarocin, Provinz Posen, beantragt:  
Für die Provinz Posen ein Parteiblatt in polnischer Sprache herauszugeben.

**Zu 6.**

- 47 Parteigenossen in Limbach b. Gh. beantragen:  
Alljährlich die Parteimarken in Farbe oder Format zu wechseln und die alten einzuziehen.
- 48 Socialisten in Ottenen beantragen:
  - a. Der Congreß möge eine möglichst strenge centralistische Organisation schaffen.
  - 49 b. Der Congreß möge beschließen: der nächstjährige Congreß der Socialisten Deutschlands findet in Hamburg oder Bremen statt.
- 50 Genosse Liebknecht beantragt:  
Durch Congreßbeschluß ein Verbot, oder doch Beschränkung des Verkaufs von Photographien lebender Socialisten herbeizuführen.
- 51 Parteigenosse Luz, Würzburg, beantragt:  
Der Congreß möge für strengere Organisation der Partei Sorge tragen.
- Die Parteigenossen von Leipzig beantragen:
  - 52 a. Der Congreß möge beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, eine größere Anzahl Abrechnungen über die Parteeasse und Parteiorgane drucken zu lassen, als dies bisher der Fall war, damit jeder Parteigenosse in Besitz eines Exemplars gelangen kann, und dürfte es sich
    - 53 b. empfehlen, einen geringen Preis dafür zu nehmen.
- 54 Parteigenossen von Bochum und Gelsenkirchen beantragen:
  - a. Der Parteibehörde die Pflicht aufzulegen, in vorkommenden Fällen, wo Parteigenossen angeklagt werden, denselben, sowie auch den Parteigenossen an den betreffenden Orten sofort Kenntniß davon zu geben, und auf Verlangen des Angeklagten die Ankläger namhaft zu machen, um sich gegen ungerechte Denunciationsen vertheidigen resp. rechtfertigen zu können.
  - 55 b. In denjenigen Kreisen, wo es nöthig wird einen Agitator anzustellen, soll ein solcher nur mit Uebereinstimmung der Genossen im betr. Kreise angestellt werden.
- 56 Parteigenossen in Hamburg beantragen:  
Das Central-Wahlcomité soll in Zukunft aus fünf Personen gebildet werden. Dasselbe besteht aus einem Vorsitzenden, einem Cassirer und einem Sekretär und zwei unbesoldeten Beisitzern; letztere werden von den Mitgliedern des Vororts gewählt und haben alle Vierteljahr zu wechseln.

- Parteigenossen in Mannheim beantragen: 57  
Bei der Auswahl von Agitatoren dafür Sorge zu tragen, daß dieselben auch zu schriftstellerischer Thätigkeit fähig sind.
- Parteigenossen in Hohenfelde-Vorgfelde beantragen: 58  
Das Gehalt der Parteisecretäre auf Mk. 135.00 festzustellen.
- Parteigenossen in Hanau beantragen: 59  
Der Congreß möge eine Commission einsetzen, deren Zweck ist: etwa vorkommende persönliche Streitfragen zu schlichten.
- Parteigenosse E. Weiland, Leipzig beantragt:  
Der Congreß möge beschließen,
  - a. Parteilokalblätter in keinem Fall zu unterstützen, wenn denselben nicht eine tüchtige Redaction zur Verfügung steht;
  - b. Die Delegirten zu verpflichten, daß keiner vor Schluß der Verhandlungen abreist.
- Genossen in Rendsburg, Lübeck, Rothenburgsort beantragen: 62  
Für die Zukunft festzusetzen, daß ein socialistischer Candidat nicht in mehr als einem Wahlkreis candidiren darf.
- Genossen in Hamburg, Chemnitz, Hohenfelde, Hannover, Hamm und Horn, Barmbeck-Uhlenhorst, Erfurt und Pinneberg beantragen: 63  
Der Congreß möge aussprechen, daß in Zukunft ein socialistischer Candidat nur in einem officiellen Wahlkreis candidiren darf.
- Genosse Surmann in Essen beantragt: 64  
Die Parteigenossen haben an allen Orten monatlich eine Versammlung abzuhalten gegen ein Entree von 10 Pf. Den Besuchern der Versammlung wird eine Broschüre gratis verabreicht.
- Parteigenossen in München beantragen: 65  
Daß der nächste Congreß der Socialdemokraten in Süddeutschland stattfinden möge.

**Zu 7.**

- Genossen in Leipzig beantragen:
  - a. Der Congreß wolle beschließen: die Unterstützung und Verbreitung der localen Parteipresse ist als bestes und wirksamstes Agitationsmittel von der Partei, zunächst hauptsächlich in den größeren Städten und Industriebezirken, wo das Bedürfniß hierfür vorhanden ist, energisch in die Hand zu nehmen.
  - b. Der Congreß wolle beschließen: eine Reichstagscorrespondenz für die socialistischen Journale aus Parteimitteln herstellen zu lassen.
  - c. Der Congreß wolle beschließen: daß die Reden unserer Reichstagsabgeordneten im Reichstag vollständig nach dem stenogr. Bericht im „Vorwärts“ abgedruckt werden, fehlt hierzu der Raum, so möge wöchentlich eine Beilage gegeben werden.
- Parteigenossen in Hohenfelde beantragen: 69  
Das Centralorgan „Vorwärts“ möge in Zukunft billiger hergestellt werden.

- 70 Parteigenossen in Elmshorn beantragen:  
Der Congreß möge die Parteibehörde ermächtigen, bei etwaigen Neubegründungen von Parteiblättern die Bedürfnisfrage genau zu prüfen.
- 71 Parteigenossen in Pinneberg beantragen:  
a. Das Centralorgan „Vorwärts“ nach Berlin zu verlegen.
- 72 b. Ein monatlich einmal erscheinendes Blatt in der Größe des früheren „Agitators“ zu begründen. Der Preis darf pr. Nr. 20 Pf. nicht übersteigen.
- 73 Parteigenossen in Barmstedt beantragen:  
Den „Vorwärts“ in größerem Format erscheinen zu lassen.
- 74 Parteigenossen in Erfurt beantragen:  
Dafür Sorge zu tragen, daß für die Folge die Verhandlungen des Reichstags fortlaufend und ausführlicher besprochen werden als bisher.
- 75 Parteigenossen in Barmstedt-Uhlenhorst beantragen:  
Daß die Parteiblätter die Reden der socialistischen Abgeordneten nach dem stenographischen Bericht, und die Reden der übrigen Abgeordneten im Auszug bringen.
- 76 Parteigenossen in Hamburg beantragen:  
Eine Reichstags-Correspondenz mit möglichst niedrigem Preis zu begründen.
- Parteigenosse Seifert in Mannheim beantragt:  
77 a. Das Central-Organ „Vorwärts“ wöchentlich sechs Mal erscheinen zu lassen.
- 78 b. Die Gehalte der Redacteure des „Vorwärts“, sowohl bei jetzigem und öfterem Erscheinen, entsprechend zu erhöhen.
- 79 Parteigenossen in München beantragen:  
Der Congreß möge veranlassen, daß auf Kosten der Partei eine ständige „Socialdemokratische Correspondenz“ ins Leben gerufen werde. Die Ausgaben, welche dieses Unternehmen erfordert, müssen durch das Abonnement der localen Parteiblätter gedeckt werden. Ort der Herausgabe der Correspondenz sei Berlin.
- 80 Parteigenossen in Düsseldorf beantragen:  
Das zu Duisburg erscheinende socialistische Lokalblatt „Duisburger Fr. Ztg.“ mit seinen Ablegern „Essener Fr. Ztg.“ und „Düsseldorfer Volksfreund“ als Parteiblatt (?) zu erklären.
- Die Dresdener Parteigenossen beantragen:  
81 a. Auf dem Congreß dahin zu wirken, daß solche im „Vorwärts“ erscheinende Artikel, welche für eine Broschüre zu kurz, aber zur Agitation geeignet sind, mit anderen ähnlichen zusammen in Broschürenform gedruckt und verbeitet werden.
- 82 b. Für den Fall, daß ein Central-Gewerkschaftsorgan geschaffen wird, werde dem „Vorwärts“ eine wöchentliche Beilage gegeben, welche als solches Central-Gewerkschaftsorgan dienen soll.
- 83 c. Zur besseren Organisation der Parteipresse werde eine socialdemokratische Correspondenz geschaffen, welche insbesondere Berichte über die Reichstagsverhandlungen, sowie über die sociale Bewegung des Auslandes für die Lokalpresse bringt.

- Die Kosten können durch von den Lokalblättern zu erhebende Abonnementsgebühren und event. durch einen Zuschuß des Vorstandes aufgebracht werden.
- Parteigenossen in Bielefeld beantragen: 84  
Der Congreß möge das Central-Organ „Vorwärts“ verpflichten, die Reichstagsverhandlungen möglichst ausführlich und vollständig zu bringen.
- Parteigenosse Loges, Linden b. S., beantragt: 85  
Die belletristische Zeitschrift „Neue Welt“ den Jahrgang II 1877 mit dem Monat September abzuschließen und vom October ab Nr. 1 des III. Jahrgangs erscheinen zu lassen.
- Parteigenossen in Minden beantragen:  
a. Der „Vorwärts“ soll vergrößert werden. 86  
b. Es sollen möglichst eingehende und sachlich gehaltene 87  
Berichte über die Verhandlungen des Reichstags im „Vorwärts“ gebracht werden.
- Parteigenossen in Liegnitz beantragen: 88  
Das Central-Organ „Vorwärts“ nach Berlin zu verlegen.
- Die Parteigenossen in Bremerhaven stellen folgende Anträge:  
a. Der Congreß wolle beschließen: daß im Central-Organ 89  
„Vorwärts“ die Reden der socialistischen Abgeordneten, welche dieselben im Reichstag halten, nach dem stenographischen Bericht aufgenommen werden.  
b. Wird der Wunsch ausgesprochen, die social-politische Uebersicht (Rundschau) zu vergrößern, resp. auf eine Vergrößerung des Blattes Rücksicht nehmen zu wollen.  
c. Die „Neue Welt“ soll wie bei der „Berliner Freien 91  
Presse“ als Gratis-Beilage zu jeder Sonntagsnummer des „Vorwärts“ beigegeben werden.
- Parteigenossen in Geestendorf beantragen:  
a. Der „Vorwärts“ soll die socialistischen Reichstagsreden nach 92  
stenographischem Wortlaut bringen.  
b. Der „Vorwärts“ soll in größerem Format erscheinen. 93
- Parteigenossen in Crimmitschau beantragen: 94  
Dem „Vorwärts“ ist allwöchentlich eine Beilage mit Gewerkschaftsangelegenheiten beizugeben. Die Kosten hierfür tragen die betreffenden Gewerkschaften.
- Parteigenossen in Wüstegiersdorf beantragen: 95  
Während der Reichstags-Session die wissenschaftlichen Artikel aus dem „Vorwärts“ fortzulassen und an deren Stelle die Reichstagsverhandlungen ausführlicher zu bringen.
- Parteigenosse Geib in Hamburg beantragt: 96  
Eine wissenschaftliche Revue in geeignetem Format und monatlich 2 Mal in Berlin herauszugeben.
- Parteigenossen in Ottenfen beantragen:  
Der Congreß möge beschließen:  
a. Die Verfasser von Wahl-Flugblättern haben sich streng an 97  
das Partei-Programm zu halten.  
b. Der „Vorwärts“, Central-Organ der Socialdemokratie Deutsch- 98  
lands, erscheint vom 1. October ab in Berlin.

- 99 c. Sobald die Sitzungen des Reichstags beginnen, erhält der „Vorwärts“ eine Beilage, in welcher soweit als thunlich die Reden der Abgeordneten ohne Unterschied der Parteien gebracht werden.
- Die Parteigenossen in Lübeck beantragen:
- 100 a. Der „Vorwärts“ soll mehr populäre Artikel, nach Art des früheren „Socialdemokrat“ bringen.
- 101 b. Es soll ein dritter Redacteur, womöglich Hasselmann, beim „Vorwärts“ angestellt werden.
- 102 c. Den „Vorwärts“-Abonnenten soll quartaliter eine Parteibroschüre gratis verabreicht werden.
- Parteigenossen in Rothenburgsort beantragen:
- 103 a. Das Format des „Vorwärts“ vom 1. October ab zu vergrößern, ohne eine Preiserhöhung eintreten zu lassen.
- 104 b. Die Agitations- und Versammlungsberichte mehr zu beschränken.
- 105 Parteigenossen in Wandersbeck beantragen:  
Der Congreß möge beschließen, daß die Partei Lokalblätter, welche von der Partei als solche anerkannt sein wollen, sich in Bezug auf Aufnahme von Annoncen nach den für den „Vorwärts“ geltenden Bestimmungen zu richten haben.
- Parteigenossen in Hanau beantragen:
- 106 a. Der Congreß wolle beschließen, alle Reichstagsverhandlungen, welche prinzipiell wichtig sind, sind nach stenographischem Bericht im Haupt-Organ zu bringen.
- 107 b. Der Congreß wolle die Redaction des „Vorwärts“ anweisen, die Lokal-Notizen, wo es thunlich erscheint, abzukürzen.
- 108 Parteigenossen in Mannheim beantragen:  
Der Congreß wolle Sorge tragen, daß, wenn der „Vorwärts“ Feiertage wegen in der Woche einmal ausfallen muß, der vorhergehenden oder folgenden Nummer eine Beilage beigegeben wird.
- Parteigenossen in Iserlohn und Dortmund beantragen: Der Congreß beschließt:
- 109 a. Mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proclamirte völlige Rechtslosigkeit politischer Vereine in Preußen, nimmt der Congreß von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können.
- 110 b. Die Socialdemokraten Deutschlands werden sich darauf beschränken, durch Wort und Schrift den Grundsätzen des Socialismus im Volke immer mehr Eingang zu verschaffen und die Aufklärung der Menschheit in allen öffentlichen Dingen wirksam zu befördern. Zu diesem Behuf soll
- 111 c. die socialistische Presse in Deutschland in folgender Weise geregelt werden: Als Central-Organ bleibt der „Vorwärts“ in bisheriger Weise bestehen. Die rein wissenschaftlichen Artikel sollen nicht mehr im Hauptblatt, sondern in einer wöchentlichen Extra-Beilage erscheinen, damit durch das

- Hauptblatt bei der noch nicht aufgeklärten Masse des Volkes in agitatorischer Beziehung besser als bisher gewirkt werden kann.
- d. In ganz Deutschland sollen außer dem Central-Organ zwölf 112 Provinzial-Zeitungen herausgegeben werden. Der Congreß ernennet die Redacteurs, bestimmt deren Gehälter, sowie die Kreise und Orte der Herausgabe und regelt das Erscheinen der Zeitungen. An anderen Orten der betreffenden Kreise können mit Zustimmung des Congreß-Ausschusses Filial-Zeitungen herausgegeben werden, welche in der Druckerei der betreffenden Provinzial-Zeitung gedruckt und durch den Redacteur derselben controlirt werden. In hieauf bezüglichlichen Streitfällen entscheidet der Congreß-Ausschuß, vorbehaltlich des Recurses an den nächsten Congreß.
- e. Der Congreß ernennet einen aus fünf Personen bestehenden 113 Ausschuß, welcher in Hamburg seinen Sitz hat und bis zum nächsten Congresse das gesammte Zeitungswesen und den Broschüren-Vertrieb leitet und controlirt. Der Ausschuß ist berechtigt, Redacteurs, welche ihre Pflichten verfehlen, ihres Amtes zu entsetzen und an deren Stelle bis zum nächsten Congresse andere Redacteurs zu ernennen.
- f. Der Congreß-Ausschuß bestellt aus den Parteigenossen der 114 Central- und Provinzial-Zeitungs-Orte je einen Expedienten für den Vertrieb der betreffenden Zeitung, sowie eine aus fünf Personen bestehende Zeitungs-Commission, welche die Geschäftsführung des Expedienten, sowie monatlich das Rechnungswesen der Zeitung controlirt und hierüber vierteljährlich unter Einsendung eines Rechnungsabschlusses an den Congreß-Ausschuß zu berichten hat. Ueber etwaige Ueberschüsse der Zeitungen verfügt nach den Anweisungen des Congresses der Congreß-Ausschuß, der auch für Deckung etwaiger Deficits zu sorgen hat.
- g. Ueber das gesammte Rechnungswesen des Central-Organ's 115 „Vorwärts“ und der Provinzial-Zeitungen hat der Congreß-Ausschuß dem nächsten Congresse übersichtlichen Bericht zu erstatten.
- h. Alle Zeitungen, welche nicht zu den unter e und d aufgeführten 116 gehören, werden von der Socialdemokratie Deutschlands nicht als Parteiblätter, sondern als Privat-Unternehmungen betrachtet.
- i. Der Congreß beauftragt den Ausschuß, in möglichst kurzer 117 Frist eine Agitationschrift herstellen zu lassen, in welcher die Grundsätze des Socialismus in übersichtlicher, populärer Weise in gedrängter Kürze dargestellt werden. Die Schrift muß möglichst billig sein und soll in geeigneten, vom Congreß-Ausschuß zu bestimmenden Gegenden auch gratis vertheilt werden.
- Parteigenossen in Hannover beantragen: 118  
Der Congreß möge für möglichst beschleunigte Herstellung des Congreßprotocolls Sorge tragen.

119 Die Parteigenossen in Hamm und Horn und Rothenburgs-  
ort beantragen:

Das Congressprotocoll möglichst billig herzustellen.

120 Parteigenossen in Rothenburgs-ort beantragen:

Den Parteikalender billiger als bisher herzustellen.

Parteigenossen in Harburg beantragen:

121 a. Die im Verlage der Parteibuchhandlungen erscheinenden  
Brochüren, welche Unrichtigkeiten, Entstellungen sowie Ge-  
hässigkeiten gegen einzelne unserer Genossen enthalten, werden  
— weil dadurch die Agitation geschädigt, und auch Zwistig-  
keiten unter den eigenen Parteigenossen hervorgerufen werden  
— nicht mehr verkauft.

122 b. Annoncen von Privatbuchhändlern betreffend die Empfehlung  
dieser Brochüren dürfen in das Centralorgan nicht auf-  
genommen werden.

123 Die Genossen in Harburg beantragen nachfolgende Resolution  
zur Annahme:

Der Congress wolle erklären:

In Erwägung, daß die Haltung unserer Parteipresse bei der  
letzten Reichstagswahl in so fern eine uncorrecte war, weil  
schon vorher mit Gewißheit darin behauptet wurde, Wahlkreise  
wie Altona und mehrere andere brächten ohne Zweifel einen  
Socialisten in den Reichstag; in Erwägung ferner, daß durch  
solche Schreibweise unsere Wähler gleichgültig gemacht werden,  
daher nicht mit dem nöthigen Eifer für unsere Sache ein-  
treten, — ist es Pflicht der Redacteurs bei allen Gelegen-  
heiten, maßvoll und den thatsächlichen Verhältnissen ent-  
sprechend zu schreiben.

**Zu 8.**

124 Parteigenossen in München beantragen:

Der Congress der Socialdemokraten möge beschließen, in dem  
Programm der Socialdemokraten unter den Forderungen  
innerhalb der heutigen Gesellschaft, hinter No. 2 Folgendes  
einzuschalten: Aufhebung des Systems der verzinlichen  
Staats- und Gemeindefschulden.

**Erste Sitzung am Sonntag, den 27. Mai.**

Nachdem die Arbeiterliedertafel zu Gotha die Delegirten durch  
Quartettgesang begrüßt hat, erfolgt die Eröffnung des Congresses  
durch den Reichstagsabgeordneten J. Auer um 11 Uhr Vormittags;  
derselbe empfiehlt zur Leitung der Verhandlungen die Wahl zweier  
Vorsitzenden, welche abwechselnd zu fungiren haben. Dieser Vor-  
schlag wird angenommen und werden zu Vorsitzenden einstimmig  
die Delegirten Hasenclever und Geib gewählt.

Zu Schriftführern werden sodann gewählt die Delegirten  
Derossi, Wiemer, Oldenburg, Grottkau, Kaulik, Schle-  
finger, Ulrich (Ulm) und Lehmann. Mit Führung der Redner-  
liste wurden beauftragt Klute und Kayser.

Es wird sodann auf Vorschlag des Vorsitzenden Geib be-  
schlossen, die Geschäftsordnung des vorjährigen Congresses auch für  
diesen Congress in Anwendung zu bringen.

Dieselbe lautet: 1) Die Delegirten, welche sprechen wollen,  
müssen sich beim Bureau schriftlich zum Wort melden; 2) ebenso  
müssen alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, schriftlich  
eingereicht werden; 3) Delegirte, welche zu Anträgen sprechen wollen,  
müssen bemerken, ob für oder wider; 4) Anträge müssen von min-  
destens 15 Delegirten unterstützt werden, falls sie zur Verhandlung  
gelangen sollen. Ist diese Unterstützung vorhanden, so erhält zu-  
nächst der Antragsteller das Wort. 5) Kein Delegirter darf mehr  
als zweimal in einer Sache das Wort erhalten; 6) bei Schluß-  
anträgen ist einem Delegirten für und einem wider den Schluß das  
Wort zu geben, sodann abzustimmen. 7) Für die General-Debatte  
wird die Redezeit auf 10 Minuten, für 8) die Special-Discussion  
auf 5 Minuten festgesetzt; 9) die Referenten haben unbeschränkte  
Redezeit. 10) Persönliche Bemerkungen und factische Berichtigungen  
sind erst nach Schluß der Debatte zu machen. 11) Alle Redner  
haben von der Tribüne aus zu sprechen. 12) Das Bureau besteht  
aus zwei Vorsitzenden, sowie einem Führer der Rednerliste und  
8 Schriftführern, welche letztern zu je zwei abwechselnd die Protokolle  
anzufertigen haben.

Der Vorsitzende Geib stellt hierauf den Antrag 61 der ge-  
druckten Vorlage zur Debatte; derselbe wird abgelehnt, nachdem  
Geib und Hartmann darauf hingewiesen, daß durch Verlesung  
der Präsenzliste bei Eröffnung jeder Sitzung festgestellt würde, welche  
Delegirten fehlen, und weil andererseits kein Delegirter gezwungen  
werden könne, allen Verhandlungen beizuwohnen.

Auf Antrag Fried's wird sodann bestimmt, daß die Führer der  
Rednerliste, wenn sie sich an einer Debatte zu betheiligen wünschen,  
sich vorher beim fungirenden Vorsitzenden zu melden haben.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Geib wurde beschlossen, Ab-  
theilung 4 und 5 der Tagesordnung zu verschmelzen, und zwar  
zuerst den Bericht über Gang und Stand der socialistischen Agitation  
entgegen zu nehmen; Abtheilung 3 der Vorlage aber zurück zu setzen,  
bis die Arbeiten der Commission beendet sind.

Auer, Frißsche und A. Kapell stellen den Antrag: Der Congreß möge eine Commission zur Prüfung der Organisations-Vorschläge einsetzen. Dieselbe solle aus 7 Personen bestehen und dem Congreß über ihre Verhandlungen Bericht zu erstatten haben.

Dieser Antrag wird angenommen und werden in die Commission gewählt: Auer, Derossi, Frißsche, Hasselmann, A. Kapell, Kiefer und Tölké.

Schlesinger beantragt: Der Congreß wolle beschließen, die Correspondenten gegnerischer Blätter nicht zu den Verhandlungen zuzulassen.

Hierzu stellt Strumpfen das Amendement, daß, im Falle dieser Antrag angenommen würde, auch das sonstige Publikum zu entfernen sei.

Frid spricht sich für den Antrag Schlesinger's aus, weil diese Berichterstatter nicht gekommen sind, wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen zu bringen, sondern tendenziös gefärbte; wir haben keine Verpflichtung, Denjenigen, die aus der Veröffentlichung der Verhandlungen ein Geschäft machen wollen, zu diesem Geschäft zu verhelfen.

Auer bemerkt, es seien bei ihm schon vor dem Congresse von verschiedenen Seiten Anfragen wegen Zulassung von Berichterstattern zu demselben eingegangen; Redner habe die Mitinberufer des Congresses und andere Genossen zu Rathe gezogen, und sei man zu dem Resultat gelangt, daß kein Grund vorliege, von der auf dem vorigen Congresse angenommenen Maxime abzugehen. Die preussische Polizei habe übrigens auch einen Vertreter zur Berichterstattung hierher gesandt, und stehe uns kein Recht zu, denselben hinauszurufen, weil er von der Gothaer Polizeibehörde, welcher er vom Berliner Polizei-Präsidium als Stenograph zur Verfügung gestellt wurde, für die Dauer des Congresses als Gothaer Polizist eingeschworen ist. Außerdem haben die Berichterstatter mögliche Objektivität in ihren Berichten zugesagt.

Frid erklärt sich nach diesen Ausführungen mit der Zulassung der Berichterstatter einverstanden.

Auf Anfrage Pfannkuch's wird constatirt, daß eine Anzahl Berichterstatter, welche von 23 größeren deutschen Blättern mit der Aufnahme der Verhandlungen beauftragt wurden, anwesend sind.

Es wird über die beiden Anträge zur Tagesordnung übergegangen und damit die Zulassung der Berichterstatter zu den Verhandlungen ausgesprochen.

Just-Breslau beantragt die Einsetzung einer Correspondenz-Commission, welche den socialistischen Parteiblättern Bericht über die Verhandlungen zu erstatten habe.

Walther und Genossen beantragen, daß eine autographirte Correspondenz über die Congreßverhandlungen den Parteiblättern zugesandt werde.

Frißsche, Frohme und Blos halten den Antrag für überflüssig, weil genügend Redacteurs von Parteiorganen zur Berichterstattung an die betr. Blätter auf dem Congresse als Delegirte anwesend seien.

Es wird hierauf Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Auer erstattet sodann Namens der Mandatsprüfungs-Commission Bericht; das Verzeichniß der Delegirten und der von ihnen vertretenen Orte befindet sich am Schlusse des Protokolls.

Redner bemerkt, gegen die Zulassung des Delegirten aus Stuttgart war von Württembergischen Parteigenossen Protest erhoben, weil ursprünglich beschlossen war, aus Württemberg nur 2 Delegirte nach dem Congreß zu senden. Durch die Wahl von Schröder in Stuttgart hätten die dortigen Genossen dieses Abkommen verletzt, und sei deshalb das Mandat ungültig zu erklären. Uebrigens liege auch ein Protest gegen das Mandat von Hirsch, der an Stelle des inhaftirten Sievers delegirt sei, vor. Die Commission habe jedoch keinen Grund gefunden, den einen oder andern Protest als berechtigt anzuerkennen, und beantrage daher Zulassung beider Delegirten, besonders mit Rücksicht darauf, daß drei Delegirte für Württemberg keineswegs zu viel seien.

Der Congreß erklärt sich hierauf für Zulassung der Delegirten Hirsch und Schröder.

Hasselmann findet die auf den Mandaten angegebene Stimmenzahl zu gering, gegenüber den an den betreffenden Orten befindlichen Parteigenossen; mancher Delegirte sei hier anwesend, der ganze Wahlkreis vertrete, dessen Wahl aber nur in der Versammlung eines Ortes desselben vorgenommen worden sei. Er beantrage daher, daß das Bureau beauftragt werde, eine genaue Aufstellung der Stimmen vorzunehmen, damit der gegnerischen Presse kein Anlaß gegeben werde, von einem „Rückgang“ der Socialdemokratie zu sprechen.

Klemich bemerkt, daß er einen ganzen Wahlkreis (den 9. sächsischen) vertrete, aber nur aus zwei Orten dieses Kreises Mandate habe.

Frohme hält ebenfalls die Mandate für ungenügend und die Form derselben, welche nur von Arbeiter-Versammlungen spricht, für uncorrect. Er ist der Ansicht, daß auf jeden Delegirten so viel Stimmen gerechnet werden müßten, wie in dem betreffenden Distrikte, den er vertritt, bei den Reichstagswahlen für socialistische Candidaten abgegeben worden seien.

Hartmann erachtet eine genaue Angabe darüber, wie viele Wähler sich an den Delegirtenwahlen betheiligt, für unnöthig, weil es doch nicht möglich sei, die falschen Mittheilungen der gegnerischen Presse durch das Protokoll zu widerlegen.

Der Antrag Hasselmann's wird hierauf abgelehnt.

Grottkau beantragt, daß im Protokoll bei den einzelnen Orten keine Stimmenzahl angegeben werde. Dies wird angenommen.

Es wird hierauf Antrag 2 der gedruckten Vorlage zur Verhandlung gebracht. Derselbe findet nicht genügende Unterstützung, und nimmt sodann das Wort Auer zur Verlesung des Berichts über Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland.

Derselbe lautet:

Als im vorigen Jahre der Congreß der deutschen Socialdemokraten seine Tagesordnung erschöpft hatte und zum Schluß der Verhandlungen gelangt war, wurde von Seiten des damaligen Vor-

sichenden der Wunsch ausgesprochen, daß die Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse reiche Früchte tragen und daß besonders die bevorstehende Wahl dafür Zeugniß ablegen möge, daß unser Streben im Volke Verständniß finde und unser Einfluß in stetigem Wachsen begriffen sei. Heute nun sind wir in der Lage, darüber zu urtheilen, ob der damals ausgesprochene Wunsch sich erfüllt hat oder nicht. Als Mitglied des Central-Wahlcomités, das von dem vorjährigen Sozialistencongrès zu dem ausdrücklichen Zweck eingesetzt worden ist, die Wahl- und Parteiagitation zu leiten, erlaube ich mir im Auftrage des Central-Wahl-Comités einen kurzen Ueberblick über die wesentlichen Vorkommnisse und vor allem über die unsererseits ergriffenen Maßnahmen vor, während und nach der Wahlcampagne zu geben.

Nachdem das Central-Wahlcomité sich constituirt hatte und dies in den Parteiorganen den Parteigenossen mitgetheilt war, wurden sofort Anstalten getroffen, um zunächst den Druck des Congrés-Protokolls möglichst schnell zu besorgen. Leider hatten die darauf gerichteten Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg, da durch die Herstellung des Protokolls in Berlin viel Zeit durch Hin- und Herfenden von Manuscript, Korrekturbogen u. s. w. verloren ging. Im ganzen wurden 3500 Protokolle gedruckt, welche bis auf einen kleinen Rest verkauft sind.

In Bezug auf die Agitation knüpften wir an die bereits bestehenden Einrichtungen an. Unser Augenmerk war hauptsächlich darauf gerichtet, diejenigen Wahlkreise, welche laut Congrésbeschluß für „officielle“ erklärt waren, zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck setzten wir uns mit den bereits bestehenden Central-Wahlcomités der einzelnen Kreise in Verbindung und sorgten auch dafür, daß, wo solche Comités noch nicht bestanden, dieselben in's Leben gerufen wurden. Unsere Haupt Sorge ging dahin, sowohl die agitatorischen Kräfte als auch die vorhandenen und voraussichtlichen Geldmittel zweckentsprechend und möglichst gleichmäßig zu vertheilen. Als Agitationskräfte standen uns zunächst 6 ständige Agitatoren mit vollem Gehalte zur Verfügung. Dazu kamen 18 weitere Agitatoren mit monatlichen Zuschüssen, von denen indeß einzelne während der letzten 6 Wochen vor der Wahl und während der Stichwahlen voll bezahlt wurden, und außerdem wurde noch an 16 Wahlkreise 4 Monate lang und an 4 Wahlkreise 2 Monate vor der Wahl ein bestimmter Zuschuß bezahlt. Die Zuschüsse variirten in Beträgen von 15 bis 150 Mark pro Monat. Hierzu kommt noch, daß durchgehends alle Candidaten direkt in den Wahlkampf eingriffen und eine Reihe derselben auf Veranlassung des Central-Wahlcomités nicht nur in ihren Wahlkreisen wirkten, sondern sich auch gegenseitig unterstützten und aushalfen.

Außer den hier aufgeführten ständigen Agitatoren und mit Zuschuß bedachten Parteigenossen haben noch eine ganze Reihe anderer Parteigenossen und besonders die an der Lokalpresse angestellten Beamten sich in hervorragender Weise an dem Wahlkampf betheilig, wodurch es denn auch möglich geworden war, daß in 175 Wahlkreisen socialistische Candidaten aufgestellt und für dieselben gewirkt werden konnte. Auf dieselben fielen, wenn wir das bei den Stich-

wahlen abgegebene Resultat zählen, 559,211 Stimmen. Rechnet man aber das Resultat der Stichwahlen nicht hinzu, so verbleiben als am 10. Januar für Socialisten abgegebene Stimmen 486,843. Ein Vergleich mit dem Wahleresultat vom Jahre 1874 zeigt uns, daß damals insgesammt, also bei der Hauptwahl und Stichwahl, 379,512 Stimmen, bei der Hauptwahl allein aber 356,153 Stimmen abgegeben wurden. Wir haben sonach bei der Hauptwahl 140,690 Stimmen mehr als im Jahre 1874 erhalten.

Als besonders interessante Erscheinungen bei der Wahl glauben wir Folgendes verzeichnen zu müssen: erstens die Thatsache, daß das Stimmenmehr wesentlich auf Conto der großen Städte und Sachsens zu setzen ist, zweitens die außergewöhnlich vielen Stichwahlen, an welchen wir theilhaftig waren, drittens die Erscheinung, daß bei den letzten Wahlen die Vereinigung aller gegnerischen Parteien gegenüber der Socialdemokratie in einem viel höheren Maße der Fall war, als bei früheren ähnlichen Anlässen. Wir können deshalb mit vollem Recht sagen, daß die beinahe 600,000 Stimmen, welche bei der letzten Wahl auf Candidaten der Socialdemokratie fielen, fast ausnahmslos von bewußten Anhängern der socialistischen und demokratischen Grundsätze abgegeben wurden. Die geringen Ausnahmen, wo volksparteiliche Elemente und katholische Arbeiter bei Stichwahlen für unsere Candidaten stimmten, fallen gegenüber dem Gesamteresultat kaum in's Gewicht.

Zur Illustration der oben angeführten, besonders beachtenswerthen Erscheinungen sei hier auf die Wahleresultate in Berlin, Hamburg, Breslau, Altona, Magdeburg, Barmen Elberfeld, Bremen, Braunschweig, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Nürnberg und Stuttgart hingewiesen. Ueberall in diesen Städten und in einer ganzen Reihe anderer, hier nicht genannter, hat eine ganz überraschende Steigerung der socialistischen Stimmen stattgefunden — in einzelnen derselben, wie in Berlin, Magdeburg, Breslau, Nürnberg, hat sich die Stimmenzahl geradezu verdoppelt.

Besonders interessant ist auch, wie sich die Gegner der socialistischen Bewegung mit dieser Thatsache abgefunden haben. Während sie nach den Wahlen vom Jahre 1874 mit vollen Backen in die Welt hinausposaunten, daß die Socialdemokratie nur Anhang finde bei dem Fabrikproletariat und bei der „verkommenen“ ländlichen Industriebewölkerung, dagegen aber die Bevölkerung der großen Städte, welche damals als „Hort der Intelligenz und Bildung“ bezeichnet wurden, den „Frrlehren der socialistischen Partei“ völlig unzugänglich geblieben sei, greifen sie jetzt zu der entgegengesetzten Ausflucht. Da die Thatsache sich nicht weglegen ließ, daß die meisten großen Städte überraschend günstig für die Socialdemokratie gestimmt hatten, Berlin und Dresden sogar socialistische Abgeordnete in den Reichstag gesendet hatten, in den meisten der übrigen Städte sich aber die Socialdemokratie als die relativ stärkste Partei erwiesen hatte, deren Sieg nur durch die Verbindung aller gegnerischen Parteien und unter Preisgabe von deren Grundsätzen verhindert werden konnte, so wurden mit einem Male die vorher so hochgepriesenen Städte als „die Stätten für vaterlandsloses Gesindel“

der „Umsturzparteien“ und der „politischen Unreife“ bezeichnet. Dagegen gilt jetzt der Bauer als letzter Hort und Schirm der „Ordnung“, des „Friedens“ und des „Gesezes“. „Der Landmann hat mit fester Hand die schwankende Wage in's Gleichgewicht gebracht und den rollenden Stein, der die bestehende Ordnung zu zertrümmern drohte, aufgehalten.“ Solche und ähnliche Phrasen sind jetzt an der Tagesordnung, um den gläubigen Lesern der Bourgeoisblätter die Thatsache des Rückgangs aller socialistenfeindlichen Parteien in den Städten begreiflich zu machen.

Oben ist gesagt, daß das Mehr der Stimmen, außer auf die großen Städte, wesentlich mit auf Sachsen fällt. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist am besten durch Zahlen zu beweisen. Während in Sachsen bei der Wahl am 10. Januar 1874 80,000 Stimmen abgegeben wurden, fielen am 10. Januar 1877 laut officieller Angabe 127,000 Stimmen auf unsere Candidaten, d. h. 70,000 Stimmen mehr, als die zweitstärkste Partei, die conservative, Stimmen erhielt. Daß diese Stimmen aber nicht bloß von der städtischen oder Industriebevölkerung abgegeben wurden, sondern daß auch die Landbevölkerung Sachsens der Socialdemokratie Sympathien entgegenbringt, das beweist die Thatsache, daß Wahlkreise, wie der 10., 11. und 14., welche wesentlich Landbevölkerung aufweisen, Tausende von Stimmen für unsere Candidaten abgaben, und daß der 13. Wahlkreis, trotz seiner Landbevölkerung, sogar einen Socialdemokraten in den Reichstag sandte.

Dies und die Thatsache, daß mit Ausnahme des Herzogthums Anhalt und des 9. schleswig-holsteinischen Kreises nirgends ein Rückgang der Stimmen, auch in Landdistrikten nicht, zu verzeichnen ist, wohl aber da, wo eine energische und geschickte Agitation entfaltet wurde, wie z. B. im 1. Braunschweiger Wahlkreis, wesentliche Fortschritte gemacht wurden, zeigt hinlänglich, auf wie schwachen Füßen die Behauptung unserer Gegner steht, „der gesunde Sinn unserer Landbevölkerung weise die socialistischen Lehren zurück.“

Was die Stichwahlen betrifft, so sei nur darauf hingewiesen, daß wir im Jahre 1874 deren nur 10 hatten, während sie im Jahre 1877 von 10 auf 20 stiegen.

Daß wir bei diesen 20 Stichwahlen nur in drei Kreisen (Dresden-Stadt, Reichenbach-Neurode i. Schl. und Solingen) als Sieger hervorgingen, ist insofern interessant, als sich bei diesen Anlässen besonders scharf hervorhob, wie alle zur Schau getragenen Parteiunterschiede der antisocialistischen Parteien einfach Heuchelei sind und wie die Gegner alle einig sind, sobald es gilt, einen Candidaten des arbeitenden Volkes zu bekämpfen. Fortschrittler und National-liberale, die sich vor den Wahlen gegenseitig Schauspieler titulirten und Berrath an den Kopf warfen, Conservative und Liberale, die sonst nur als von Gründern und Reactionären von einander sprachen, ja selbst Ultramontane und „Kulturkämpfer“, wie uns die Stichwahl in Barmen zeigte — gingen vereint und versöhnt miteinander, nur um den bösen Socialdemokraten nicht zum Siege gelangen zu lassen.

Trotz all' dieser unerhörten Anstrengungen aber und trotz all' der schamlosen und perfiden Verleumdungen, in welche letzterer Beziehung sich besonders das fortschrittliche Centralcomité, allen voran aber Eugen Richter auszeichnete, haben die Stichwahlen doch ein ebenso überraschendes als für die Socialdemokraten erfreuliches Resultat ergeben, nämlich die Thatsache, daß in den 20 Kreisen, wo derartige Wahlen stattfanden, 62,368 Stimmen mehr für die socialistischen Candidaten abgegeben wurden, als bei der Hauptwahl am 10. Januar 1877. Halten wir dem gegenüber, daß bei den 10 Stichwahlen im Jahre 1874 nur 23,359 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl abgegeben wurden, so zeigt sich auch hier ein ganz gewaltiger Fortschritt. Für die Gegner aber war das Resultat bei den Nachwahlen besonders insoweit überraschend, als zu Tage trat, daß am 10. Januar die Socialdemokratie durchaus noch nicht ihre letzten Reserven in's Treffen geführt hatte. Das sei uns ein Fingerzeig für zukünftige Wahlen.

Wenn bis jetzt nur von den Erfolgen und Fortschritten der Socialdemokratie bei den Wahlen die Rede war, so geschah dies, weil wir mit vollem Recht auf die Erfolge hinweisen konnten; damit soll aber freilich nicht gesagt sein, daß wir keine Niederlagen, ja theilweise sogar empfindliche Niederlagen zu verzeichnen hätten. Hierher gehört zunächst der Verlust verschiedener Wahlkreise, die während der Legislaturperiode von 1874 bis 1876 von Socialdemokraten vertreten wurden. Obwohl wir in der vorigen Periode nur 9 Abgeordnete hatten und diesmal deren 12 zählen, so haben wir doch von den früher besessenen Kreisen 5 verloren, und zwar sind dies Barmen-Elberfeld, der 8. und 9. schleswig-holsteinische, und der 9. und 15. sächsische Wahlkreis. Was die Ursachen dieser Niederlagen betrifft, so muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß sämtliche verloren gegangenen Wahlkreise im Jahre 1874 der Socialdemokratie zum Theil erst erobert, theils in früheren Wahlkämpfen verloren und damals erst wiedergewonnen worden waren, und daß in Folge dessen die Gegner ganz naturgemäß die energischsten Anstrengungen machten, diese Kreise zurück zu erobern. Dies gilt besonders von Barmen-Elberfeld, dem 15. sächsischen und dem 9. schleswig-holsteinischen Kreise. Der 9. sächsische Kreis wäre wohl nicht verloren gegangen, wenn der frühere Vertreter desselben auch diesmal dort wieder candidirt hätte, und der 8. schleswig-holsteinische Kreis (Altona), der ja bei der Hauptwahl behauptet worden war, ging erst verloren, als durch die Doppelwahl des früheren Vertreters des Kreises sich eine Nachwahl nothwendig machte, die dann in Folge unqualificirbaren Verhaltens einiger sogenannter Nachsocialisten zur Stichwahl und bei dieser Gelegenheit in Folge unerhörter Manöver und Gewaltthätigkeiten der Gegner zur Niederlage für uns führte.

Wenn aber auch die Thatsache feststeht, daß wir fünf Wahlkreise verloren haben, so steht dem gegenüber die Eroberung von acht neuen Kreisen, und außerdem — und das ist das Wesentlichste — haben die Stimmresultate in den verloren gegangenen Wahlkreisen durchaus keinen Rückgang, sondern im Gegentheil einen Zuwachs

für uns ergeben. Niederlagen wie in Barmen-Oberfeld, Altona, im 9. und 15. sächsischen Kreis mit Minoritäten von 14, 13, 9 und 7000 Stimmen lassen sich ertragen und sind für eine Partei, wie die Socialdemokratie, die, wie die Thatsachen beweisen, in ständigem Aufblühen begriffen ist, nur ein Sporn zu erneuter und noch energischerer Agitation und Organisation als bisher.

Diese Wahlkreise sind nicht verloren, sie sind nur vorübergehend in anderen Besitz gerathen. Daß der 9. schleswig-holsteinische Kreis eingebüßt wurde, konnte nicht überraschen. Wer die dortigen ganz außergewöhnlichen Verhältnisse kennt, in denen die Arbeiter leben, Verhältnisse, die sich von denen des Hürigen zu seinem Herrn wenig unterscheiden, der konnte wohl voraussehen, daß es dort so kommen würde, wie es gekommen ist. Die dortige ländliche Arbeiterbevölkerung lebt in vollständiger Abhängigkeit von den Grundbesitzern, und haben letztere denn auch bei der Wahl dieses Verhältniß in der rücksichtslosesten Weise ausgenützt. Wer sich erinnert, daß Hunderte von ländlichen Arbeitern, nachdem das Wahlergebnis vom 10. Januar 1874 bekannt wurde, von ihrer Heimath und ihrem Besitzthum, an dem ihr und ihrer Vorältern Schweiß klebte, getrieben wurden, den kann es nicht nur nicht verwundern, daß dieser Kreis verloren ging, sondern der muß erstaunen darüber, wie sich unter solchen Verhältnissen immer noch 4823 Männer fanden, welche für den Candidaten der Socialdemokratie ihre Stimme abgaben.

Wenn einzelne Stimmen laut wurden und darauf hinwiesen, daß in Bezug auf die Auswahl der officiellen Kreise Fehler gemacht wurden und mancher nichtofficielle Wahlkreis ein günstigeres Resultat ergeben habe, als ein sogenannter officieller, so ist letzteres zwar richtig, andererseits steht aber fest, daß die Bestimmungen betreffs der officiellen Kreise von den Vertretern der Gesamtpartei auf dem vorjährigen Socialisten-Congreß getroffen wurden, und dann muß auch beachtet werden, daß im Großen und Ganzen die gemachten Voraussetzungen als zutreffend sich erwiesen. Dabei muß aber auch auf eine Schattenseite des Wahlergebnisses hingewiesen werden, nämlich auf die Thatsache, daß es auch diesmal noch nicht gelungen ist, in dem industriell so hoch entwickelten Rheinland-Westphalen größere Eroberungen zu machen. Die Ursachen hiervon sind bekannt und liegen theils im „Kulturkampf“, theils aber in unseren eigenen inneren Parteiverhältnissen jener Gegenden, deren Gestaltung und Eigenart übrigens nicht Folge von Vorgängen aus den letzten Jahren ist. Indes wenn sich auch nicht von großen Erfolgen aus jenen Gegenden sprechen läßt, so ist es doch unleugbar, daß auch dort wesentliche Fortschritte gemacht wurden, wofür die in fast allen Kreisen gegen 1874 vermehrten socialistischen Stimmen und der Sieg in Solingen Zeugniß ablegen.

Wenn wir also auch zugestehen müssen, daß wir in mancher Beziehung Schlappen erlitten haben, und daß von mancher Gegend ein günstigeres Resultat hätte erwartet werden können, so überragen doch unsere Erfolge bei weitem unsere Erwartungen, und den Gegnern verursachten sie geradezu panischen Schrecken. Als ein ganz besonderer

Erfolg unserer Agitation muß es aber bezeichnet werden, daß in den Kreisen des arbeitenden und leidenden Volkes und besonders auch (und hier können wir uns auf das Zeugniß der Gegner berufen) bei dem unteren Beamtenstande unsere Grundsätze immer mehr Beachtung und Verständnis finden. Auch in diesen Kreisen greift die Ueberzeugung nunmehr Platz, daß nur durch die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im socialistischen Sinne eine Besserung der Verhältnisse überhaupt möglich sei. Dieser Umwandlung der Gesinnung in den sogenannten unteren Schichten ist es denn auch zu danken, daß man nach oben mehr und mehr mit der eigentlichen Farbe herausrückt. Zu dem Säbel, der Haut, und der Plinte, die schießt, kam bei der letzten Wahl ein dritter Bundesgenosse — die Religion. Die liberale Partei, welche den „Kulturkampf“ kämpft und ausgesprochene Atheisten, wie Virchow u. s. w., als Führer an ihrer Spitze hat, sie wurde aus Angst vor der Socialdemokratie gottesfürchtig und rief die Religion als Schutzmittel gegen uns an. Gleich Franz Moor in der Verzweiflungs-Szene versuchte die Bourgeoisie im Wahlkampf zu beten und so die Schrecken des Socialismus zu bannen. Diese vollständige Preisgabe aller Gesinnung und aller Prinzipien hat denn noch diesmal ausgereicht, um bei den meisten Stichwahlen die Socialisten zu schlagen. Wie lange die Wähler aber politische Chamäleons wählen werden, ist freilich eine andere Frage. Eines aber ist heute schon sicher: die socialistische Agitation ist heute schon stark genug, um die Bourgeoisie zur Verleugnung aller ihrer Grundsätze zu zwingen; die Bourgeoisie ist fromm geworden durch uns, und ihre Siege über uns tragen als richtige Signatur die Firma: Gottes Segen bei Cohn!

Zu den Erfolgen, welche wir zu verzeichnen haben, hat neben der mündlichen Agitation wesentlich unsere Presse mit beigetragen. Zunächst muß hier der auf Grund eines vorjährigen Congreß-Beschlusses erfolgte Verschmelzung der beiden früheren Centralorgane „Neuer Social-Demokrat“ und „Volkstaat“ Erwähnung gethan werden. Dieselbe vollzog sich ohne besondere Anstände und gelang es durch vereintes Zusammenwirken, den für Berlin entstandenen Ausfall zu decken und auszugleichen. Das neu ins Leben gerufene Centralblatt „Vorwärts“ erfreute sich der besten Aufnahme, und konnte dasselbe kurz nach seinem Bestehen seinen Lesern die gewiß erfreuliche Mittheilung machen, daß die Zahl der Abonnenten über 12,000 betrage.

Neben dem „Vorwärts“ bestehen in Deutschland noch 41 socialistische Blätter, ein ebenfalls socialistisch gehaltenes belletristisches Blatt: „Die Neue Welt“ und 14 Gewerkschaftsorgane, wovon letztere mehr oder minder ebenfalls im Geiste des Socialismus gehalten sind. Von den 41 politischen Organen der deutschen Socialdemokratie erscheinen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal, 11 wöchentlich einmal. 25 dieser Blätter werden in von Parteigenossen begründeten Druckereien hergestellt, deren derzeit vierzehn in Deutschland existiren. Ein Vergleich der socialistischen Zeitungsliteratur mit dem Vorjahr zeigt uns eine Zunahme von 18 Blättern im Laufe der letzten 9 Monate. Der Aufschwung unserer Presse ist deshalb ein geradezu großartiger zu nennen, zumal



ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Altona), welche eine Einnahme von 23,000 und eine Ausgabe von 30,000 M. aufweist.

Ueber die Thätigkeit des Centralwahlcomités sei hier noch Einiges erwähnt. Dasselbe hielt seit seiner Constituierung 67 officiële Sitzungen ab und wurden seitens des Secretariats 2208 Sendungen empfangen und 5724 Briefe und sonstige Sendungen expedirt. Der Cassirer verzeichnet 3200 Eingänge und 950 Ausgänge. Differenzen zwischen der Revisions- und Beschwerbecommission einerseits und dem Centralwahlcomité andererseits sind nicht vorgekommen, sowie auch im Großen und Ganzen keine wesentlichen Widersprüche gegen die Anordnungen des Centralwahlcomités erhoben wurden. Kleinere Differenzen und Meinungsverschiedenheiten natürlich ausgenommen.

Was die Organisation der Partei betrifft, so steht es in diesem Jahre noch genau so wie vor acht und einem halben Monat, als diese Angelegenheit auf dem Congreß verhandelt und erörtert wurde. In Preußen ist der Prozeß gegen die Partei noch nicht entschieden, obwohl die VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts bereits ihr Urtheil gesprochen, das die Angeklagten verurtheilt und die Partei aufgelöst hat. Der Prozeß dortselbst schwebt jetzt bereits seit 30. März vorigen Jahres und wenn es in demselben Tempo wie bisher fortgeht, dann ist alle Aussicht vorhanden, daß der März noch zwei Mal ins Land geht, bis Lessendorff mit der Vernichtung des angeblich geheim fortgesetzten politischen Vereins, genannt „Socialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ fertig wird. In Bayern ist die Auflösung der Partei in erster Instanz nicht ausgesprochen worden und wurden die Angeklagten freigesprochen. Da der Staatsanwalt appellirte, bleibt abzuwarten, ob nicht die zweite Instanz oder vielleicht gar der oberste Gerichtshof findet, daß die Richter erster Instanz sich geirrt und die Partei dann doch aufgelöst wird. Daß trotz des Verbots unserer Organisation die Partei nicht nur nicht geschwächt ist, sondern überall neue Blüten treibt und allerwärts Boden gewinnt, das hat die letzte Wahl glänzend bewiesen und Lessendorff, der ja ein ganz brauchbarer preußischer Staatsanwalt sein mag, hat sich als sehr schlechter Prophet erwiesen, als er bei Verurtheilung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ ausrief: Vernichten wir die socialistische Organisation und es existirt keine socialistische Partei mehr. Seit 4 Jahren zerstört Herr Lessendorff alle und jede socialistische Organisation, und gerade seit dieser Zeit blüht die socialistische Bewegung mehr auf als je zuvor. Möge Herr Lessendorff seine segensreiche Thätigkeit noch lange fortsetzen.

Zum Schluß gestatten Sie mir noch auf die Opfer hinzuweisen, welche der heutige reaktionäre Staat aus den Reihen der Socialdemokratie gefordert hat. Die Zahl der Redner, welche in diesem Jahre verhaftet und mit mehr oder minder langen Haftstrafen bedacht wurde, ist verhältnismäßig nicht größer als in den vorausgegangenen Jahren; besondere Erwähnung verdient indeß die Verurtheilung von Wahlleich zu ein und einem halben Jahre Gefängniß wegen einer unverfänglichen Aeußerung in einer Rede.

Wenn aber die Redner verhältnismäßig glimpflich weggekommen sind, so wurde dagegen unsere Presse um so reichlicher bedacht. Erst

vor wenigen Tagen veröffentlichte die „Chemnitzer freie Presse“ eine Zusammenstellung der ihren Redakteuren im Laufe dieses Jahres zudiktirten Gefängnißstrafen, und stellte sich da heraus, daß diese Strafen, nur in einem Jahre „verdient“, über 8 Jahre betragen. Nebenher geht es allen übrigen Blättern. Die „Berliner freie Presse“ hat zwei Redakteure im Gefängniß sitzen, zwei Redakteure der „Bergischen Volksstimme“ haben erst das Gefängniß nach achtmonatlicher Haft verlassen und manch anderes Blatt kann Leidensgenossen dazu stellen. So wüthet die Reaktion: Alles sucht sie zu zerstören, was wir schaffen, aber ihr Wüthen ist, wie die Erfahrung lehrt, fruchtlos, denn wenn man glaubt, einen Kämpfer für das Proletariat beseitigt zu haben, erscheinen an dessen Stelle zwei und mehrere neue auf dem Kampfplatz. Die Sache der Socialdemokratie ist die Sache des Volkes und deshalb unausrottbar, wie dieses selbst. Im Vertrauen auf diese Lebenskraft arbeiten und kämpfen wir weiter, und dieser Congreß wird, so hoffen wir, eine wichtige Etappe in diesem Streben nach vorwärts bilden.

Dieser Bericht wird allseitig beifällig aufgenommen und werden in Bezug auf ihn folgende Anträge gestellt: Von Frohme: „Der Congreß möge beschließen, daß der Bericht sofort durch den Druck vervielfältigt und jedem Delegirten eingehändigt werde“; von Mackenzie: „Den Bericht den Parteigenossen durch den Druck zugänglich zu machen“; von Schlesinger und Genossen: „Den Bericht vollständig in das Protocoll aufzunehmen.“

Hasenclever spricht sich gegen den Antrag Frohme aus, da der Bericht schwerlich in den Gothaer Druckereien schnell genug fertig gestellt werden könne.

Reißer unterstützt den Antrag Frohme, da es doch wohl möglich sei.

Frißsche ist dafür, daß der Bericht wörtlich in das Protocoll komme, erklärt sich aber gegen eine vorherige Veröffentlichung, da derselbe das Protocoll erst interessant mache und dieses dann besser verkäuflich sei, als wenn der Bericht vorher schon gelesen werde.

Frohme hält es in Bezug auf spätere Congresse für practisch, daß die officiellen Berichte gleichzeitig mit den Vorlagen gedruckt den Delegirten zugestellt werden.

Geib schlägt vor, den Bericht sofort an den „Vorwärts“ zur Veröffentlichung zu übersenden; er würde als Beilage der nächsten Freitagssnummer beizugeben sein.

Der Antrag Frohme wird abgelehnt und bestimmt, daß der Bericht wörtlich im „Vorwärts“ und Protocoll veröffentlicht werde. Der weitere Antrag Frohme's, den vorherigen Druck der Berichte für künftige betreffend, wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest hierauf Telegramme aus Gera und Bindau und eine Zuschrift aus Werschetz in Ungarn.

Die Sitzung wird sodann um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr vertagt.

D i e n b u r g.      W i e m e r.

## Zweite Sitzung am 27. Mai, Nachmittags.

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Hasenclever um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr eröffnet; später übernimmt Geib den Vorsitz.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt, daß sämtliche Delegirte mit Ausnahme von Sadlich, der später eintrifft, anwesend sind.

Es gelangen zunächst drei Begrüßungstelegramme aus Hamburg, Königsberg und Hannover zur Verlesung.

Sodann ergreift Reichstagsabgeordneter Frißche das Wort zur Berichterstattung über Abtheilung 4 der Tagesordnung; er theilt zu Beginn derselben mit, daß eigentlich Reichstagsabgeordneter Liebknecht mit Erstattung dieses Berichtes beauftragt gewesen sei und daß Redner in Folge eines Krankheitsfalles in Liebknecht's Familie, welcher des Letzteren Anwesenheit auf dem Congresse heute unmöglich mache, dessen Stellvertretung übernommen habe. Redner führt aus, daß sich die socialistischen Reichstagsabgeordneten, trotzdem sie die Hoffnungen, welche ein Theil des Arbeiterstandes in die Versprechungen der Regierungen setzte, nicht theilten, sich veranlaßt sahen, einen Antrag auf Aenderung der Gewerbeordnung einzubringen, in welchem der größte Theil der innerlich der heutigen gesellschaftlichen Zustände ausführbaren Verbesserungen auf diesem Gebiete angestrebt sei. Von der Majorität des Reichstags sei gleich von Anfang an nichts zu erwarten gewesen; diese überlasse die Initiative in diesen Fragen gerne der Regierung, weil sie selbst nicht die Verantwortung für Aenderungen in der Gesetzgebung des gewerblichen Lebens übernehmen wollte. Angesichts dieser Unfähigkeit der herrschenden Parteien, auf diesem Gebiete etwas Ersprießliches zu schaffen, entschlossen sich die socialistischen Reichstagsabgeordneten, einen eigenen Gesekentwurf einzubringen; obwohl sie wie alle Socialisten über das Schicksal ihres Antrages sich im Voraus klar waren, so galt es doch zunächst, die der Partei Fernerstehenden hierdurch über unsere Bestrebungen aufzuklären, und deshalb habe es sich im Interesse der Partei empfohlen, die vorgelegene Frage, ob wir als socialistische Partei uns gegenwärtig an Gesetzänderungen im positiven Sinne betheiligen sollten, bejahend zu beantworten. — Redner spricht dann über die Reichskanzlerkrisis, welche unsererseits niemals ernst genommen wurde. Redner beklagt es, daß die Majorität und die Leitung des Reichstags die socialistischen Abgeordneten mundtot zu machen suche, weshalb dieselben bei den Militärdebatten und den Debatten über die Kanzlerkrise nicht zum Wort gelangen konnten; nur in ganz untergeordneten Fragen ließ man die socialistischen Abgeordneten — um sich der Außenwelt gegenüber den Schein zu geben, als ob die socialistischen Abgeordneten vollständige Redefreiheit hätten — zum Worte kommen. Dieser tiefempfundene Mißstand legte den Gedanken nahe, daß die socialistischen Abgeordneten, um wenigstens in diesem Punkte zu ihrem Rechte zu gelangen, zu Repressalien schreiten müßten, als welche die unaufhörliche Stellung neuer Anträge und Amendements zu bezeichnen sei, in welchen Fällen ihnen das Wort ertheilt werden müßte, und wodurch sie den Reichstag um mehr Zeit bringen würden, als die von ihnen gewünschte Betheiligung

an den parlamentarischen Debatten erfordern. Auch wurde beschlossen, einen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags einzubringen; die vorzeitige Schließung des Letzteren machte dies vorerst unmöglich, ebenso wie dieselbe auch eine eingehende Besprechung unserer sonstigen Anträge ausschloß. — Redner führt einzelne Beispiele an, wie den socialistischen Abgeordneten die Theilnahme an den Debatten unmöglich gemacht werde, wie man z. B. den Abgeordneten Liebknecht bei der Debatte über die Kanzlerkrisis valentiniert habe; wäre Liebknecht zum Worte gelangt, so wären die durch die Demission Bismard's hervorgerufenen Wehklagen Seitens aller übrigen Parteien und die Beweihräucherungen des „großen Staatsmannes“ durch die Dissonanzen einer herben Kritik gebührend unterbrochen worden. — Es wurde beschlossen, in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Demokraten einen Gesekentwurf zum Schutz des geheimen Stimmrechts — durch die Abgabe der Stimmzettel in verschlossenen Couverts u. s. w. — einzubringen; jedoch ist auch das Schicksal dieses Antrages leicht vorauszu sehen, da ein Mitglied des Reichstags sich nicht entblödete, ganz offen auszusprechen, daß von socialistischer Seite eingebrachte Vorschläge, und seien sie auch noch so berechtigt, ignoriert würden und nie Aussicht auf Annahme hätten. Redner meint, daß er es für keine besondere Ehre und noch weniger für ein Vergnügen halte, im Reichstage zu sitzen, sondern es lediglich als eine Pflicht betrachte, um wenigstens ungestraft von der Reichstagstribüne aus dem Volke Kund geben zu können, was in dessen Interesse geschehen müsse. Redner bezeichnet es als die Aufgabe des nun versammelten Congresses, an den von den socialistischen Abgeordneten eingebrachten Gesekentwürfen Kritik zu üben und ersucht die Delegirten um ihr Urtheil, ob die socialistischen Abgeordneten ihre Pflicht erfüllt hätten; er sehe in dem Congreß der Partei den Richter der Abgeordneten und wünsche ausdrücklich die Erklärung in das Protocoll aufgenommen, daß die socialistischen Abgeordneten selbst ihr Mandat niederzulegen bereit seien, wenn der Congreß zu der Ueberzeugung gelangen sollte, daß die socialistischen Wähler sich nicht mehr hinter ihren Abgeordneten befänden. Redner sprach sich ferner dahin aus, daß die Anwesenden wohl auch ohne diese Erklärung wüßten, daß dies die Richtschnur für das Wirken der socialistischen Abgeordneten sei, und hauptsächlich deshalb, damit dies auch zur Kenntniß aller Parteigenossen gelangte, wünsche er die Aufnahme dieser Erklärung in's Protocoll.

Er führt dann weiter aus, daß die letzte Session an eigentlichen Ergebnissen sehr arm gewesen sei, und die Hauptthätigkeit des Reichstags in neuen Belastungen des Volkes durch abermalige Geldbewilligungen für den Militarismus bestanden habe. Zum Schluß sprach Redner die Ansicht aus, daß diese Zustände und Mißstände nur dann sich gründlich ändern und bessern würden, wenn das deutsche Volk einmal eine social-demokratische Majorität in den Reichstag gewählt habe und die Gesetzgebung im Sinne unseres Programms gestaltet werde. (Beifall.)

Reisser erstattet hierauf Bericht über die Thätigkeit der Control- und Beschwerdec Commission, nach welchem die eingegangenen

Beschwerden gänzlich bedeutungslos und gering an Zahl gewesen seien; einige mußten abgewiesen werden, weil der vorgeschriebene Instanzenweg nicht eingehalten worden war; eine Eingabe von Knauer in Raumburg mußte unerledigt bleiben, weil das Schreiben vollständig unleserlich war, so daß dessen Inhalt nicht entziffert werden konnte.

Bezüglich der Controle der Bücher weist Redner darauf hin, daß die letzteren der Commission etwas spät, 3 Wochen vor dem Congreß, zugegangen seien. Die Commission glaubte dies indeß dadurch als entschuldigt betrachten zu müssen, daß das Centralwahlcomité, insbesondere der Cassirer, durch die Wahlen und die Vorbereitung zu denselben mit Arbeit überlastet war. Dieselbe Entschuldigung gelte auch dafür, daß keine Quartalsabrechnungen, sondern eine Abrechnung für das ganze Geschäftsjahr, das diesmal nur 8 $\frac{1}{2}$  Monat umfaßt, geliefert worden sei.

Der Verleger des „Wähler“ sandte, obwohl er dazu keine Verpflichtung hatte, die Cassenbücher dieses Blattes ein, aus dem Grunde, weil er, wie bekannt, den Ueberschuß desselben der Wahl-agitationscasse überwiesen hat. Die Commission prüfte die Bücher des „Wähler“ in allen Posten, und hat Alles in schönster Ordnung befunden.

Angeichts der enorm großen Zahl von Posten in den übrigen Cassenbüchern (dreizehntausend) mußte von einer Vergleichung aller Posten mit den Belägen Abstand genommen werden, und die Commission sich auf die Vornahme von Stichproben beschränken; diese, über fünfhundert, welche alle stimmten, führten zu der vollständigen Ueberzeugung, daß die Bücher ebenso wie die des „Wähler“verlags in allen Theilen durchaus richtig geführt seien.

Es müßten die Angaben eines Blattes, wonach die Commission tadelnde Bemerkungen über die Cassen- und Buchführung gemacht habe, als verleumderische Lügen zurückgewiesen werden.

Referent beantragt, dem Centralwahlcomité Decharge zu ertheilen, und ihm sowie speciell seinem Cassirer den Dank des Congresses für die prompte Leitung der Parteiangelegenheiten auszusprechen.

Diesem Antrage wird mit Einstimmigkeit entsprochen.

Es wird hierauf ein Antrag von Kayser eingebracht, sofort in die Specialdiscussion über Agitation und Organisation einzutreten, weil in dieser Alles gesagt werden könnte, was man in der Generaldebatte vorbringen wolle. — Dieser Antrag wird angenommen.

Frohme beantragt, daß der von den socialistischen Abgeordneten eingebrachte Gesetzentwurf, sowie die aller übrigen Parteien, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, weil im Reichstag nicht genügend ventilirt, hier besprochen werden solle. Es wird bestimmt, daß dieser Antrag im Laufe der Berathungen an geeigneter Stelle von Frohme einzubringen sei.

Frohme hätte weiter gewünscht, daß das Arbeiter-Schutzgesetz unter Mitwirkung aller Socialisten ganz Deutschlands, beziehungsweise nach Einsendung von Gutachten aus den verschiedenen Orten,

ausgearbeitet worden wäre. Antwort auf diese Interpellation wird von Fritzsche zugesagt.

Fried interpellirt Fritzsche wegen der sich entgegenstehenden Abstimmungen der socialistischen Reichstagsabgeordneten bei der Zollfrage; Redner hätte es Angeichts der gegenwärtigen schlimmen wirtschaftlichen Lage passend gefunden, wenn alle socialistischen Abgeordneten für die Regierungsvorlage gestimmt hätten.

Blos führt aus, daß nur er und Demmler gegen die Regierungsvorlage gestimmt hätten, und zwar habe Redner dies deshalb gethan, weil er den Regierungsentwurf für incorrect hielt, da die großen Maschinen u. A. zollfrei sein sollten. Außerdem sei der Entwurf noch durch verschiedene Amendements verschlechtert worden. Die Frage selbst sei keine principielle für die Partei gewesen, und es wäre jedem socialistischen Abgeordneten überlassen worden, wie er habe stimmen wollen.

Fritzsche bemerkt, daß, nachdem der Antrag Löwe abgelehnt war, seiner Ansicht nach auch die Regierungsvorlage durch den Antrag Scipio verschlechtert worden sei, und deshalb hätte sich ein Theil der Socialisten der Abstimmung enthalten.

Fried meint, wenn der Schutz Zoll unserer Industrie Arbeit geben würde, so müßten alle unsere Abgeordneten, einerlei ob die Frage über Retorsionszoll und Freihandel theoretisch festgestellt sei, für Retorsionszoll stimmen.

Hasselmann behauptet, es sei in den Rheinlanden gegen uns ausgebeutet worden, daß Liberale, deren Leitprinzip seither immer der absolute Freihandel gewesen, für den Eisenzoll gestimmt, während unsere Abgeordneten sich der Abstimmung enthalten, resp. ihre Stimmen zersplittert hätten.

Reißer macht darauf aufmerksam, daß durch Annahme des Antrags 3 der Vorlage, bezüglich einheitlicher Abstimmung unserer Abgeordneten im Reichstage, diese Frage ihre Erledigung in dem Sinne finden könne, daß in Fragen, in welchen das Parteiprogramm keine Richtschnur gäbe, die von unseren Abgeordneten zu bildende Fraction mit Stimmenmehrheit zu entscheiden habe, wie in zweifelhaften Fällen abgestimmt werden solle.

Geib erinnert an die bezüglich der Schutz Zollfrage auf dem vorigen Congresse gefaßten Beschlüsse, nach welchen Schutz Zoll und Freihandel, als wirtschaftliche Angelegenheiten der Bourgeoisie, uns als Partei vollständig fern ständen und zu denen wir uns von Fall zu Fall neu zu stellen hätten. Redner wünscht zwar zu allen Abstimmungen eine vorherige Verständigung unter den socialistischen Reichstagsabgeordneten, rechtfertigt aber unter Hinweis auf die angeführten Beschlüsse die Abstimmung von Blos und Demmler, mit dem Beifügen, daß bei der heutigen wirtschaftlichen Einrichtung der eine Theil der Arbeiter Deutschlands, z. B. in Hamburg, ganz andere Ansichten über Zollfragen haben könnte, als z. B. in den Rheinlanden. Redner beantragte Uebergang zur Tagesordnung.

Kayser meint, daß es keinen günstigen Eindruck mache, in einer wirtschaftlichen Frage unsere Abgeordneten in dreierlei Form abstimmen zu sehen; er tadelt die Abstimmung von Blos und

Demmler gegen Wiedereinführung der Eisenzölle und glaubt, daß diese Abstimmung im Widerspruch stände mit dem Beschlusse des vorigjährigen Congresses.

Neisser erklärt, nachdem im Congress einzelne Stimmen sich für Schutzoll, andere für Freihandel ausgesprochen, er die Abstimmung von Blos und Demmler für richtig halte.

Frische erklärt sich gegen den Antrag Geib's und erwähnt, daß er einen Antrag einbringen werde, dahin gehend, daß der Congress die Abgeordneten ermächtigen solle, mit den bürgerlichen Demokraten eine Fraction zu bilden, um die zur selbständigen Antragstellung nothwendigen 15 Unterschriften zu erlangen.

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen von Blos, Frid, Auer, Frische, und nachdem Blos seinen Standpunkt nochmals gerechtfertigt, geht der Congress über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über, unter besonderer Berücksichtigung des Antrages Hasselmann-Geib, daß unsere Abgeordneten durch specielle Amendements eine geschlossene Abstimmung Seitens unserer Abgeordneten ermöglichen sollten, wenn über die im Reichstag vorliegenden Anträge keine Einigung erzielt werden könne.

Frische beantwortet nun die zu Beginn der Sitzung an ihn gerichtete Interpellation Frohme's und führt aus, daß es wegen der knappen Frist, die zur Einbringung und Ausarbeitung eines Entwurfs zum Arbeiterschutzes gestellt war, absolut unmöglich gewesen, denselben vor Einbringung den Parteigenossen zu unterbreiten. Redner wies darauf hin, daß es der angestrengtesten Arbeit unserer Abgeordneten bedurft, um den Entwurf, wie er später vorlag, nur rechtzeitig fertig zu stellen; daß die Ultramontanen zur Fertigstellung ihres kümmerlichen Gesetzentwurfs 10 Sitzungen abhalten mußten. Ferner betonte Redner, daß unser Antrag, der zwar neben denen der anderen Fractionen dem Reichskanzler als schätzenswerthes Material für eine neue Regierungsvorlage überwiesen worden, und auf diese Weise dem Papierkorb des Reichskanzlers verfallen sei, doch in der nächsten Session von unseren Abgeordneten neu eingebracht werden müsse, und also in der Zwischenzeit einer gründlichen Revision Seitens der Parteigenossen unterzogen werden könne.

Frohme kommt auf seinen früheren Vorschlag, die Gesetzentwürfe aller übrigen Parteien neben dem der unseren zu veröffentlichen, zurück, und betont nochmals die Nothwendigkeit, alle von unseren Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwürfe vorher dem Urtheil der Partei zu unterbreiten.

Hasselmann empfiehlt die Besprechung des Schutzgesetzes während dieses Sommers in der Presse; namentlich hält er eine größere Berücksichtigung der Berg- und Landarbeiter für geboten.

Auer erkennt zwar die Wichtigkeit der Theorie des Frohme'schen Antrages an; in der Praxis mache sich aber die Sache nicht immer so. Redner constatirt gleichfalls, daß das Schutzgesetz kaum rechtzeitig vollendet, viel weniger also noch der Partei unterbreitet werden konnte, und es würden unsere Abgeordneten zur Unthätigkeit verurtheilt worden sein, wenn der Antrag Frohme in Kraft gewesen wäre. Redner fordert daher, diesen Antrag nur als Wunsch behan-

delt zu sehen; übrigens sei es ja selbstverständlich, daß unsere Abgeordneten mit den Parteigenossen außerhalb des Reichstags die genaueste Fühlung zu behalten bestrebt seien.

Frohme betont, daß er in der That nur einen Wunsch ausgesprochen habe.

Hasenclever empfiehlt die gründliche Besprechung aller Parteisachen überhaupt in der Presse.

Rühn-Osnabrück ist erfreut, daß das Arbeiterschutzesgesetz neu revidirt wird, unter Hinweis darauf, daß die auf die Entlassungsscheine bezügliche Stelle in Osnabrück sehr befremdet habe.

Kayser fragt an, was die auf dem vorigen Congress eingesezte Commission zur Ausarbeitung eines Schutzgesetzes gethan habe. Redner unterstützt den Wunsch Frohme's.

Geib antwortet unter Verlesung der hierauf bezüglichen Stelle aus dem vorigjährigen Congressprotocoll, und erklärt, daß die Commission aus sehr triftigen Gründen, die aus der Wahlbewegung resultiren, nichts geschaffen habe. Uebrigens sei der Entwurf im Großen und Ganzen als gelungen zu bezeichnen, und wie Redner wisse, mit vielem Fleiße zusammengebracht worden. Allerdings sei manches darin zu verbessern. Die Parteipresse solle daher, gemäß dem Vorschlag Hasselmann, in diesem Sinne den Entwurf besprechen, und alle diesbezüglichen Artikel an Frische senden; dann kann durch diese allseitige Arbeit auf eine, für die ganze Bewegung erprießliche Leistung gehofft werden.

Auer widerlegt die Bedenken Rühn's wegen der Entlassungsscheine; man wolle dieselben durchaus nicht obligatorisch machen, sondern es sei mit dem betreffenden Passus des Gesetzentwurfs nur eine vorbeugende Bestimmung beabsichtigt gewesen gegen gewisse Kennzeichnungen der Entlassungsscheine.

Rühn-Osnabrück meint, daß dies nicht bestimmt genug ausgedrückt sei; wogegen Auer ausführt, daß die Sache nicht anders behandelt werden konnte, weil ein Verbot der Entlassungsscheine nicht möglich sei.

Die von Geib beantragte motivirte Tagesordnung, — die Parteipresse möge das Arbeiterschutzesgesetz besprechen und die betreffenden Artikel sofort nach Erscheinen an Frische einsenden, welcher sie den übrigen socialistischen Abgeordneten behufs möglichster Berücksichtigung zu unterbreiten habe — wird angenommen.

Vorsitzender Hasenclever schlägt nun vor, die Anträge 4, 29a. und 35 der Vorlage in Berathung zu nehmen.

Geib motivirt Antrag 4 damit, daß eine Broschüre über die jährlichen Reichstagsessionen, welche auch sämtliche socialistischen Reden im Auszuge enthalte, ein ausgezeichnetes Mittel zur Aufklärung des Volkes sei. Mit Rücksicht auf die der Partei erwachsenden großen Kosten spricht sich Redner gegen Antrag 35 aus; er hält für zweckmäßig, daß diese Agitationsbroschüre auch Skizzen der Reden unserer Gegner enthalte, überhaupt möchte er die schriftliche Agitation mehr empfehlen; ihm erscheint dieselbe für um so nützlicher, als die Abhaltung von Versammlungen wohl Anregung giebt, aber selten durchschlagend den Zweck der gründlichen Belehrung erreichen kann.

Die Berathung eines Antrages von Frohme, eine Reichstagscorrespondenz, enthaltend die stenographischen Berichte der Reichstagsreden unserer Abgeordneten herauszugeben, wird verschoben bis zur Berathung über die Parteipresse.

Rackow unterstützt die Ausführungen Geib's, weil Antrag 35 unausführbar sei, und entgegen 29 a wünscht er die Reden unserer Abgeordneten der Parteipresse als Material überlassen zu sehen.

Ein Antrag Hasselmann's, die gesammelten auf die Reichstagscorrespondenz bezüglichen Anträge jetzt zu behandeln, wird abgelehnt.

Siegel erinnert an die günstigen Resultate, welche durch Abdruck der im Norddeutschen Reichstag gehaltenen socialistischen Reden erzielt wurden und tritt Geib's Ansicht bei.

Strumpfen ist für Antrag 35 und bedauert, daß die Parteipresse das so wichtige Agitationsmittel des Abdrucks der Reden unserer Abgeordneten so wenig benutze.

Ruhlmann macht darauf aufmerksam, daß Antrag 29 a mit Antrag 4 identisch sei.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages 4 der Vorlage. Es kommt nun zur Verhandlung Antrag 5 der Vorlage, und wird derselbe durch Otto begründet.

Klemich ist gegen den Antrag, weil durch ein Reichsgesetz bez. des Vereins- und Versammlungsrechts der Rest freiheitlicher Institutionen, welchen manche kleinere Staaten noch besitzen, vernichtet werden könnte.

Muer verweist auf Punkt 4 des Parteiprogramms, welcher den Antrag 5 vollständig deckt, und betont, es sei selbstverständlich, daß wir die Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsrechte abschaffen wollen. Schließlich rechtfertigt Redner das Verhalten Rittinghausen's in Sachen der Kölner Festungswerke, welches Otto bedeutungslos genannt hatte.

Es liegen 3 Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung vor; derjenige Geib's, welcher lautet: „Mit Hinweis auf Punkt 4 des Programm's und auf die Thatfache, daß die Stimmen von 15 Abgeordneten nicht ausreichen, um eine entsprechende Verfassungsänderung im Reichstage zu beantragen, geht der Congreß zur Tagesordnung über“ — wird angenommen.

Antrag 6 der Vorlage wird von Klemich motivirt.

Dehme verweist auf Theil 4 des Parteiprogramms; man möge also der Zeiterparniß halber über den Antrag 6 weggehen.

Hasselmann bemerkt, daß auch die Debatte über diesen Gegenstand neue Gesichtspunkte für die Agitation eröffnen könne.

Nach Bemerkungen von Klemich und Kayser wird ein Antrag von Pfannkuch angenommen, lautend: „Unter Hinweis auf Punkt 4 des Parteiprogramms geht der Congreß über Antrag 6 der Vorlage zur Tagesordnung über.“

Antrag 7 der Vorlage findet nicht die nöthige Unterstützung. Es kommen sodann die Anträge 9, 26, 33, 55 und 57 der Vorlage und ein schriftlicher Antrag aus Ralk zur Berathung; Letzterer findet nicht genügende Unterstützung und 57 wird von Dreesbach, als wahrscheinlich auf einem Mißverständnis beruhend, zurückgezogen.

Madenzie empfiehlt den Antrag 9 unter Hinweis darauf, daß bei fast ausschließlicher Anwendung der stabilen Agitation viele Gegenden vernachlässigt würden, wo dieselbe noch nicht eingeführt sei.

Eckert ist der Ansicht, daß die Presse die Aufgabe der sog. stabilen Agitation erfüllen könne, und wünscht ebenfalls die fliegende Agitation mehr berücksichtigt; Redner beklagt sich bezüglich der Vernachlässigung des Rheinlandes, wo bei richtiger Bearbeitung sehr günstige Resultate zu erzielen sein würden. Die Reichsboten hätten hierzu ihr Theil beitragen können.

A. Kapell spricht gegen den zu häufigen Wechsel der Agitation, und weist darauf hin, daß auf jedem Congreß die nemlichen Klagen wiederkehren; bemerkt ferner, daß die Reichstagsabgeordneten in agitatorischer Beziehung zu sehr in Anspruch genommen werden, und sie unmöglich allen Anforderungen Rechnung tragen können. Redner weist im Gegensatz zu den Rheinlanden auf Norddeutschland, Pommern, Ostpreußen und Schlesien hin, in welcher letzterer Provinz die überraschendsten Resultate erzielt worden seien, und schlägt Redner vor, die Leitung der gesammten Agitation dem Centralwahlcomité zu überweisen, das für eine gerechte, gleichmäßige Befriedigung aller Anforderungen, soweit die vorhandenen Kräfte und Mittel ausreichen, bemüht sein werde.

Ulrich-Offenbach wünscht die fliegende Agitation mehr angewendet.

Rühn-Langenbielau ebenfalls, und weist darauf hin, daß bei der beständigen Wiederkehr der Klagen wegen Mangel an Abwechslung bei den Agitatoren auf allen Congressen, diese doch wohl ihre innere Berechtigung haben müßten. Er erörtert noch die Schwierigkeiten der Agitation in Schlesien.

Kayser ist für Erweiterung der stabilen Agitationskreise und glaubt, daß hierdurch dem Wunsch nach mehr fliegender Agitation am besten entsprochen werden könne.

Klute ist der Ansicht, daß stabile Agitation besser und billiger sei, als die fliegende.

Muer bemerkt, daß die Mittel der Partei nicht ausschließlich zu stabiler Agitation, sondern auch zur fliegenden verwendet worden wären. Letztere Agitation sei aber bedeutend theurer als Erstere und müsse daher mit Rücksicht auf die Parteimittel oft unterbleiben. Redner will an anderer Stelle auf diesen Punkt zurückkommen.

Ein Schlußantrag Dehme's wird angenommen, und der Antrag dem Centralwahlcomité zur Berücksichtigung überwiesen.

Es kommt nun Antrag 26 zur Verhandlung; Kapell spricht für denselben.

Söhler führt an, daß in Braunschweig die Aussichten auf Erfolg viel größere gewesen wären, wenn Seitens der Partei etwas mehr für diese Kreise gethan würde.

Bez-Darmstadt klagt ebenfalls wegen mangelnder Unterstützung sowohl Seitens der Partei wie auch der Nachbarstädte. Liebknecht sei kürzlich in Darmstadt gewesen, habe aber keine Versammlung abgehalten.

Grillenberger ist für den Antrag; schon auf 5 Congressen habe er erlebt, daß diese Anträge der Parteileitung überwiesen wurden, ohne daß Abhilfe geschaffen worden sei; er bitte dringend, die Delegirten möchten sich dafür aussprechen, daß gerade für Baiern mehr geschehen müsse als bisher. Die Agitation müsse den Boden erst lockern und vorbereiten; dann erst könne auf eine erfolgreiche Thätigkeit Seitens der Presse gerechnet werden.

Kaulitz führt dieselben Beschwerden bez. des Saargebiets, und wünscht für Süd- und Südwest-Deutschland mehr agitatorische Unterstützung.

Sirich beschwert sich ebenfalls wegen Vernachlässigung Württembergs, und hält Redner besonders den öfteren Besuch von Reichstagsabgeordneten für das allernothwendigste und erfolgversprechendste Mittel.

Schumacher-Eöln glaubt, daß Aachen in Folge der dortigen Verhältnisse mit leichtester Mühe zu erobern sei, nur müsse etwas mehr für diesen Bezirk geschehen; es müsse eine Persönlichkeit dorthin gesandt werden, welche die Fähigkeit besitze, die Klippen religiöser Streitfragen zu umschiffen und die religiösen Gefühle der Bevölkerung zu schonen.

Heiland verspricht sich auch vom Frankfurter (a/D.) Kreis gute Resultate, unter der Voraussetzung, daß die geeigneten agitatorischen Kräfte Seitens des Comité's dorthin entsendet werden.

Auer konstatiert, daß aus allen Theilen der Windrose die Klagen über mangelnde Agitation in rührender Uebereinstimmung angebracht würden, es beweise dies am besten, wie Unrecht manche Delegirten hätten, wenn sie die Behauptung aufstellten, daß ihre Gegend allein stiefmütterlich behandelt worden sei. Redner rechtfertigt den Abgeordneten Liebknecht, da derselbe gleich nach Beendigung der Verhandlung, zu welcher er als Zeuge geladen war, wieder aus Darmstadt abreisen mußte. Bezüglich des Südens wies Redner nach, daß derselbe nicht weniger bedacht worden sei, als die übrigen Theile Deutschlands; es gingen namentlich 355 M. Agitationsunterstützung dorthin. Uebrigens leide der Süden keineswegs Mangel an Agitatoren, speziell habe Baiern, wo allein 4 Parteiblätter erschienen, bis jetzt im Verhältniß zu seiner Größe die meisten Agitatoren gestellt. Was die Reichstagsabgeordneten betreffe, so seien diese wohl zu entschuldigen, daß sie seit dem 10. Januar nicht in allen Orten Deutschlands Versammlungen abgehalten hätten. Es seien seit diesem Zeitraume erst 4 1/2 Monate verstrichen, und diese kurze Zeit reiche nicht aus, um nur den zehnten Theil der gestellten Anforderungen zu befriedigen, man müsse ferner bedenken, daß die vorhergehende Wahl-agitation riesige Anstrengungen Seitens der Gewählten gekostet hätte, und dann folgte die Reichstagsession selbst. Außerdem könne man die Abgeordneten nicht überall hin kommandiren, wo man sie gerne hätte; unter den 12 Vertretern seien zwei Greise, Demmler und Rittinghausen, die man nicht auf Agitationsreisen schicken könne; Bebel und Bracke hätten eigene Geschäfte, die sie nicht zu jeder Zeit im Stiche lassen könnten, Motteler sei anstrengend in einem Parteigeschäft thätig, Liebknecht und Hasenclever seien Redacteurs des

„Vorwärts“, an den man viele Anforderungen stelle. Blieben noch Bloß, Most, Kapell und Redner übrig, die, soweit sie nicht durch ihre Stellung gebunden waren, so viel leisteten, als sie nur konnten. Freilich wisse Redner selbst, daß noch viel, viel mehr gethan werden müsse; allein dazu fehlten bis jetzt die nöthigen Mittel. Redner weist schließlich darauf hin, daß wie aus der Abrechnung hervorgehe, die zeitweilige Agitation (worunter auch ein bedeutender Theil der Wahlagitation und diejenige durch die Reichsboten zu rechnen sei) in ziemlich umfangreicher Weise betrieben worden sei.

Diekmann klagt über die Vernachlässigung des Teltower Kreises resp. der nächsten Umgebung Berlin's. Die Parteileitung Berlin's, speziell aber Personen von der Redaction der „Berliner fr. Presse“ trügen daran die Schuld, indem dieselben in dieser Beziehung nicht nur nichts thäten, sondern sogar entgegenwirkten. So seien Aufrufen resp. Berichten aus den Wahlkreisen die Aufnahme in verschiedenen Fällen verweigert worden.

Most weist den gegen die Berliner, speziell die Redacteurs u. s. w. der fr. Presse gerichteten Vorwurf zurück, und sagt, daß dieselben ihre Schuldigkeit bis an die Grenze der Möglichkeit gethan hätten.

Nach persönlichen Bemerkungen von Diekmann, Grottkau und Radow wurde zur Abstimmung über Antrag 26 geschritten und beschlossen, denselben dem Centralwahlcomité zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Sitzung wird hierauf, 7 1/2 Uhr, geschlossen.

Die Schriftführer:

Ulrich.

Derossi.

### Erste Sitzung am Montag, den 28. Mai, Morgens.

Der Vorsigende Hasenclever eröffnet die Sitzung 8 1/4 Uhr. Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen Bock, Daßbach, Löwenstein, Most, Söhler, Matthäi, Kayser und Frohme, welche sich kurz nach Eintritt in die Tagesordnung beim Bureau melden.

Es kommen dann zunächst Begrüßungen aus Zürich und Brüssel zur Verlesung, und theilt Auer einige Aenderungen in dem Bestand der Delegirten und vertretenen Orte mit.

Ulrich-Offenbach theilt mit, daß die Offenbacher Gesinnungsgenossen ihn beauftragt hätten, den Congress zu ersuchen, das Mandat für Offenhach einem anderen Delegirten zu übertragen. Der Grund hierfür läge in der Thatfache, daß Wolf bei Gelegenheit einer gegen ihn schwebenden Untersuchungssache sich mit einem Gnadengesuch an den Großherzog gewandt, was mit unseren Prinzipien und dem Parteiprogramm unvereinbar sei.

Wolf erklärt, daß er es seinen Mandatgebern und der Partei selbst schuldig sei, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen; der Congress möge dann über sein Verhalten urtheilen. Redner sei in Folge langjähriger anstrengender Agitation körperlich vollständig

zerrüttet gewesen, und, von der Nothwendigkeit gedrängt, von der Agitation längere Zeit zurück getreten.

Der Vereinigungscongreß habe ihn veranlaßt, auf's Neue in die Bewegung einzutreten; die Folge davon war, daß Redner abermals auf's Heftigste erkrankte, so daß ihm mehrere Aerzte eine Badekur anriethen, welche aber seine Mittel nicht erlaubten. Der fernere dringende Rath der Aerzte ging dahin, daß sich Redner jeder öffentlichen Thätigkeit enthalten und jede Aufregung vermeiden solle; inzwischen war aber ein Prozeß eingeleitet worden und der Richter kümmerte sich nicht um den leidenden Zustand des Redners. Redner berief sich auf die Aerzte und verweigerte jede protokolllarische Aussage; man wollte aber zu Zwangsmitteln schreiten. Um dies zu vermeiden, rieth man ihm an, sich wegen Stundung der Sache an den Großherzog zu wenden, und beauftragte er mit der Ausarbeitung des Schriftstücks einen Rechtsanwalt. Redners Fehler habe nur darin bestanden, daß er die Absendung des Schriftstückes gebuldet, ohne dasselbe gelesen zu haben. — Redner habe ferner zu bemerken, daß nur die Parteigenossen von Offenbach gegen seine Wahl protestirten, während die Genossen der ländlichen Distrikte, welche weitaus die überwiegende Zahl der Wähler ausmachen, einen Gegenprotest gegen das Vorgehen der Offenbacher mitgegeben hätten. Redner sei aus Parteiinteresse hier, denn seiner angegriffenen Gesundheit halber sei es vielleicht besser gewesen, wenn er zu Hause geblieben wäre.

Trohme behauptet, daß Wolf die Bewegung nie geschädigt, im Gegentheil Jahre lang mit Ausbietung aller seiner Kräfte für dieselbe gewirkt habe. Es lasse sich daher das Vorgehen der Offenbacher nicht rechtfertigen.

Der Congreß geht hierauf unter Anerkennung des Wolf'schen Mandats zur Tagesordnung über; die Regelung bez. des Gnadenresp. Stundungsgesuchs bleibt dem künftigen Centralwahlcomité überlassen.

Es folgt nun die Verlesung des Protokolls vom Sonntagvormittag durch Oldenburg, und wird dasselbe genehmigt.

Blos macht darauf aufmerksam, daß zwar beschlossen, der Congreß solle ein öffentlicher sein, doch sei man dabei seiner Meinung nach von dem Gedanken ausgegangen, daß nur Gesinnungsgenossen Zutritt haben sollten. Es seien aber Personen auf der Gallerie erschienen, von denen man nicht wisse, ob sie solche Genossen seien. Es wäre daher wünschenswerth, daß der Congreß erkläre, ob auch Nichtparteilgenossen und zweifelhaften Personen der Zutritt zu gestatten sei.

Radow hat den Beschluß in derselben Weise aufgefaßt; wer sich nicht als Socialist legitimire oder durch Socialisten legitimirt werde, habe hier nichts zu suchen.

Vollmar erklärt sich ebenfalls gegen die Anwesenheit von zweifelhaften Personen auf der Gallerie; es dürften nur Personen mit Eintrittskarten zugelassen werden.

Wahlreich ist für unbedingte Oeffentlichkeit; ob wir Polizeispizel hier haben oder nicht, sei, da wir keine Geheimnisse zu ver-

rathen haben, ganz gleichgültig. Im Uebrigen sei es ja bekannt, daß der Congreß unter polizeilicher Controlle tage. Wir haben Polizeibeamte hinter uns und Polizeispizel auf der Gallerie.

Hasenclever erklärt, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß der Ausdruck „Polizeispizel“ sich nicht auf die überwachenden Polizeibeamten beziehen könne, sondern auf Personen, welche sich unter fremder Maske eingeschlichen; übrigens sehe Redner nur 4 Leute auf der Gallerie, welche theilweise mit oder gegen ihren Willen brave und tüchtige Agitatoren für unsere Sache seien.

Der Congreß geht über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über.

Es kommt nun zur Verhandlung Antrag 33 der Vorlage.

Hörrig ist für Ueberweisung an das Centralwahlcomité; Diekmann empfiehlt den Antrag, weil die Verhältnisse des Teltower Kreises denen des 3. Hamburger analog seien. Geib hält die Einrichtung für praktisch und betont, daß mit zwei Colporteurern in Holstein schon der Anfang gemacht worden sei.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Ueber den Antrag 55 wird zur motivirten Tagesordnung übergegangen, da es selbstverständlich, daß diesem Antrage gemäß verfahren werde.

Es kommen sodann die Anträge 8, 12, 14, 18, 20, 22, 23, 24, 25, 27, 30, 31, 32, 36, 40, 41 und 42 der Vorlage zur Verhandlung; dieselben finden alle außer 31 genügende Unterstützung. Ebenso Anträge von D. Kapell bez. regerer Agitation für Stettin und Umgegend, Pommern, Ost- und Westpreußen; Söhler bez. Agitation im ersten Braunschweiger Wahlkreise; von badischen Genossen bez. der Anstellung Hackenberger's als stabiler Agitator; aus Buchholz sowie von den Darmstädter und Sühler Parteigenossen.

Die Debatte wird eröffnet.

Grillenberger weist darauf hin, daß er schon gestern betont, man möge derartige Anträge nicht alle dem Comité überweisen, sondern hier besprechen, damit der Congreß die Bedürfnisse der einzelnen Kreise kennen lerne. Redner empfiehlt den Antrag der Genossen zu Würzburg, denn es handle sich um zwei Wahlkreise, welche gute Aussichten auf Erfolg bieten.

Auf Antrag Dingner's tritt der Congreß sofort in die Discussion über jeden einzelnen Antrag ein.

Riefer empfiehlt die Annahme des Antrages 8.

Geib betont, es sei gestern schon hervorgehoben worden, daß die Abgeordneten nicht im Stande wären, allen an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Außerdem müsse sich Redner ganz entschieden gegen den Abgeordneten-Cultus aussprechen; es sei eine Beleidigung aller Redner, die nicht Abgeordnete sind, wenn man stets nur Letztere zu Versammlungen haben will; zudem seien wir principielle Gegner des Personen-Cultus; derselbe sei aber leider in Bezug auf die Abgeordneten der Masse geradezu anerzogen worden, daher sei es höchste Zeit, daß dieser Cultus zerstückt werde. Im Uebrigen sei auch Redner dafür, daß zuweilen ein agitatorischer Streifzug durch Baiern arrangirt werde.

Der Antrag 8 wird hierauf unter Streichung der Worte „womöglich ein Abgeordneter“ angenommen.

Rießer bemerkt, daß er selbst gegen den Abgeordneten-Cultus sei, aber in Erfüllung seines Mandats für den Antrag stimmen mußte.

Klemich tritt für den Antrag 12 ein; Kayser ist gegen denselben, da der 9. sächsische Wahlkreis, welcher zwischen Dresden und Chemnitz liegt, genug mit Agitation versehen werde. Wiemer schließt sich den Ausführungen Kayser's an, und wird hierauf der Antrag abgelehnt.

Brätter empfiehlt Antrag 14; Bloß wünscht denselben dem Comité zur besonderen Berücksichtigung empfohlen, und hebt hervor, daß Beschwerden über mangelhafte Agitation aus diesem Kreise nicht vorliegen.

Reißer hält es für praktisch, auch die benachbarten Kreise gleich mit zu bearbeiten, weil daselbst der Boden für unsere Sache außerordentlich günstig sei.

Der Antrag 14 wird hierauf mit dem Zusatz angenommen, daß der Wahlkreis Neuß jüngerer Linie mit einbegriffen werde.

Der Antrag 18 wird dem Comité zur besonderen Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 20 führt Zwiebler aus, daß Anhalt ein dankbares Feld für unsere Bestrebungen biete; auch liege der Plan vor, für Anhalt ein Blatt in's Leben zu rufen.

Lingner ist der Ansicht, daß Seitens der Genossen in Anhalt nicht genug für die Agitation gethan worden sei, denn trotzdem in der Stadt Dessau drei Redner vorhanden wären, habe er aus dem Bericht des Centralwahlcomités ersehen, daß die Bewegung dort zurückgegangen sei. Früher seien die Redner von Dorf zu Dorf gegangen, jetzt schienen sie sich aber nur in den Städten hören lassen zu wollen; dies müsse anders werden, wenn die Bewegung vorwärts gebracht werden solle. Redner hält die Leistung eines Agitations-Zuschusses seitens des Comité's empfehlenswerth.

Hurlemann nimmt das Wort, weil auch der Wahlkreis Calbe-Mscherleben hier in Betracht komme; Redner wolle keineswegs dem stabilen Agitator für diese Gegend, Zwiebler, Vorwürfe machen, es sei demselben aber viel zu große Arbeit aufgebürdet, da ein Mann unmöglich 4 Wahlkreise bearbeiten könne. Es müßte daher anders vorgegangen werden, und brauche z. B. Zwiebler nicht mehr in Magdeburg zu wohnen, sondern könne seinen Sitz in Anhalt nehmen.

Zwiebler bemerkt, daß er nicht nur in den Städten, sondern auch auf den Dörfern thätig agitirt habe. D. Kapell bestätigt dies.

Hierauf wird der Antrag 20 mit dem Zusätze Hurlemann's, den Kreis Calbe-Mscherleben zu berücksichtigen, angenommen.

Ferner wird ein Zusatzantrag zu 8, letzteren Antrag baldmöglichst zur Ausführung zu bringen, genehmigt.

Zu Antrag 22 bemerkt Kühn-Dnabrück, derselbe sei überflüssig, weil Oldenburg von Bremen aus bearbeitet werden könne, und beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Edert und Fried beantragen, diese Angelegenheit den Bremer Genossen zu überweisen; dies wird angenommen.

Zu Antrag 23 empfiehlt Meister nicht bloß für Minden, sondern für Hannover den Agitator zu bestimmen, da diese Provinz bis jetzt stets stiefmütterlich behandelt worden sei. Für deren Bedeutung für unsere Sache zeuge der Umstand, daß bereits früher einmal in derselben eine engere Wahl erzielt worden sei.

Der Vorsitzende empfiehlt, für Hannover einen Agitator zu bestimmen, der zugleich Minden und Umgegend zu besuchen hat, die Personenfrage aber offen zu lassen.

In diesem Sinne wird der Antrag angenommen.

Dreesbach wünscht festgestellt zu sehen, wie viele agitatorische Kräfte zur Verfügung stehen, damit nicht Beschlüsse gefaßt würden, die nachher unausführbar seien.

D. Kapell will, daß man in der Verhandlung fortfahre, da zwar das Comité nur nach seinen Kräften und Mitteln verfahren könne, das Ausprechen der berechtigten Wünsche der Genossen in den verschiedenen Kreisen aber gut sei, damit sich das Comité darnach richten könne.

Zu Antrag 24 bemerkt Strumpen, man müsse für das Rheinland mehr thun. Redner seien daselbst zwar genug vorhanden, aber es fehle Geld, da die Genossen so arm seien, daß sie wenig zahlen könnten, so daß der Redner das Reisegeld manchmal aus seiner Tasche bezahlen müsse, wodurch die Agitation lahm gelegt werde. Matthäi unterstützt ebenfalls den Antrag, welcher sodann angenommen wird.

Es kommt dann Antrag 25 zur Verhandlung. Fechner tritt für eine regere Agitation, resp. Geldunterstützung für den Norden, speciell Schleswig-Holstein ein. Die Touren daselbst seien für die fliegende Agitation zu lang, so daß die Bahnfahrten zu viel Geld verschlängen; ein stabiler Agitator komme dort viel billiger. Vier Wahlkreise seien dort zu bearbeiten, daher die Annahme des Antrages wohl zu empfehlen.

Heyer räumt ein, daß Schleswig für unsere Bewegung ein günstiger Boden sei, der Einsetzung eines stabilen Agitators könne er aber nicht bestimmen, da es nicht praktisch sei, dies für Schleswig allein zu thun. Dagegen wäre Redner dafür, daß für beide Provinzen ein stabiler Agitator eingesetzt werde; die Schleswig-Holstein-Genossen wären im Stande, ihn selbst zu bezahlen.

Hartmann weist auf die schwierigen Verhältnisse hin; die große Zahl dänisch sprechender Bevölkerung komme hierbei wesentlich in Betracht; dennoch sei alles Mögliche gethan worden. So habe das Comité 10,000 Exemplare des Kopenhagener „Social-Demokraten“, mit passenden Aufrufen versehen, vertheilen lassen; ferner habe die Expedition jenes Blattes den ganzen December hindurch regelmäßig eine Partie Nummern an die verschiedenen nordschleswighischen Orte gratis gesandt; das ganze Resultat sei eine sehr geringe Zahl Stimmen in den betreffenden Kreisen für unseren Candidaten, und 4 Abonnenten auf das dänische Blatt gewesen. Das Centralwahlcomité habe überhaupt viel für Schleswig-Holstein gethan; diese Provinz ist stetig mit Rednern förmlich überflutet.

worden, und sei deshalb jede Beschwerde wegen mangelnder Agitation dort unberechtigt.

Der Antrag 25 wird hierauf abgelehnt.

Antrag 27 wird von Lehmann begründet unter dem Hinweis, daß Hackenberger seit seiner Entlassung aus dem Gefängnisse krank sei und nicht wirken könne.

Auer bittet um Ablehnung dieses Antrages; der Congreß möge nicht dadurch, daß er eine bestimmte Person für eine bestimmte Gegend ernenne, dem Comité die Hände binden. Es könne sehr leicht der Fall eintreten, daß der betreffende Agitator an einer anderen Stelle nothwendig gebraucht werde, was bei Annahme des Antrages zu Unzuträglichkeiten führen müsse.

Der Antrag 27 wird abgelehnt. Desgleichen Antrag 30.

Zu Antrag 36 führt Schlesinger aus, daß seit den ungetreuen Leistungen, durch die sich Schlesien in letzter Zeit rühmend hervorgethan, man glauben könne, diese Provinz bedürfe keiner Unterstützung von außen mehr. Dem sei aber nicht so; es mangle an Agitationskräften, da dieselben fast nur in Breslau vertreten seien; von den fünf Breslauer Rednern, welche in Betracht kommen, seien drei Redacteurs, und der Congreß könne also die Arbeitslast derselben wohl würdigen, wenn in Breslau, einer Stadt von  $\frac{1}{4}$  Million Einwohner, und auch in der Provinz regelmäßig Versammlungen von ihnen abgehalten werden sollten. Schlesien sei ein fruchtbares Feld für unsere Bewegung, selbst das ultramontane polnische Oberschlesien, wie Bebel constatiren könne, der sich neulich in Geschäften dort aufgehalten habe. Der Wahlkreis Liegnitz biete auch viele Aussichten, was schon der Umstand beweise, daß von dort ein Delegirter zum Congreß entsandt worden sei. In Liegnitz beabsichtigten einige Genossen, eine Fabrik zu errichten, und einen zur Agitation befähigten Arbeiter anzustellen, für welchen Redners Mandatgeber zur Zeit einen regelmäßigen Zuschuß von 25 Mk. erwarten.

Auer führt an, daß nach Schlesien bereits monatliche Zuschüsse gehen, und zwar nach Breslau, Görlitz, Waldenburg und Emsdorf im Gesamtbetrage von 100 Mk. Eine Erhöhung derselben ließe sich unter Umständen empfehlen, allein ein stabiler Agitator könne nicht viel ausrichten; als vor längerer Zeit im Culengebirge eine umfangreichere Agitationstour arrangirt werden sollte, wurde von dort geschrieben, daß wegen Localmangels nichts ermöglicht werden könne, und ward in Folge dessen eine Summe von etwa 200 Mk. zur Betreibung der Schriftenverbreitung gegeben.

Kayser führt an, daß der Zuschuß nach Görlitz nicht für Schlesien verwandt werde, sondern der dortige Agitator, Keller, hauptsächlich in Bittau und Umgegend agitire. Die Wünsche der schlesischen Genossen seien vollständig berechtigte und beantrage er, die Agitation dort dem Comité zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Rühn-Vangenbielau meint, daß Schlesien weniger das Stiefkinder als das Schmerzenskind der Partei sei, weil es stets viel Geld koste, ohne entsprechende Gegenleistung zu bringen. Die Leute seien dort außerordentlich arm und könne man sie füglich in drei Klassen

theilen: arm, ärmer, am ärmsten! Trotzdem war das Wahleresultat ein überaus günstiges. Redner hält es nicht für practisch, dort einen Agitator für einen einzelnen Kreis einzusetzen, sondern für die ganze Provinz. Im Uebrigen gäbe es im Culengebirge einige agitatorische Kräfte, dieselben würden aber nicht genügend verwandt; die Breslauer seien der Meinung, Alles allein machen zu können, wodurch dann Vieles leider unterbleibe.

Schumacher-Breslau nimmt zu dem Antrage das Wort, weil das von der Partei bisher stets vernachlässigte Schlesien durch sich selbst den erstaunlichsten Aufschwung genommen habe, so besonders der Wahlkreis Waldenburg. Derselbe sei wohl in erster Linie zu berücksichtigen. Redner wünscht nicht stabile Agitation, sondern fliegende, mit Rücksicht auf die weiten Entfernungen.

Der Antrag 36 wird abgelehnt, dem Antrage Kayser gemäß jedoch die Agitation in Schlesien dem Comité zur besonderen Berücksichtigung empfohlen. Damit ist auch Antrag 41 erledigt.

Es kommt nun zur Verhandlung der Antrag 32 der Vorlage, sowie ein Antrag der Weimarer Genossen, Ufert zur Agitation in Thüringen einen monatlichen Zuschuß zu bewilligen. Ferner liegt eine längere Zuschrift einer in Schwarzburg bei Suhl stattgehabten Conferenz vor, nach welcher gewünscht wird, daß Klute seinen Sitz im ersten Meininger Wahlkreise nehme.

Klute ist der Meinung, daß, wenn ein Agitator in Meiningen seinen Sitz habe, er schwerlich für Thüringen wirken könne; für Meiningen allein sei es aber zweifelhaft, ob sich die Einsetzung eines Agitators rechtfertigen lasse. Dagegen sei Redner dafür, an Ufert einen Zuschuß zu leisten.

Letzterer Antrag wird angenommen und die Höhe des Betrages dem Comité anheimgegeben.

Zu den Anträgen 40 und 42 führt Oldenburg aus, daß die Anstellung eines stabilen Agitators für Schleswig-Holstein äußerst nothwendig sei. Es wären allerdings auf die Agitation daselbst bedeutende Kosten verwendet und auch an Rednern habe es nicht gefehlt; doch sei die Agitation bisher eine gänzlich planlose gewesen. Durch die Anstellung eines stabilen Agitators werde in dieser Beziehung eine Regelung bewirkt werden können und empfehle er daher, die auf Anstellung eines solchen bezüglichen Anträge dem Central-Wahl-Comité zur Berücksichtigung zu überweisen.

Heyer tritt diesem Antrage entgegen mit dem Bemerkten, daß die Schleswig-Holsteiner zwar viel Geld aufbringen, aber die Einsetzung eines stabilen Agitators deshalb doch nicht zu empfehlen sei. Altona besorge durch seine Agitatoren auf eigene Kosten fast die ganze Agitation in Schleswig-Holstein; eine Regelung derselben sei allerdings nothwendig, inbeß seien die dortigen Genossen im Stande, die Mittel selbst aufzubringen. Was die gegenwärtige Lage in Altona betreffe, so habe dasselbe zwar gegenwärtig 7000 Mark Schulden; doch seien die dortigen Genossen im Stande, nicht nur diese abzuführen, sondern auch noch selbständig einen stabilen Agitator zu unterhalten. Redner bittet daher den Congreß, speciell die Delegirten aus Schleswig-Holstein, die Sache der demnächst in Neu-

münster tagenden Partei-Conferenz zu überweisen, damit den Parteigenossen allerorts ein gutes Beispiel gegeben und der Congreß in Zukunft weniger mit solchen Anträgen beschäftigt werde.

Fechner verwahrt sich gegen Heyer's Ausführungen und will neben der Regelung der Agitation auch eine Unterstützung Seitens der Partei.

Hartmann behauptet, daß in keiner Provinz so viel geredet worden sei, als gerade in Schleswig-Holstein: die Leute dort seien in dieser Beziehung schon von 1848 her verwöhnt. Was noch in Betracht komme, sei, daß sich für 45 Thlr. monatlich kein Agitator findet; Walthers beanspruchte 2½ Thlr. pro Tag, sonst agitire er nicht mehr außerhalb seines Wahlkreises, und während der Wahl habe er sogar 3 Thlr. pro Tag verlangt. Redner bittet, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Hörig erklärt, daß die Agitation in Schleswig-Holstein nicht unregelmäßig betrieben worden sei. Er schließe sich den Ausführungen von Heyer und Hartmann an. Die Unzufriedenheit habe ihren Grund nicht in der mangelnden Agitation, sondern in den Polizeischwierigkeiten.

Es wird beschloffen, die Regelung der Agitation in Schleswig-Holstein der Conferenz zu Neumünster zu überweisen, und sind damit die Anträge 38 und 42 erledigt.

Zur Verhandlung gelangt sodann ein Antrag von Schröder, der Congreß möge beschließen, in Stuttgart an Stelle des daselbst ausgewiesenen Agitators Holzwarth einen anderen zu setzen.

Hirsch kann sich dem Antrage formell nicht anschließen, da eine neue Kraft unter den in Stuttgart obwaltenden Verhältnissen in 4—6 Wochen wahrscheinlich abgestumpft sein würde. Mit Holzwarth seien alle Genossen daselbst einverstanden, und sei derselbe übrigens bemüht, sich das Württembergische Staatsbürgerrecht zu erwerben, wodurch seine Ausweisung aufgehoben werden würde.

Schröder glaubt hingegen, daß es sehr empfehlenswerth sei, einen anderen Agitator dorthin zu senden, weil Holzwarth Redacteur des Stuttgarter Parteiblattes sei und durch seine Ausweisung der locale Theil, welcher eigentlich, weil der gelesenste, der wichtigste sei, erheblich leide. Es sei durchaus kein Mißtrauen oder eine Beschwerde gegen Holzwarth vorhanden, denn alle Genossen seien mit seinen Leistungen zufrieden; allein es seien auch noch mancherlei andere Anzuträglichkeiten mit seiner Ausweisung verbunden.

Geib meint, es sei selbstverständlich, daß wenn eine vortheilhafte Aenderung getroffen werden könne, diese erfolgen würde, doch könne die Sache nicht hier auf dem Congreß, wie es der Antrag will, über's Knie gebrochen werden.

Der Antrag wird abgelehnt und die Angelegenheit dem künftigen Central-Wahl-Comitee überwiesen.

Es folgt nun ein Antrag Wolff, der Congreß wolle beschließen, den Kreis Friedberg, welcher voraussichtlich zu dem Wahlkreis Offenbach kommen werde, durch eine frühzeitige Agitation bearbeiten zu lassen. Der Antragsteller weist darauf hin, daß die dortige Bevölkerung von oppositionellem Geiste beseelt und daher unserer Sache leicht zugänglich sei.

Frohme wünscht, daß die Frankfurter Genossen einen Zuschuß erhalten und dafür diesen District mit Agitation versehen.

Der Congreß beschließt, daß die Agitation im Kreise Friedberg von Frankfurt aus zu besorgen und zu diesem Zwecke ein Zuschuß zu leisten sei, dessen Höhe das Comitee zu bestimmen habe.

Söhler beantragt, den Theil des ersten Braunschweigischen Wahlkreises, welcher am Harz liegt, mit reger Agitation zu berücksichtigen. Kühn-Osnabrück, Steffens und Kaulik empfehlen diesen Antrag, Vingner dagegen ersucht, den Congreß damit nicht zu beschäftigen. — Der Antrag wird angenommen.

Es folgt sodann ein Antrag Kaulik, Hadenberger als stabilen Agitator für Südwestdeutschland mit dem Sitz in St. Johann-Saarbrücken anzustellen.

Lehmann ist für Verwendung Hadenberger's und hebt dessen Opferfreudigkeit und Fähigkeiten rühmend hervor; doch möchte er denselben lieber nach Pforzheim haben. Man möge zunächst seine Anstellung bestimmen und seinen Wohnsitz einer Vereinbarung zwischen ihm und dem Central-Wahl-Comitee überlassen.

Kaulik zieht den auf Bestimmung des Wohnsitzes gerichteten Theil seines Antrages zurück, empfiehlt aber warm die Anstellung Hadenberger's.

Geert ist für den Antrag, weil derselbe auch für einen Theil des Rheinlandes in Betracht komme. Im Uebrigen könnten auch die Wuppertthaler Redner mehr herauskommen und die Agitation in weitere Kreise tragen.

Schumacher-Cöln hält Hadenberger für das Rheinland als den geeignetsten Mann, da er keiner der beiden früheren Richtungen angehört und es sich gezeigt habe, daß gerade nach der Vereinigung die Agitation im Rheinlande eine sehr fruchtbare geworden sei.

Strumpen ist gegen die stabile Agitation im Rheinlande, da dort genügend Rednerkräfte vorhanden seien; dieselben müßten nur genügend unterstützt werden.

Der Antrag Kaulik wird in seiner neuen Fassung (Anstellung Hadenberger's, Bestimmung des Wohnsitzes durch das Central-Wahl-Comitee) angenommen.

Ein Antrag von Lichtensteiger: Der Congreß möge das Central-Wahl-Comitee beauftragen, den Beschluß über den Antrag der Münchener Genossen, betreffend die Agitation in Süddeutschland, sobald wie möglich in Ausführung zu bringen, hauptsächlich aber die Parteibewegung in Augsburg besser in Fluß zu bringen und das Abonnement des „Volkswille“ zu heben, wird, da schon theilweise erledigt, abgelehnt.

Lehmann beantragt, der Congreß möge dem Central-Wahl-Comitee die Berücksichtigung der Agitation in Ober- und Mittelbaden besonders empfehlen. Dies wird angenommen.

Desgleichen ein Antrag von Bek, der Congreß wolle beschließen, die Frankfurter und Mannheimer Parteigenossen zu beauftragen, den Wahlkreis Darmstadt mehr als bisher zu berücksichtigen, indem dieser Kreis ohne Agitation und ohne Unterstützung schon 3000 Stimmen für uns geliefert habe.

Ein Antrag von D. Kapell, die Agitation in Stettin und Umgegend, sowie im gesammten Pommern, in Danzig und Königsberg lebhafter zu betreiben, wird von demselben damit motivirt, daß schon jahrelang für diese Gegend etwas zu thun beabsichtigt gewesen, jedoch bis jetzt nichts Durchschlagendes geschehen sei. Zur Sprache müsse Redner hier bringen, daß Zielowsky in Stettin eine eigene Zeitung herausgegeben, so daß zur Zeit dort zwei gleichnamige Arbeiterzeitungen erscheinen. Dies von Zielowsky gegen den Willen der dortigen Zeitungs-Commission herausgegebene Blatt müsse aber als nicht zur Partei gehörig bezeichnet und dem Zielowsky jede Agitation unmöglich gemacht werden. Auch sei es practisch, daß die Agitation fortwährend durch freiwillige Sammlungen unterstützt werde.

Radow glaubt nicht, daß sich in Stettin noch ein Arbeiter finde, welcher das Betragen Zielowsky's rechtfertige. Derselbe habe die socialistische Bewegung in und um Stettin unendlich geschädigt, habe sich fortdauernd mit den Genossen in Widerspruch befunden und habe höchstens noch einige Leute auf dem Lande hinter sich. Bei Berathung über die Presse werde Redner auf diesen Fall noch zurückkommen.

Der Vorsitzende Geib verliest noch eine Depesche aus Mühlheim a. d. R. und eine Zuschrift aus Brüssel, welche mit lebhafter Zustimmung entgegen genommen wird.

Hierauf wird die Sitzung, Mittags 12 1/2 Uhr, vertagt.

Die Schriftführer:  
B. Grottkau. U. Schlesinger.

## Zweite Sitzung am Montag, den 28. Mai, Abends.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Geib um 5 1/2 Uhr eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämmtlicher Delegirten mit Ausnahme von Hasselmann und Lange. Neu eingetreten sind Bebel und Liebknecht.

Es gelangen zunächst Begrüßungstelegramme aus Genf, Remscheid und Schwerin zur Verlesung, und sodann das Protocoll der Sonntags-Sitzungen, welches nach einigen Berichtigungen genehmigt wird.

Der Congreß tritt sodann in die Tagesordnung ein, und werden nach kurzer Berathung die Anträge der Parteigenossen zu Annaberg-Buchholz: daß wegen der schwierigen Agitation im oberen Erzgebirge aus der Parteeasse ein Zuschuß nach Annaberg gesandt werde; ferner von Strumpen: der Congreß möge beschließen, daß für den Kreis Offen auf die Dauer von 6 Monaten eine monatliche Unterstützung von 70 bis 90 Mk. ausgeworfen werde, da durch die Krupp'sche Maßregelung die Agitation momentan lahmgelegt ist; schließlich von Bey: der Congreß wolle beschließen, das neu zu gründende Localblatt in Darnstadt nach Kräften zu unterstützen, und das C.-W.-C. zu beauftragen, für einen geeigneten Redacteur Sorge zu tragen — dem Comitee überwiefen.

Ein Antrag von D. Kapell, der Congreß möge es den Berliner Genossen zur besonderen Pflicht machen, durch eigene Mittel die Provinz Brandenburg mehr wie bisher mit regelmäßiger, alle Orte umfassender Agitation zu versehen — wird angenommen. An der Debatte über diesen Antrag theilnehmen sich D. Kapell, Diekmann, Heiland und Radow, welche sämmtlich denselben empfehlen.

Es folgt sodann Antrag 21 der Vorlage, welcher von Frohme motivirt wird.

U. Kapell bittet um Ablehnung des Antrages, da die Dehnbarkeit desselben leicht zu Unzuträglichkeiten und Mißbräuchen führen könne.

Der Antrag wird abgelehnt.

Duisburger Genossen beantragen: „Für Rheinland und Westphalen, vorzüglich aber für den Regierungsbezirk Düsseldorf, soll entweder ein stabiler und besoldeter Agitator angestellt oder den einzelnen Orten monatlich ein Agitationszuschuß bewilligt werden, damit dieselben im Stande sind, zeitweilig unter Controlle des C.-W.-C. einen Redner auf längere Zeit behufs fliegender Agitation zu engagiren.

Hasenclever begründet den Antrag und ist für dessen Ueberweisung an das Central-Wahlcomitee.

Hartmann spricht sich gegen die fortwährende Ueberweisung von Anträgen an das Comitee aus, da später demselben nur Vorwürfe gemacht würden, und die unzulänglichen Mittel es unmöglich machten, allen Anforderungen zu entsprechen. Er beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

Hasenclever bemerkt, daß er als Vertreter Duisburgs verpflichtet gewesen, für Berücksichtigung durch das Comitee einzutreten.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Antrag 11 der Vorlage wird in eingehender Weise von Hbrig motivirt; zu demselben wird von Geib ein Amendement eingebracht, lautend: Ausgenommen hiervon ist deren agitatorische Thätigkeit am Ort ihres Sitzes und dessen nächster Umgebung, so wie in ihrem Wahlkreise.

Liebknecht weist darauf hin, daß die Nachteile für den „Vorwärts“ enorm bleiben würden, so lange die Redacteurs desselben zu Agitationsreisen gezwungen seien; man möge nicht vergessen, daß dieselben schon durch ihre Thätigkeit im Reichstage fast in die Unmöglichkeit verfezt wurden, ihrer redactionellen Aufgabe zu entsprechen. Unsere sämmtlichen Blätter seien während des Wahlkampfes mangelhaft redigirt gewesen, wie dies auch kaum anders sein konnte. Die Beamten der Partei sollten eigentlich nicht viel agitiren, sondern den Platz, auf den sie einmal gestellt sind, voll und ganz ausfüllen. Es sei eine ganz falsche Ansicht, daß die Redacteurs auch stets agitatorisch wirken sollen; während der Wahlbewegung sei dies wohl nothwendig gewesen, jetzt müsse dies aber beschränkt werden.

Es wird nun der Antrag 11 mit dem Amendement Geib angenommen.

Ein Antrag der Parteigenossen des 17. sächsischen Wahlkreises: Der Congreß verpflichtet das Central-Wahlcomité, dafür Sorge zu tragen, daß alle für officiell erklärten Wahlkreise zeitig an die Ansammlung eines Fonds geben, damit bei kommenden Wahlen die Parteeasse nicht in übermäßiger Weise in Anspruch genommen werden muß — wird, nachdem Siegel für, Kayser gegen denselben gesprochen, abgelehnt.

Es kommen nun die Anträge 13, 17 und 44 zur Verhandlung. Steffens vermißt bis jetzt eine Agitationsbroschüre für das Land, und ist deshalb für den Antrag 13; ebenso Besh, der jedoch gegen Herstellung der Schriften auf Parteikosten spricht, während U. Kapell die Anträge 13 und 44 dem Comité überwiesen zu sehen wünscht. Nachdem noch Kaulik gegen Antrag 13 gesprochen, und um dessen Ablehnung, als unausführbar gebeten, wird Antrag 13 abgelehnt, 44 dagegen angenommen.

Zu 17 bemerkt Klute, daß die socialistische Presse die Mißstände auf dem Lande nie gehörig aufgedeckt habe, und deshalb dort wenig Anhänger finde.

Strumpfen betont, daß die Presse sich nach ihrem Leserkreis zu richten habe, und also bei einem vorwiegend städtischen Lesepublicum sich nicht eingehend mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen könne.

Bfannfuch beantragt Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag angenommen wird.

Antrag 16 der Vorlage wird von Kayser motivirt, aber von ihm erklärt, daß er persönlich die Ausführung des Planes jetzt noch für unmöglich halte.

Dreesbach fragt an, wie es mit dem Fonds für die Broschüre stehe.

Geib erklärt, daß nicht nur die Mittel nicht ausreichen, sondern auch die geeigneten literarischen Kräfte fehlten, um ein derartiges Werk, welches eine vollständige Encyclopädie über das Wesen und die Ziele der Socialdemokratie sein müsse, herzustellen. Sobald es möglich sei, werde damit vorgegangen werden. Der Fonds zur Herausgabe der fraglichen Schrift sei jetzt nahezu 700 Mk. groß und in der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei zinstragend angelegt. Einstweilen möge man über den Antrag 16 zur Tagesordnung übergehen.

Diesem wird zugestimmt.

Antrag 19 wird von Otto befürwortet; Geib beantragt auch hierüber motivirte Tagesordnung, dahingehend, daß Liebknecht, der nächstens eine längere Haft anzutreten habe, die Broschüre während derselben anfertigen werde. Dies findet ebenfalls Zustimmung.

Antrag 29b. wird auf Antrag Hasenclever's bis zur Debatte über die Presse zurückgestellt.

Antrag 34 wünscht Radow abgelehnt, da vom Offenen Antwortschreiben noch eine große Anzahl vorrätig sei.

U. Kapell ist für Annahme, da heute manche Stellen in den Lassalle'schen Schriften, wie z. B. Erstrebung des allgemeinen Wahlrechts, Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein, in der ihnen beilie-

genden Bedeutung nicht mehr verständlich seien, und daher eine Erklärung nothwendig machten.

Geib beantragt motivirte Tagesordnung, dahin gehend, bei einer neuen Auflage den in Antrag 34 ausgedrückten Wunsch zu berücksichtigen. Dies wird angenommen.

Antrag 38 der Vorlage wird von Eckert motivirt, und ersucht derselbe um Annahme.

Frohme tabelt die Verschiedenheit der Bezugsbedingungen der Broschüren zwischen Berlin, Leipzig und Braue, und bittet, daß man dem ein Ende mache, da dadurch der Schriftenvertrieb sehr erschwert werde.

Geib bedauert, daß eine Gleichmäßigkeit hierin nicht herzustellen sei; es müßten eben die Verleger unter den verschiedensten Bedingungen die Schriften herstellen, und könnten deshalb nicht zu gleichen Verkaufsbedingungen gezwungen werden. Man müsse den Colporteurs entweder einen genügenden Rabatt oder einen Zuschuß geben, letzteren, weil verschiedene Artikel überhaupt keinen Rabatt von 33 1/2 pCt. vertragen. Er beantrage, es den Einzelnen zu überlassen, den Erfahrungen gemäß vorzugehen, und über den Antrag Tagesordnung zu beschließen.

Rühn-Osnabrück protestirt gegen den Uebergang zur Tagesordnung; es sei das eine wahre Valentinirung, und er möchte das Unwesen derselben nicht einreißen sehen.

Sadlich für die vorgeschlagene motivirte Tagesordnung, und wird diese angenommen.

Zu Antrag 39 führt D. Kapell an, daß die Broschüren nicht herausgegeben seien, um Geschäfte damit zu machen; man solle sie daher in einer einzigen Druckerei herstellen lassen, um die Verschiedenheit in den Preisen zu vermeiden.

Radow behauptet, daß es unmöglich sei, für alle Broschüren verschiedener Verleger einen gleichmäßigen Preis festzusetzen, wenn es auch bei einzelnen der Fall sei. Es sei ferner unmöglich, die Schriften, besonders die Lassalle'schen, so billig herzustellen wie vor einigen Jahren, da damals in großen Auflagen gedruckt wurde, was heute, nachdem eine so starke Verbreitung schon stattgefunden, nicht mehr möglich sei, und weil ferner die Zuschüsse fortfallen, welche damals der Allg. d. Arb.-V. geleistet habe. Radner beantragt, der Congreß möge dagegen den Wunsch aussprechen, daß die Colporteurs sich nicht noch besondere höhere Preise machen.

Heiland ist für einen einheitlichen Preis.

Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Bebel beantragt: Der Congreß wolle die Erwartung aussprechen, daß künftig bei Fertigstellung der Broschüren der Verkaufspreis stets auf dem Umschlag gedruckt vermerkt wird.

Antrag 39 wird nun mit dem Amendement Bebel's angenommen.

Radow zieht seinen Antrag zurück; derselbe wird jedoch von Geib aufgenommen, und vom Congreß beschlossen, daß sämtliche Colporteurs die Broschüren zum darauf gedruckten Preise verkaufen müssen.

Hierauf erfolgt Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Die Schriftführer:

K a u l i k.

B e h m a n n.

## Erste Sitzung am Dienstag, den 29. Mai, Morgens.

Eröffnung durch Geib 8 Uhr. Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen Bock, Fried, Frohme, Geiser, Grottkau, Hasselmann, Heiland, welche jedoch nach und nach eintreffen. Just-Suhl ist abgereist.

Der Vorsitzende verliest hierauf einen Brief der vlämischen Arbeiter aus Genf, und wird sodann in die Tagesordnung eingetreten; es kommt zur Verhandlung Abtheilung 6 der Vorlage.

Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter der Organisations-Commission, Tölkke:

Die Commission habe alle auf die Angelegenheit bezüglichen Verhältnisse einer gründlichen Berathung unterworfen und sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Congreß von irgend einer formellen Organisation Abstand nehmen müsse, nicht deshalb, weil eine solche Organisation mit den in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetzen etwa nicht in Einklang gebracht werden könne, sondern weil nach der ausdrücklichen Erklärung des Berliner Staatsanwalts Lessendorff, e i n e j e d e Organisation der Socialisten in Preußen nicht geduldet werden würde, so lange das preußische Vereinsgesetz existire. — Man dürfe dem Staatsanwalt Lessendorff den Gefallen nicht thun, ihm durch Herstellung einer neuen Organisation Gelegenheit zu geben, die Socialisten in Preußen mit erneuten Strafanträgen zu verfolgen. — Uebrigens sei eine formelle Organisation nicht mehr nöthig, wie das günstige Resultat der Reichstagswahlen und die trotz des Mangels einer Organisation fortwährend steigende socialistische Propaganda genügend beweisen. (Allseitige Zustimmung.)

Die Commission halte es aber für geboten, daß der Congreß die Sachlage durch eine bestimmte Erklärung bezeichne, und empfehle Redner im Auftrage der Commission dem Congresse die Annahme folgender Resolution:

„Mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proclamirte völlige Rechtlosigkeit socialistischer Vereine in Preußen, nimmt der Congreß von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Congreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisiren.

Diese Resolution findet ohne weitere Debatte einstimmige Annahme.

Es kommen nun zur Vorlage die Anträge 48, 50, 64 und 109; dieselben werden durch die Annahme der Resolution als erledigt betrachtet.

Die Anträge 52 und 53 werden nicht genügend unterstützt. Antrag 54 wird angenommen.

Es folgt Antrag 56. — Hörig führt an, der größte Theil der Hamburger Genossen stehe in Bezug auf die Organisation auf dem Boden des früheren Allg. d. Arb.-Vereins, und wünschen dieselben deshalb Vereinfachung der Verwaltung. Redner empfiehlt die Annahme des Antrages, dagegen ist er gegen den vierteljährlichen Wechsel der Beisitzenden.

Bebel ist der Ansicht, daß über alle derartigen Anträge erst später verhandelt werden müsse, man habe ja eben beschlossen, gar keine Organisation zu schaffen.

Pfannkuch weist darauf hin, daß der Beschluß sich hauptsächlich auf Preußen beziehe, den Genossen an den einzelnen Orten könne es nicht benommen werden, mit dem Centralwahlcomitee in Verbindung zu treten.

Kasper ist gegen den Antrag; zwei Secretaire seien nöthig, besonders wenn einer derselben in der Agitation mit thätig ist, und also bei vorkommenden Gelegenheiten durch einen der Beisitzenden ersetzt werden müßte.

Frische ist auch der Meinung, daß man den einzelnen Genossen in Preußen nicht verwehren könne, mit dem Centralwahlcomitee in Verbindung zu treten. Ist also ein organisirter Lokalverein vorhanden, so brauchen die Betreffenden ja nicht direkte Mitglieder desselben zu sein. — Die Einsetzung zweier Secretaire hält Redner für nöthig, da ein einzelner nicht allen Ansprüchen genügen könne. Er habe gefunden, daß die bisherige Zusammensetzung eine durchaus practische gewesen sei; die bisherigen Secretaire ergänzten sich gegenseitig. Man könne nun zwar sagen, daß ein Beisitzer eintreten könne; aber dann müsse dieser besoldet werden, da man Niemand aus seiner Existenz reißen könne, ohne ihn genügend zu entschädigen.

Lingner hält die Einsetzung eines Centralwahlcomitee's für nothwendig, damit, wenn Nachwahlen vorkommen, dasselbe eintreten kann. Bezüglich des Hamburger Antrages scheint es Redner, als wenn derselbe seine besondere, auf Erfahrung beruhende Gründe habe; er wünsche diese kennen zu lernen.

Geib führt an, daß, wenn der Antrag in einer besser besuchten Versammlung gestellt worden sei, er wohl nicht angenommen worden wäre. Der dem Antrage zu Grunde liegende Gedanke sei der der Ersparniß gewesen; man wollte ferner im Vorsitzenden Jemand haben, der die ganzen Dispositionen bezüglich der Agitation u. s. w. treffe, demselben also einen bedeutend größeren Wirkungskreis zuweisen. Die Beisitzer sollten unentgeltlich ihr Amt besorgen; doch komme hier in Betracht, daß die Sitzungen ziemlich Zeit in Anspruch nehmen, und dieselben daher des Abends nicht abgehalten werden können; die Betreffenden müßten also für ihre Versäumniß, wöchentlich mindestens 8 Stunden, entschädigt werden.

Es wird Schluß der Debatte angenommen. Hörig bemerkt noch, daß nicht vorwiegend Ersparnißrücksichten, sondern Vereinfachung der Verwaltung der Grund des Antrages gewesen sei.

Ein Antrag von Nauert, bis zum nächsten Congreß wieder ein Centralwahlcomitee in der bisherigen Zusammensetzung auf dem Congreß zu ernennen, wird angenommen und demgemäß der Antrag 56 der Vorlage abgelehnt.

Es folgt Antrag 59. Derselbe wird dahingehend angenommen, daß eine Revisions- und Beschwerbecommission eingesetzt werde; zu dem Zwecke soll ein Ort bestimmt, und sollen von den Genossen an demselben die Mitglieder der Commission gewählt werden.

Es folgt dann Antrag 60. Kaulitz weist darauf hin, daß manche unserer Blätter derartig redigirt seien, daß wir keinen Staat mit ihnen machen könnten, sondern uns eher blamirten.

Kahler ist gegen den Antrag. Es handle sich um die Nothwendigkeit der Gründung von Parteiblättern; der Begriff „guter Redacteur“ sei relativ; wen der Eine für gut halte, den halte der Andere für mittelmäßig oder gar schlecht.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Es folgen die Anträge 62 und 63 der Vorlage. Fried meint, es müsse jetzt über diese wichtige Frage entschieden werden; stimme man kurzweg für Annahme der Anträge. Die Hauptsache sei, daß wir Wahlkreise erobern. Wenn auch ein Candidat fällt, so komme an anderer Stelle einer durch.

Hörig meint, die Anträge haben auch noch den Sinn, daß aller Personencultus aus dem Parteileben entfernt werde, was sehr gut sei.

Ulrich-Offenbach betont, die Anträge hätten auch ihre nachtheilige Seite, und Redner ist der Meinung, daß diese die günstige überwiege. Redner schätze den Erfolg nach den abgegebenen Stimmen, und diese fielen in vielen Kreisen massenhaft nur auf bekannte Namen.

Heiland ist gerade aus dem ersteren Grunde des Vorredners für die Anträge. Wenn ein Candidat in vielen Wahlkreisen aufgestellt wird, so kann er dieselben nicht genügend bearbeiten. Jedenfalls dürfen nicht mehrere offizielle Wahlkreise einem Candidaten gegeben werden.

Ein Antrag Auer's, lautend: In Erwägung, daß aller Voraussicht nach bis zu den nächsten Wahlen noch ein oder mehrere Socialisten-Congresse stattfinden, zur Tagesordnung überzugehen — wird abgelehnt; ein Amendement Löwenstein's, lautend: Ausnahmen sind nur gestattet mit ausdrücklicher einstimmiger Zustimmung des Centralwahlcomité's — ebenfalls; desgleichen Antrag 62 der Vorlage. Antrag 63 dagegen angenommen.

Es wird nun die Frage angeregt, wer bei etwaigen Neu- oder Nachwahlen vor dem nächsten Congresse die Candidaten für die event. Wahlkreise bestimmen solle.

Dreesbach beantragt, dies dem Centralwahlcomité und der Revisionscommission zu überlassen; dieser Antrag wird angenommen.

Es folgen die Anträge 64 und 65 der Vorlage.

Dreesbach weist darauf hin, daß schon drei Congresse in Gotha getagt haben. Redner geht von der Ansicht aus, daß die Abhaltung des Congresses für den betreffenden Ort auch ein gutes Agitationsbeförderungsmittel sei, und deshalb habe der bairisch-pfälzische Arbeitertag Mannheim als Ort des nächsten Congresses gewünscht; jedenfalls würde Süddeutschland zu empfehlen sein.

Blas ist für Beibehaltung Gotha's aus rein practischen Gründen; Gotha liege im Mittelpunkte Deutschlands, und man könne den Genossen des Nordens nicht zumuthen, den weiten Weg nach dem Süden zu machen und umgekehrt. Zudem haben wir hier mit keinen Polizeischwierigkeiten zu thun, was man von anderen Orten nicht wisse.

Frißsche, Kapell und Genossen schlagen Memel vor wegen kräftiger Agitation im Osten Deutschlands.

Fried ist der Meinung, daß die Bestimmung des Ortes Sache der Centralleitung sein müsse. Dagegen seien die Wünsche allgemein, mit dem Orte zu wechseln. Was Bremen betreffe, so seien dort ebenfalls keine Polizeimaßregeln zu befürchten, und in Hessen wohl ebensowenig. Man möge dem Comite empfehlen, dem allgemeinen Wünsche auf Wechsel des Ortes Rechnung zu tragen.

Rackow beantragt Berlin, Ulrich-Offenbach als Congressorte zu nehmen. Hörig beantragt, weil im Gewühl der großen Städte vielfach der Ernst für Berathung in unserem Sinne verloren gehen möge, bei Gotha zu bleiben.

D. Kapell beantragt, daß stets die Bestimmung des Ortes, wo der Congreß stattfinden soll, der Centralleitung, event. den socialistischen Reichstagsabgeordneten zu überlassen sei.

Schmalfeld ist gegen den letzteren Antrag; der Norden sei in der letzteren Zeit zu stiefmütterlich behandelt worden, und müsse man denselben deshalb für den nächsten Congreß in's Auge fassen. Eckert ist für den Antrag, weil man nicht weiß, was heute oder morgen passiert.

Der Antrag D. Kapell's wird angenommen.

Es folgt 50 der Vorlage. Liebknecht weist darauf hin, daß in der letzten Zeit ein wahrer Unfug mit Photographien, besonders Gruppenbildern der Reichstagsabgeordneten, getrieben werde. Es würde damit der Personencultus in der widerlichsten Weise gefördert. Im Reichstage sei Redner einmal privatim vorgehalten worden, daß die Socialisten den Bismarccultus verurtheilten, selbst aber einen weit größeren Cultus betrieben. Man möge deshalb ein Ende damit machen.

Schlesinger ist nicht dafür, daß ein Verbot erlassen werde; wir würden dadurch manchem Genossen seinen Erwerbzweig beschränken.

Der Antrag wird angenommen, unter der Bestimmung, daß das Central-Wahl-Comite die ausführende Behörde sein solle.

Schlesinger stellt den Antrag, der Congreß möge beschließen, das Central-Wahl-Comite ist verpflichtet, in jedem einzelnen Falle, wo ein Parteigenosse in Folge seiner politischen Thätigkeit politisch verfolgt oder gemäßigelt wird, sofort Beschluß zu fassen, ob und in welcher Weise es mit Unterstützung eintreten kann, und von seinem Beschlusse dem Gemäßigelten sofort Kenntniß zu geben.

Der Antragsteller motivirt denselben unter Hinweis auf seine Erlebnisse in Belgien und nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Wuppertthale und in Berlin.

Einen von Barmen gestellten Antrag auf Gewährung eines Agitationszuschusses habe das Central-Wahl-Comite abgelehnt, weil es Redner nicht verwenden wollte. Ferner habe man während Redners Haft in Berlin anfangs nichts gethan, und erst später einige Unterstützung geleistet.

D. Kapell beantragt, als Zusatz nach „gemäßelt wird“ zu setzen: auf Antrag der oder des Betreffenden, worunter auch die am Orte wohnenden Genossen zu verstehen sind.

Wolf unterstützt den Antrag Schlesinger unter Hinweis auf eigene Erlebnisse.

Heiland hat für seine Person nicht zu klagen, unterstützt aber den Antrag, da etwas Einheitliches geschaffen werden mußte.

Muer führt an, daß, als von Barmen der Antrag auf Zuschuß gestellt war, entschieden wurde, einen Zuschuß für's Wupperthal zu gewähren, aber denselben nicht direct an Schlesinger, sondern den Wupperthalern zur beliebigen Verwendung zu überweisen. Daß in Berlin für Schlesinger während seiner Haft anfangs nichts geschah, war nicht Schuld des Centralwahlcomites, es wurde sofort Seitens desselben geschrieben, da man Berlin für verpflichtet hielt, einzutreten, und es kam auch Nachricht, daß für Schlesinger gesorgt werden würde. Das Comitee war also in der Meinung, daß alles in Ordnung sei. Nach längerer Zeit schrieb Schlesinger's Bruder, daß nichts geschehen wäre; dem Comitee kam diese Nachricht ganz überraschend. Es schrieb sofort nach Berlin, wo alsdann geeignete Schritte für Schlesinger gethan wurden. — Im Allgemeinen mache Redner auf die Abrechnung aufmerksam, 2500 M. seien für Unterstützungen eingegangen, dagegen 5100 ausgegeben worden. Das Comitee habe gethan, was es konnte, und seien auch in Bezug auf das Unterstützungswesen keine Beschwerden außer der von Schlesinger eingegangen.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Radow bemerkt persönlich, daß er als Beamter der Berliner Druckerei gar nichts mit der Unterstützungsangelegenheit Schlesinger's zu thun hatte. Schlesinger habe übrigens nach Mittheilungen andererseits selbst seine Sache verzögert, weil er sich geweigert habe, in den Gefängniß-Bureau's zu arbeiten.

Schlesinger erklärt, daß dies nicht wahr sei; es sei ihm kein solches Anerbieten gemacht worden.

Heiland führt an, daß grundsätzlich in Plözenssee keine politischen Gefangenen in die Bureaus genommen werden. Uebrigens habe er über die ihm widerfahrne Behandlung in Plözenssee nicht zu klagen.

Just-Breslau beantragt, daß, falls der Antrag von Schlesinger mit dem Amendement Kapell's angenommen werde, die Delegirten an ihren Orten dafür sorgen möchten, daß mehr als bisher für Gelder zum Unterstützungsfond gesorgt werde.

Dieser Antrag wird angenommen, dann auch der Antrag Schlesinger mit dem Amendement Kapell.

Ein Antrag von Laute-Leipzig findet keine Unterstützung.

Eine Zuschrift aus Aachen wegen Agitation ist durch die gestrigen Beschlüsse über die Agitation im Rheinland erledigt.

Es folgt sodann ein Antrag von Ottenfen auf Einreichung eines Antrages zur Ergänzung des Reichstags-Wahlgesetzes beim Reichstag.

Ueber diesen Antrag wird auf Empfehlung Kayser's zur Tagesordnung übergegangen, unter der Motivirung, daß die socialistischen Reichstagsabgeordneten schon die Einbringung eines Wahlgesetzes beschlossen haben.

Ein Antrag aus Rochlitz bez. Agitation im 14. sächsischen Wahlkreise ist durch die gestrigen Beschlüsse erledigt.

Otto wünscht zu constatiren, daß der Ottenfener Antrag nicht von der Gesamtheit gestellt, sondern ihm von einem Einzelnen übergeben worden sei.

Es folgt nun Abtheilung 7.

Der Vorsitzende schlägt eine Reihenfolge vor, welche angenommen wird. Es kommt zunächst zur Verhandlung Antrag 96 in folgender neuer Fassung: Eine wissenschaftliche Revue in geeignetem Format und monatlich zweimal in Berlin vom 1. October dieses Jahres ab herauszugeben. Bis zu diesem Termin ist dem „Vorwärts“ alle 14 Tage eine Beilage vorwiegend wissenschaftlichen Inhalts beizulegen.

Dieser Antrag wird von Geib empfohlen, unter Hinweis darauf, daß der „Vorwärts“ durch dessen Annahme insoweit entlastet werde, daß er seiner agitatorischen Aufgabe mehr als bisher genügen könne. Eine Trennung der Wissenschaft von den Arbeitern, wie manche befürchten, werde durch dies Organ nicht entfernt bewirkt. Die Revue, schon seit Jahren geplant, könne nun, durch eine namhafte Summe seitens eines vermögenden Parteigenossen unterstützt, ohne Bedenken gegründet und zum Preise von 1 M. 25 vierteljährlich abgelassen werden. Dieser Preis ermöglige Jedem das Abonnement, zu dem sich übrigens leicht mehre Genossen vereinigen können. So seien denn sofort aus Parteikreisen 2000 und aus den Kreisen aguerischer Wissenschaftler 1000 Abonnenten zu erwarten, wodurch sich die Aussicht eröffne, die Zeitschrift nach kurzer Zeit wöchentlich erscheinen zu lassen. Um der Revue vorzuarbeiten, empfehle Redner, schon jetzt halbmonatlich dem „Vorwärts“ eine wissenschaftliche Beilage gratis beizugeben.

Otto ist nicht gegen den Antrag, aber gegen den Ort, Berlin. Das Blatt müsse dort geistig verkümmern, wie man es auf dem vorigen Congresse bezüglich des Centralblattes gesagt habe.

Geib erklärt, daß jedenfalls auf jenem Congresse nicht in der von Otto angeführten Weise gesprochen worden sei und weist die Insinuation Otto's zurück.

Ramm hat einige Bedenken vorzubringen. Es handele sich zunächst darum, ob die Genossen in der Lage sind, noch weitere Opfer bringen zu können; es falle ihnen in vielen Kreisen schon schwer genug, das Abonnement auf den „Vorwärts“ zusammen zu bringen. Redner wolle nicht bestreiten, daß vielleicht 3000 Abonnenten gewonnen werden; aber wir müßten uns sagen: kann der Erfolg so weit in's Gewicht fallen dem Umstande gegenüber, daß die große Mehrheit sich dieses Blatt nicht anschaffen kann? — Redner ist deshalb dafür, daß die in Aussicht gestellten Zuschüsse zur inhaltlichen Förderung des „Vorwärts“ verwendet werden.

Geib erklärt, daß durch den betreffenden Genossen die Mittel geboten seien, dem „Vorwärts“ die erwähnten Beilagen auch später zu liefern.

Grillenberger sieht nicht ein, daß, wenn die wissenschaftlichen Artikel als Beilage zum „Vorwärts“ gegeben werden, man

dieselben in einem extra dazu zu gründenden Blatte bringe; es würde ja dann Niemand auf das Letztere abonniren. Die Genossen haben schon Ausgaben genug, und dürfen wir ihnen nicht mehr aufbürden.

Reißer meint, daß, je mehr das politische Leben in den Vordergrund trete, die wissenschaftliche Seite, wenn man für sie nicht besonders einstehe, zurücktrete. Allein es sei nothwendig, daß das Letztere gepflegt werde. Man habe vielfach gesagt, der „Vorwärts“ sei in der letzten Zeit zu viel für wissenschaftliche Arbeiten in Anspruch genommen, und dadurch der agitatorische Zweck desselben behindert worden. Um die Verflachung der Partei zu verhüten, sei es aber nöthig, daß wissenschaftliche Arbeiten dem Volke geboten werden, und empfehle sich deshalb die vorgeschlagene „Revue“. Es sei nicht zu befürchten, wenn auch theilweise der Satz der „Revue“ für die Beilagen des „Vorwärts“ benutzt werde, daß die beiden Blätter sich Concurrenz machen würden. Redner fürchte diese Concurrenz nicht, sondern begrüße sie.

Heyer ist ebenfalls für den Antrag. Das Bedenken Kamm's sei wohl zu berücksichtigen, doch mache die neue Ausgabe nicht viel aus. Uebrigens würde durch die Beilagen auch jenen Genossen Rechnung getragen, welche auf die Revue nicht abonniren können.

Mackenzie und Strumpfen beantragen, die „Revue“ in Barmen erscheinen zu lassen und die Redaction dem Genossen Hasselmann zu übertragen.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird abgelehnt.

Heiland betont, Alles was wir wollen, sei Verallgemeinerung des Wissens überhaupt. Die Steuern würden zu groß, wenn immer Neues geschaffen werde. Redner ist daher dafür, daß entweder die wissenschaftliche Beilage dem „Vorwärts“ gratis beigegeben, oder eine sehr geringe Vergütung dafür festgesetzt werde.

Meister begrüßt den Geib'schen Antrag. Redner meint, es würden sehr wenige Leser des „Vorwärts“ dafür sein, daß derselbe als Ablagerungsplatz für die wissenschaftlichen Arbeiten ausgenutzt werde. Die augenblickliche Lage mancher Localblätter und Blättchen können wir bei dieser Gelegenheit nicht berücksichtigen; dieselben sind theilweise sehr leichtsinnig gegründet und ermangeln jezt der Existenzmittel. Man möge jedoch den Preis der „Revue“ so gering wie möglich stellen, oder aber einen Unterschied zwischen den pecuniar besser und den schlechter gestellten Abonnenten machen.

Bebel betont, daß es sich um die practische Ausführung der Idee handle, und meint Redner, daß diese sich nicht in beschränktem Rahmen halten werde, sondern das Blatt einen Bogen und mehr stark werden würde, und somit nicht als Beilage zum „Vorwärts“ gegeben werden könne. Der Preis sei nach seiner Meinung ein geringer; nach der geplanten Einrichtung des Blattes sei es sehr leicht zu machen, daß mehrere Abonnenten gemeinsam dasselbe halten. Auch sei zu empfehlen, daß das Blatt in passenden Localen, in Lese- und andern Arbeitervereinen zum Lesen ausgelegt werde. Wir werden durch Einführung der Revue den „Vorwärts“ vor Ueberfüllung mit streng wissenschaftlichem Stoff bewahren; auch

könnten viele größere Artikel, die sonst als Broschüre erscheinen würden, in die Revue eingerückt werden.

Räbner meint, es halte schon sehr schwer, Abonnenten für den „Vorwärts“ zu gewinnen; wir dürften daher die Genossen nicht weiter belasten, deshalb ist Redner gegen den Antrag.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Hasselmann bemerkt persönlich, daß der Antrag von Mackenzie und Strumpfen nicht von Barmen, sondern von Essen ausgegangen sei, und er durchaus nicht die Absicht gehabt habe, eine solche Revue herauszugeben.

Die Herausgabe einer wissenschaftlichen Revue wird beschlossen; ferner, daß dieselbe zweimal monatlich in Berlin erscheinen solle und die Redaction vom Centralwahlcomite besorgt werde.

Ein Antrag Grillenberger, dahin gehend, die wissenschaftliche Revue als halbmonatliche Extra-Beilage des „Vorwärts“ erscheinen zu lassen, wird abgelehnt.

Der Vorsitzende Geib verliest nunmehr eine Interpellation einer Anzahl Delegirten (Werner und Genossen), welche lautet: „Genosse Frißsche hat gelegentlich seines Referats über die Thätigkeit unserer Abgeordneten erwähnt, daß eine parlamentarische Fraction im deutschen Reichstage, gebildet aus den Vertretern der Social-Demokratie und der Volkspartei, zu Stande kommen dürfte. Die Unterzeichneten stellen demnach die Anfrage: 1) Von welcher Seite (socialistischer oder volksparteilicher) wurde in dieser Sache die Anregung gegeben und in welchem Stadium befindet sie sich? 2) Halten die Abgeordneten unserer Partei es mit dem Parteiprogramm (I. Abth. 4) überhaupt vereinbar, mit bürgerlichen Parteien in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten?“

Es nimmt zu dieser Interpellation zunächst das Wort Frohme; derselbe meint, daß Abth. I, Absatz 4 des Programms wohl nicht in Betracht komme, Redner aber unter Umständen gegen eine derartige Fractionsbildung sei.

Frißsche führt an, der betreffende Antrag sei von einem Abgeordneten der bürgerlichen Demokratie ausgegangen, und hätten Redner und seine Kollegen es nicht für passend gehalten, denselben rundweg abzulehnen, sondern hätten vorerst den Congreß hören wollen. Die politisch radicalen Elemente im Reichstage sind denselben Calamitäten bezüglich der Mundtodtmachung u. s. w. ausgesetzt, wie die Social-Demokraten, und hielten sie deshalb eine gemeinsame Fraction für practisch, um dem Gebahren anderer Parteien geschlossen entgegenzutreten zu können. Redner habe übrigens gehört, daß man von jener Seite zurückgetreten sei, was auch er für das Beste halte. Es sei übrigens hier eine Entscheidung zu treffen, um künftig Stellung nehmen zu können.

Reißer betont, daß wir jede Unklarheit in unserer politischen Parteilstellung vermeiden mußten, und deshalb sei Redner entschieden gegen derartige Projecte. Er beantrage Folgendes zu beschließen: „Der Congreß erklärt, daß er keine principielle Berechtigung zu einem Anschluß an die bürgerliche Demokratie anerkenne und jeden diesbezüglichen Versuch von vornherein ablehnen müsse.“

Liebknecht bemerkt, daß gar nicht die Möglichkeit eines derartigen Uebereinkommens vorhanden sei. Netter und Bayer hätten übrigens gegenüber Holthoff, welcher in einem Privatgespräche mit ihm (Redner) die Sache angeregt hatte, sofort ablehnend entschieden. Einen Compromiß nach jener Seite zu machen, hätten wir gar keinen Grund. Die nöthigen Stimmen zur formellen Unterstützung von Anträgen seien uns sicher. Auch hätten wir alle nennenswerthen Vortheile einer selbständigen Fraction, insofern uns ein eigenes Zimmer und ein Fractionsdiener zur Verfügung gestellt worden sei.

Blos ist ebenfalls gegen derartige Compromisse. Er sei stets dagegen gewesen, denn er wisse, daß man dadurch auf Abwege gerathen würde.

Es liegen noch Anträge vor von Radow: „Der Congreß erklärt, daß unsere Abgeordneten formell keine Fraction mit irgend welcher anderen Partei, also auch nicht der bürgerlich-demokratischen, bilden dürfen, mit besonderem Hinweis auf Theil I, Absatz 4 unseres Programms“; von Kayser: „Der Congreß geht nach den Erklärungen der Reichstagsabgeordneten zur Tagesordnung über.“

Frohme bemerkt persönlich, daß, wenn die Sache vorher so dargestellt worden, wie jetzt von Frißsche und Liebknecht, so würde die Interpellation nicht gestellt worden sein.

Der Antrag Kayser wird angenommen, womit die übrigen Anträge erledigt sind.

A. Kapell erklärt persönlich, daß er von den ganzen Verhandlungen nichts gewußt habe.

Frißsche behauptet, daß er gestern nichts weiter gesagt, wie heute; nur habe er gestern die Sache nicht genau motivirt. Kapell sei auf Reisen gewesen und konnte also nichts von dem Vorgang wissen.

Liebknecht betont, daß von Verhandlungen keine Rede sein könne; der Gedanke Holthoff's sei eben so schnell wieder verschwunden, wie er gekommen, da seine Collegen ablehnten.

Es kommen nun zur Verhandlung die Anträge 7 der Vorlage bezüglich des „Vorwärts“. Nicht genügend unterstützt werden 68, 73, 75, 77, 82, 87, 89, 92, 93, 94, 95, 99 und 103. — Ferner liegen Anträge vor von Vollmar und Genossen: „Es ist eine autographirte „Socialdemokratische Correspondenz“ zu schaffen, welche durch Stimmungsberichte und Artikel über den Stand und die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung eine geistige Verbindung mit den Socialisten des Auslandes herstellt“; von Oldenburg und Genossen: „Der Congreß wolle beschließen, ein monatlich einmal erscheinendes Blatt in Klein-Quartformat vom 1. Juli an erscheinen zu lassen. Dasselbe hat speciell eine Uebersicht über den Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland, resp. kurze Versammlungsberichte zu bringen. Der Preis ist durch die Post bezogen vierteljährlich auf 50 Pf., bei directem Bezug auf monatlich 20 Pf. pro Nummer festzustellen.“

Ein Antrag von Frankfurt a. M. bezüglich Abkürzung der Reichstagsberichte wird für erledigt erklärt.

Der Vorsitzende beantragt, zunächst den Antrag Oldenburg und Genossen und die dazu gehörigen Anträge 10, 29 b und 72 vorzunehmen. — Dem wird zugestimmt. — Friedl zieht Antrag 10 zurück.

Oldenburg bringt die Anträge 104 und 107 mit dem seinen in Verbindung. Die Verkürzung der Berichte im „Vorwärts“ sei zwar zu empfehlen, dagegen sei es von großer prinzipieller Bedeutung, den unbemittelten Genossen die Möglichkeit zu bieten, sich über Gang und Stand der Bewegung Klarheit zu verschaffen. Verschiedene Anträge sprechen dies Bedürfnis auch aus. Es sei hierbei nur ein Bedenken; es bestand nemlich früher ein derartiges Blatt, der „Agitator“; derselbe wurde aber ein Concurrrenzblatt des Hauptblattes; dies müsse also in Betracht gezogen werden, was auch im vorliegenden Antrage genügend geschehe. Wir müßten ferner einen Verlagsort nehmen, wo auch dem dortigen Localblatte keine Concurrrenz gemacht werde. — In den kleineren Orten werde durch ein Blatt mit dem vorhin skizzirten Inhalt geistige Anregung gegeben, kräftig für die Agitation einzutreten. Es sei Redner nicht möglich gewesen, in der kurzen Zeit ausführlichere Vorschläge zu machen; die genaueren Bestimmungen könnten aber ja noch festgesetzt werden.

Meister ist vollständig mit dem Antrage einverstanden und schlägt vor, die Ausführung des Unternehmens Oldenburg zu übertragen und dafür zu wirken, daß derselbe überall Unterstützung finde.

Der Antrag Oldenburg und Genossen wird hierauf angenommen. Der Antrag Meister desgleichen.

Oldenburg bemerkt persönlich, daß er den Antrag nicht gestellt habe, damit man ihm ein solches Unternehmen übertrage, sondern, weil er dasselbe für die Bewegung von großem Vortheil halte; er sei aber gern bereit, die Leitung des Blattes in die Hand zu nehmen.

Ueber die Anträge 29 b, 72, 104 und 107 wird, als erledigt durch Annahme des Antrages Oldenburg, zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgen die Anträge, welche sich auf Herausgabe einer Correspondenz beziehen, und zwar 67, 76, 79, 83 der Vorlage und Antrag Vollmar und Genossen.

Liebknecht: Die gestellten Anträge bewiesen, daß ein Bedürfnis zu einer solchen Einrichtung vorliege; dies sei auch schon früher der Fall gewesen, und hätten sich die socialistischen Reichsboten alle Mühe gegeben, eine solche Correspondenz zu schaffen. Die Bemühungen seien gescheitert an dem Umstande, daß es in Berlin an der Möglichkeit der schnellen Vervielfältigung gefehlt habe und die nöthigen literarischen Kräfte nicht zu finden waren. Die Reichsboten konnten die Arbeit nicht bewältigen, weil dieselben, wenn sie ihre Schuldigkeit in sonstiger Weise thun sollen, genug beansprucht seien und höchstens nur zeitweilig die Correspondenz schreiben könnten. Es sei eine passende Kraft bis jetzt nicht zu finden gewesen, und habe einer oder der andere es zeitweilig übernommen, für den „Vorwärts“ Berichte zu bringen. — An der Nothwendigkeit eines solchen Unternehmens herrsche kein Zweifel, es handle sich aber um die Ausführung.

Wollmar ist der Meinung, es sei in unserer Presse nicht alles so, wie es sein sollte; es mangle ganz bedeutend an Originalität der Artikel über die ausländischen Verhältnisse. Es sei zwar so schwer nicht, sich genau zu orientiren, es sei aber wohl nicht jeder Redacteur in der Lage, Blätter in fremder Sprache zu lesen. Wir sind gegenwärtig also vielfach darauf angewiesen, aus den Bourgeoisblättern schöpfen zu müssen, und hinten wochenlang nach. Ist aber ein Redacteur vorhanden, welcher aus den fremden Blättern Zusammenstellungen als autographirte Correspondenz herausgiebt, so ist dem Uebelstande abgeholfen. Der Kostenpunkt spielt zwar hierbei eine Hauptrolle, Redner ist aber der Meinung, daß es sich für die einzelnen Blätter wohl rentiren würde, das Abonnementsgeld anzulegen; zudem müsse die Centralleitung mit eintreten. Der allgemeine Zustand unserer Presse mache eine Correspondenz, wie die vorgeschlagene, nöthig. Die meisten Redacteurs seien gar nicht in der Lage, gründlich arbeiten zu können, weil sie mit zu vielseitigen Arbeiten belastet seien. Durch eine derartige Correspondenz würden dieselben befähigt, auf andere Sachen, besonders locale Notizen, mehr Fleiß zu verwenden.

Radow: Der vorige Congreß habe schon einen darauf bezüglichen Wunsch ausgesprochen, und habe man in Berlin die Sache auch in die Hand genommen. Das Unternehmen sei aber daran gescheitert, daß sich nur die Redactionen zweier Blätter auf ein verändertes Circular hin als Abonnenten meldeten. So lange die Localblätter nicht im Stande sind, das Abonnement für ein solches Unternehmen zu tragen, werde nichts daraus werden, es müßte denn die Centralleitung eingreifen.

Kapfer tritt für Antrag 83 der Vorlage mit der Aenderung: „sociale Bewegung des In- und Auslandes“ ein. Er ist der Ansicht, daß die Correspondenz auch auf das Inland Bezug nehmen müsse, da die Berichte über eigene Landesangelegenheiten öfters sehr mangelhaft seien; dasselbe wäre mit den Reichstagsberichten der Fall. Möge man die Einführung des Unternehmens der Centralleitung überlassen.

Frohme betont, wir machten den gegnerischen Blättern den Vorwurf, daß sie ihre Artikel aus sogenannten Gedankenfabriken beziehen. Sorge man dafür, daß die Localblätter dazu gebrängt werden, gute Kräfte anzustellen, damit erreiche man mehr. Weise man doch die Redaction des „Vorwärts“ an, in diesem Sinne vorzugehen, anstatt große Kosten mit einem neuen Unternehmen zu machen. In dem vorigjährigen Congreßbeschlusse wäre gesagt, daß die Reichstagsabgeordneten, wenn sie nicht selbst die Berichte machen könnten, dazu andere Kräfte heranziehen sollten.

Bebel ist mit dem Antrag Wollmar einverstanden. Redner sei aber der Ansicht, daß zunächst versucht werden müsse, die Kosten von den Localblättern gedeckt zu erhalten. Es habe Radow auf die Nichtbetheiligung der Letzteren hingewiesen; dazu habe Redner zu bemerken, daß man von vorn herein gegen das Unternehmen, als ein privates, Mißtrauen gehegt habe; würde ein solches aber vom Congreß ins Leben gerufen, dann läge die Sache anders. — Ferner

ist Redner der Ansicht, daß die Blätter je nach ihrer pecuniären Stellung zahlen müßten. — Was Frohme's Bemerkung betreffe über den Bezug der Berichte der Bourgeoiszeitungen aus sog. Gedankenfabriken, so theile er die Verdamnung jenes Systems nicht unter allen Umständen; zudem läge die Sache bei uns auch anders. Unsere Redacteurs seien jetzt theilweise auf die Scheerenarbeit angewiesen, würden sie aber in der vorgeschlagenen Weise entlastet, so würden sie bedeutend mehr Selbständiges leisten können. — Die Abfassung der Reichstagsberichte durch die Abgeordneten sei nicht durchzuführen, weil die Letzteren die Arbeit nicht bewältigen könnten. Das Finden eines geeigneten Arbeiters habe deshalb seine Schwierigkeit, weil derselbe nur für 3 Monate engagirt werden könne, und dann existenzlos ist.

Es wird Schluß der Discussion angenommen.

Radow bemerkt, daß auf die stenographischen Berichte des Reichstags bei jeder Postanstalt abonniert werden könne. 100 Bogen Text kosteten 10 Mark.

Frohme betont, es handle sich nicht um stenographirte, sondern um gut bearbeitete Berichte.

Es erfolgt Abstimmung. Der Antrag 83 der Vorlage, mit dem Amendement von Kapfer, wird angenommen, womit die übrigen diesbezüglichen Anträge erledigt sind. Als Ort des Erscheinens der Correspondenz wird Berlin bestimmt; ferner, daß die Ausführung der Formalien der Centralleitung übertragen werde.

Nachdem Schlesinger das Protocoll der Sitzung vom Montag vorgelesen und dasselbe nach einigen Berichtigungen genehmigt worden, vertagt der Vorsitzende die Verhandlungen von 1/2 bis 3 Uhr.

Die Schriftführer.

Der offi.

Ulrich.

## Zweite Sitzung am Dienstag, den 29. Mai, Nachm.

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Geib 3 1/2 Uhr eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt das Fehlen der Delegirten Auer, Bock, Finn, Frohme, Frihsche, Grottkau, Hasselmann, H. Kapell, O. Kapell, Lange, Lehmann, Matthäi, Richter, Schumacher, Tölcke, Werner und Wolf. Dieselben treffen sämtlich innerhalb einer halben Stunde ein. Abgereist ist Ramm.

Der Vorsitzende verliest zunächst Telegramme aus Barmen, Groißsch, Wandsbeck, Elberfeld, sowie ein Schreiben aus Brüssel.

Reißer hält es für Pflicht, den ausländischen Absendern von Telegrammen, Zuschriften u. s. w. den Dank des Congresses zu erstatten und will, daß die Centralleitung beauftragt werde, kurze dankende Antworten an die ausländischen Genossen zu senden.

Geib hält dies für zwecklos, da der Congreß ohnedies seiner Zustimmung zu diesen Kundgebungen wiederholt Ausdruck verliehen habe und in den Parteiblättern darüber berichtet werde.

Der Congreß schließt sich der Ansicht Geib's an und wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es wird nun in der Tagesordnung fortgefahren und kommen die Anträge 74, 84, 90, 100, 101, 106 und 108 zur Verhandlung; über den Antrag 74 wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt und angenommen, womit auch die Anträge 84 und 106 erledigt sind.

Zu Antrag 90 bemerkt Geib, er habe nichts dagegen, daß die politische Rundschau des „Vorwärts“ vergrößert werde, schlage jedoch vor, den ersten Satz: „Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die social-politische Uebersicht (Rundschau) vergrößert werde“ — anzunehmen, den Schlusssatz aber zu streichen.

Der Antrag 90 wird in diesem Sinne angenommen.

Zu Antrag 100 führt Heyer an, seine Mandatgeber hielten den „Vorwärts“ für gut redigirt, doch bedauerten sie es, daß die meisten Artikel mehr wissenschaftlich als populär gehalten seien. Populäre Artikel dürften jedoch im „Vorwärts“ unter keinen Umständen fehlen, weil sonst auch die Leserzahl sich vermindern würde; so sei z. B. im Norden das Abonnement auf dies Blatt um mehr als 500 Exemplare zurückgegangen und das Abonnement auf das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ gestiegen, weil Letzteres sich einer populäreren Sprache befleißige, als der „Vorwärts“.

Hasselmann. Es liege ihm fern, die Schreibweise des „Vorwärts“ kritiziren und einen Vergleich zwischen dieser und der Schreibweise des früheren „Neuen Social-Demokrat“ ziehen zu wollen. Eines müsse Redner jedoch bemerken: Die Artikel des „Neuen Social-Demokrat“ waren wissenschaftlich und zugleich populär; hierin liege auch kein Widerspruch. Lassalle habe gewiß wissenschaftlich und auch populär geschrieben. Es sei aber gegen die Art, wie seitens des „Vorwärts“ Stellung zu Lassalle genommen wurde, vielfach Mißstimmung unter den Parteigenossen erzeugt worden. Hasenclever habe es Redner bei seiner Anwesenheit in Barmen versprochen, daß des Geburtstages Lassalle's am 11. April im „Vorwärts“ in zweckentsprechender Weise gedacht werden solle. Sämmtliche Localblätter hätten an diesem Tage Lassalle's in einem Artikel gedacht, der „Vorwärts“ habe seiner jedoch nicht erwähnt. Redner und tausend andere Parteigenossen hätten dieses schmerzlich vermißt. Es sei doch zur Förderung des Friedens bei Gründung des Centralorgans geschlossen worden, daß beide Richtungen der früheren zwei sich entgegen stehenden Arbeiterparteien in der Redaction vertreten seien. Zur Förderung des Friedens sei es jedenfalls gut, wenn der Wunsch der Lassalleaner in Betreff der Erinnerungstage an Ferdinand Lassalle befriedigt werde. Lassalle habe Bedeutendes für die Arbeiterbewegung gethan und wohl verdient, daß sein Andenken von den Arbeitern geehrt werde. Redner sei deshalb für Annahme des erwähnten Antrages.

Hasenclever. Er habe, als er seiner Zeit in Barmen-Elberfeld gewesen, versprochen, zum 11. April einen Artikel zum Andenken an den Geburtstag Lassalle's im „Vorwärts“ zu bringen, sei jedoch vor dem eilften nicht in Leipzig eingetroffen und wäre nur deshalb der versprochene Artikel ausgeblieben. Die später erfolgte Erklärung

im „Vorwärts“ sei aber so geschrieben gewesen, daß auch der enragirteste Anhänger Lassalle's sich damit zufrieden geben konnte. Man könne Redner gewiß nicht vorwerfen, daß er kein Freund Lassalle's sei, er glaube aber, daß man gewiß genug thue, wenn wir in würdiger Weise alljährlich Lassalle's gedenken. Die Versicherung könne Redner geben, daß in der Redaction des „Vorwärts“ Lassalle ebenso geliebt und geschätzt werde, wie in der der „Vergisch-Märktischen Volksstimme“.

Klemich ersucht, den Antrag abzulehnen, weil seine Wähler mit der Haltung und der Schreibweise des „Vorwärts“ vollständig einverstanden seien. Der „Vorwärts“ müsse populär schreiben und thue es auch, er müsse jedoch auch seinen wissenschaftlichen Theil behalten.

Hartmann empfiehlt in Anbetracht der bis jetzt angenommenen Anträge Uebergang zur Tagesordnung. Wenn gesagt werde, es sollten im „Vorwärts“ Artikel gebracht werden, wie sie im früheren „Neuen Social-Demokrat“ gestanden, so sei das eine Beleidigung für die Redacteurs des „Vorwärts“, weil durch eine solche Forderung denselben der Vorwurf gemacht werde, daß sie unfähig seien, solche Artikel zu schreiben. Der vorjährige Congreß habe durch Verschmelzung der Redaction des „Social-Demokrat“ und des „Volksstaat“ geglaubt, allen Anforderungen an das Centralorgan Genüge zu leisten. Wenn dies nicht geschehen, könne die Schuld nur Hasselmann beigemessen werden, weil er nicht Redacteur des „Vorwärts“ werden wollte. Redner bekomme oft höhnisch zu hören, man habe für populäre Artikel die „Rothe Fahne“ und die „Vergisch-Märktische Volksstimme“, womit man sagen wolle, daß Hasselmann für populäre Schreibweise der Beste sei. Redner sei aber der Meinung, daß der „Vorwärts“ durchaus gut redigirt sei, er beantrage, weil die Gründung der „Revue“ vielen Wünschen entsprechen und Klagen abhelfen würde, Uebergang zur Tagesordnung.

Reißer. Wenn der Vorwurf gegen unser Centralorgan gemacht werde, daß dasselbe kein Agitationsblatt sei, so möchte Redner demgegenüber bemerken, daß es auch nicht die Hauptaufgabe des „Vorwärts“ sei, neue Anhänger zu gewinnen, sondern die gewonnenen aufzuklären. Die Gewinnung neuer Anhänger sei mehr Sache der Localblätter und der mündlichen Agitation. Wenn in letzter Zeit wissenschaftliche Artikel wie die Engels über Dühring im „Vorwärts“ gestanden, die für die Leser nicht passend gewesen seien und dem allgemeinen Wunsch nicht entsprochen hätten, so habe dies nicht an der in der Redaction herrschenden Stimmung gelegen, sondern daran, daß dieselbe eine zeitlang nicht Kräfte genug gehabt habe, um eine genügende Sichtung vorzunehmen. Durch die Annahme des Antrages bezüglich der wissenschaftlichen „Revue“ sei jedoch allen Wünschen Rechnung getragen und deshalb der Antrag 100 eigentlich erledigt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Bogenis meint, durch das Entstehen der vielen Localblätter werde der „Vorwärts“ seiner Bestimmung als Agitationsblatt entzogen. Sollten ihm auch die wissenschaftlichen Artikel entzogen werden, so degradirten wir ihn zu einem Localblatt.

Liebknecht wendet sich zunächst gegen den Ausspruch eines Vorredners, daß die Engels'schen Artikel nicht die Censur der Redaction passirt hätten; diesen Vorwurf müsse er zurückweisen, indem er ausdrücklich erkläre, daß diese Artikel mit voller Absicht aufgenommen wurden, und ihrem ganzen Inhalte nach Redners Anschauungen entsprochen haben. Diese Artikel seien durchaus wissenschaftlich, und ihre Veröffentlichung sei nothwendig gewesen. — Wenn dem „Vorwärts“ der Vorwurf gemacht wird, daß derselbe seine Pflicht als Agitationsblatt nicht erfülle, so sei schon hervorgehoben worden, daß derselbe kein eigentliches Agitationsblatt, sondern ein geistiger Vorkämpfer des arbeitenden Volkes sei. Dies habe sich auch bei den Wahlen gezeigt, wo die Agitation von den Lokalblättern betrieben wurde, der „Vorwärts“ aber gerade wegen seines Charakters als allgemeines Parteiorgan an der Wahlbewegung sich nur allgemein habe betheiligen können. Darum habe er auch nicht, wie die Lokalblätter, während der Wahlbewegung einen Abonnentenzuwachs erhalten. Bringe der „Vorwärts“, welcher vor Allem die geistige Führung zu übernehmen habe, keine wissenschaftliche Artikel, so verliere er seine Bedeutung für die Partei; solche Artikel, welche auf die fortgeschrittenen Parteigenossen berechnet seien, kämen durch diese in die Massen. Die Artikel des „Vorwärts“ seien auch populär; freilich sei „populär“ ein dehnbarer Begriff, wenn auch nicht in dem Sinne Hasselmann's, dessen Styl er indessen nicht kritisiren wolle. Vermissten übrigens die Leser Artikel à la Hasselmann, so sei dies dessen Schuld, da er nicht in die Redaction des „Vorwärts“ eingetreten sei, und auch das Versprechen nicht gehalten habe, Artikel für denselben zu schreiben. Hierdurch sei die ganze gegenwärtige Debatte hervorgerufen worden. Hasselmann habe statt dessen die „Rothe Fahne“ in's Leben gerufen, welche unzweifelhaft ein Concurrenzunternehmen gegen den „Vorwärts“ sei, und den spezifischen Lassalleanismus in einer Weise betone, daß es beinahe den Anschein der Provokation einer Spaltung habe. Wenn also eine solche Provokation vorliege, so sei sie nicht geschehen von denen, welche Hasselmann's Eintritt in die Redaction des „Vorwärts“ wollten. — Wenn hier der Vorwurf erhoben werde, daß zur Feier des Geburtstages Lassalle's kein Artikel im „Vorwärts“ erschienen, so treffe dies Redner allein. Hasenclever sei nicht anwesend gewesen, und Redner sei kein Freund des Personenkultus, der gewiß auch nicht im Geiste Lassalle's liege. Er sage das umsomehr, als er Lassalle's Bedeutung für die sozialistische Bewegung unbedingt anerkenne. Redner habe schon oft die Ansicht ausgesprochen, daß der Todestag Lassalle's als ein allgemeiner Gedenktag an unsere Märtyrer, wie früher derjenige Blum's, gefeiert werde. Diesen Gedanken habe er vor Jahresfrist in einer großen Parteiverammlung in Hamburg ausgesprochen, und habe derselbe allgemeinen Anklang gefunden. Daß die deutschen Arbeiter Lassalle hochhalten, sei ganz natürlich — aber ein übermäßiger Cultus in dieser Beziehung sei schädlich. Daß derselbe abnehme, habe übrigens der schwache Besuch bei der diesjährigen Geburtstagsfeier in Hamburg gezeigt, bei welcher Hasselmann die Festrede gehalten; das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ habe nöthig befunden, wegen dieses schwachen Besuches eine Entschuldigung zu bringen.

Hasenclever stellt, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, an Liebknecht die Frage, ob derselbe, im Falle Redner einen Artikel über Lassalle's Geburtstag eingesandt hätte, diesem die Aufnahme verweigert hätte.

Liebknecht verneint dies; der Artikel wäre selbstverständlich aufgenommen worden.

Seyer verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Redaction des „Vorwärts“ angegriffen zu haben. Der Ansicht gegenüber, daß der Letztere kein Agitationsblatt sei, habe er zu bemerken, daß auf dem Landgebiet und in vielen Städten kein Lokalblatt bestehe, und für diese Gegenden habe der „Vorwärts“ seine Aufgabe nicht erfüllt. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ sei viel populärer geschrieben, und habe deshalb in Schleswig-Holstein viel mehr Einfluß; auch gehe man mit dem Plane um, für diese Provinz ein eigenes Parteiorgan zu gründen — dies Alles sei Schuld der Redaction des „Vorwärts“. Redner verwahrt sich auch dagegen, daß der Vorwurf gegen die Dühringartikel von ihm ausgegangen sei; er habe nichts gegen diese Artikel selbst, aber wenn man es nicht verstehen könne, wenn er sage, die Artikel des „Vorwärts“ müßten populärer geschrieben sein, so sage er zu besserem Verständniß, man möge die Artikel in einer vulgären Sprache schreiben.

Hasselmann protestirt gegen die von Liebknecht erhobene Verdächtigung, als ob Redner irgendwelche Spaltung provociren wolle. Daß man ihm einen Vorwurf aus der Ablehnung einer Redacteurstelle am „Vorwärts“ mache, sei ungerecht; die Gründe, die man vorgebracht, seien nicht stichhaltig. Hätte Redner sich für Leipzig entschieden, so würde man ihn für den Ausfall der Wahl in Warmen-Oberfeld verantwortlich gemacht haben. Dort habe er mehr Arbeiten zu leisten gehabt, als dies vielleicht in Leipzig der Fall gewesen sei; er habe nicht allein die Redaction der dortigen socialistischen Blätter führen, sondern auch die Geschäfte leiten müssen. Jetzt würden 5 Blätter in Warmen gedruckt, die zusammen 8000 Abonnenten haben, während früher dort kaum 1000 vorhanden waren. Durch Redners Uebersiedelung nach Warmen habe er ein größeres Opfer gebracht, als wenn er nach Leipzig gegangen wäre. Die „Rothe Fahne“ habe viel genützt und dem „Vorwärts“ keine Concurrenz gemacht, im Gegentheil, denselben stets empfohlen. Uebrigens weise Redner auf die Wochenausgaben des „Braunschweiger Volksfreund“ und der Breslauer „Wahrheit“ hin, welche auch als Concurrenzblätter des „Vorwärts“ zu betrachten seien, wenn man die „Rothe Fahne“ als solches ansehe. Redner sei Lassalleaner und achte Lassalle hoch, weil in Deutschland bis jetzt keiner geleistet, was Lassalle geleistet habe. Daß viele Arbeiter mit ihm einverstanden, gehe aus der beifälligen Aufnahme des Geburtstagsartikels in der „Rothen Fahne“ hervor. Die Nummer mit diesem Artikel werde jetzt noch gekauft.

Hartmann weist darauf hin, daß diese ganze Debatte durch Hasselmann hervorgerufen worden sei, indem er die Haltung der „Rothen Fahne“ und der „Bergisch-Märkischen Volksstimme“ dem „Vorwärts“ gegenüber rühmend herausgestrichen habe. Die „Rothe

Fahne" werde in Hamburg förmlich zur Agitation gegen den „Vorwärts" benutzt und dadurch eine Schädigung der Partei hervorgerufen; es habe sich sozusagen eine eigene Partei für Einführung der „Rothen Fahne" herangebildet. Wenn Hasselmann gesagt, daß die Ableger des „Braunschweiger Volksfreund" und der Breslauer „Wahrheit" in derselben Weise wie die „Rothe Fahne" beständen, so bemerkte Redner, daß dies nur Localblätter, höchstens Provinzialblätter, aber keine allgemeinen Parteiblätter seien, wie die „Rothe Fahne". Hasselmann thue übrigens gut, wenn er dafür Sorge, daß die Vertreter dieses Blattes den Kampf gegen den „Vorwärts" einstellten. Was Hasselmann's Ausspruch betreffe: populär und wissenschaftlich müsse sich in den Parteiblättern decken — so geschehe dies auch im „Vorwärts".

Frid. Wenn Reisser gesagt, der „Vorwärts" habe keine neuen Parteigenossen zu gewinnen, sondern solle die neugewonnenen erziehen, so sei dies nicht ganz richtig. Den Streit über das Thema wissenschaftlich oder populär könne Redner nicht loben. So wie Lassalle habe freilich Keiner mehr populär und wissenschaftlich zugleich geschrieben; es hätten jedoch auch im „Vorwärts" oft wissenschaftliche Artikel gestanden, die zugleich populär gewesen seien; so die von Liebknecht geschriebenen Artikel über Herrn von Unruh. Hasselmann's Artikel seien für weitere Arbeiterkreise bestimmt. Wenn Hasselmann für den „Vorwärts" schreiben würde, so dürfte sich bald herausstellen, ob das Blatt besser würde. Ein Zusammenwirken Hasselmann's mit Liebknecht halte Redner jedoch für unmöglich. Congressbeschlüsse würden dieses Verhältniß in den nächsten Jahren nicht ändern.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, und folgen persönliche Bemerkungen und thatsächliche Berichtigungen.

Liebknecht führt an, er habe nicht gemeint, daß Spaltungen in der Partei zu machen versucht würden, sondern daß, wenn solche Versuche erfolgten, es nicht von denjenigen geschehe, die den Eintritt Hasselmann's in die Redaction des „Vorwärts" s. B. befürwortet haben. Hasselmann habe selbst die Schuld, wenn Redner persönlich geworden, da er in ganz unmotivirter Weise die Frage wegen der verschiedenen Strömung durch seine Bemerkung über das Fehlen des Artikels im „Vorwärts" sowie über die Taktik der „Rothen Fahne" bezüglich der Geburtstagsfeier Lassalle's hervorgerufen. Wenn Hasselmann in die Redaction des „Vorwärts", eingetreten wäre, so würde Redner sich mit demselben ebensogut vertragen haben, wie mit Hasenclever.

Hasselmann bemerkt, er habe nur Aufklärung wegen des Ausbleibens des Artikels zu Lassalle's Geburtstagsfeier im „Vorwärts" haben wollen. Er habe die „Rothe Fahne" in's Leben gerufen, um dadurch seine Arbeitskraft unentgeltlich den rheinländischen Parteiblättern zur Verfügung stellen zu können. Für die „Rothe Fahne" brauche keine Agitation gemacht zu werden, sie agitire für sich selbst. Im Rheinlande sei es Brauch, den Geburtstag Lassalle's zu feiern, und deshalb sei den dortigen Arbeitern das Ausbleiben des Artikels aufgefallen.

Liebknecht weist nochmals auf den schlechten Besuch der Geburtstagsfeier in Hamburg hin. Ferner betont Redner, er sei nicht

dafür, daß der „Vorwärts" ein ausschließlich wissenschaftliches Blatt sein solle. Er vermöge aber bei der Wahl nicht so agitatorisch zu wirken, weil er unmöglich auf alle lokalen Verhältnisse eingehen könne. — Redners Aeußerung über die Spaltungsversuche sei eine gerechte. Was Hasselmann's Bemerkung betreffe, die „Rothe Fahne" agitire für sich selbst, so möge das richtig sein, sie wirke aber nach der „Bräuer'schen" Seite hin. — Redner wiederhole, er betrachte es als die Hauptaufgabe des „Vorwärts", Aufklärung zu bringen.

Hasselmann giebt an, er habe nicht für sich, sondern für die rheinischen Arbeiter Aufklärung verlangt. Er protestire gegen den Vorwurf, daß die „Rothe Fahne" für die „Bräuer'schen" wirke. Er halte deren Blatt gar nicht einmal, und nur einmal habe er dasselbe, bei seiner Anwesenheit in Hamburg, zu Gesicht bekommen. In der betreffenden Nummer fand er wenig schmeichelhaftes über sich.

Hasenclever meint, es wäre besser gewesen, wenn Liebknecht Bräuer's gar nicht erwähnt und wenn Hasselmann sich bei ihm privat Aufklärung geholt hätte.

Schlesinger bemerkt, die Vergleichung der „Rothen Fahne" mit der Wochenausgabe der Breslauer „Wahrheit" sei nicht stichhaltig; diese Wochenausgabe habe früher bestanden, als die tägliche.

Es wird zur Abstimmung über den Antrag 100 geschritten, und zwar nach Antrag Wahlreich's in zwei Fragen. Der erste Satz „der „Vorwärts" solle mehr populäre Artikel bringen" wird angenommen, der zweite Satz „nach Art des früheren „Neuen Social-Demokraten" dagegen abgelehnt.

Es folgt der Antrag 101, welcher von Heyer damit motivirt wird, daß bei der Ueberlastung der bisherigen Redacteurs des „Vorwärts" die Einstellung eines neuen nothwendig sei. Wenn Hasselmann in Barmen-Elberfeld nothwendig sei, würde sich wohl ein anderer finden.

Hasselmann beantragt Uebergang zur Tagesordnung, Liebknecht und Hasenclever seien vollständig im Stande, die Redaction des „Vorwärts" allen Ansprüchen entsprechend zu führen. Redner müsse im Rheinlande bleiben.

Klemich ist für motivirte Tagesordnung, weil Hasselmann im Rheinlande bleiben müsse.

Radow ist gegen Uebergang zur Tagesordnung, weil erst constatirt werden müsse, ob ein dritter Redacteur nothwendig sei.

Hasselmann bittet, bei diesem Antrage seine Person aus dem Spiel zu lassen.

Klemich zieht seinen Antrag zurück.

Geib beantragt: In Erwägung, daß wir gestern beschlossen, die Redacteurs von der Agitation zu entlasten, und da nach den bisherigen Erfahrungen auch zwei Redacteurs ausreichend sind, beschließt der Congress, über den Antrag 101 zur Tagesordnung überzugehen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es wird Antrag 108 zur Debatte und gleichzeitig von Geib der Antrag gestellt: Antrag 108 durch die bisherige Praxis und die vom Congress gefaßten Beschlüsse bezüglich einer Beilage für erledigt zu erklären.

Dreesbach schließt sich dem an, weil die Beilage jetzt regelmäßig erscheinen werde.

Der Antrag Geib's wird angenommen.

Die Anträge 69, 71, 78, 88 und 102 finden nicht genügende Unterstützung; die Anträge 86 und 96 sind durch die bisherigen Abstimmungen erledigt.

Von Most und Genossen ist folgender Antrag eingebracht: Der Congreß erklärt: Artikel, welche, wie beispielsweise die in den letzten Monaten von Engels gegen Dühring veröffentlichten Kritiken, für die Mehrheit der Leser des „Vorwärts“ ohne Interesse sind, haben künftighin aus dem Centralorgan fortzubleiben.

Von Klemich und Genossen wird beantragt: Die Debatte über den Most'schen oder verwandte Anträge (betreffend die Engels'schen Artikel im „Vorwärts“) lediglich auf die materiellen und Nützlichkeitsfragen zu beschränken, keineswegs aber auf die principiellen und wissenschaftlichen Fragen auszudehnen.

Von Bebel und Genossen wird beantragt: In Anbetracht der Länge, welche die Artikel Engels contra Dühring erlangt haben und voraussichtlich in ihrer Fortsetzung noch erlangen werden; in Anbetracht, daß die im „Vorwärts“ seitens Engels geführte Polemik gegen Dühring Letzterem oder dessen Anhängern das Recht giebt, in gleicher Ausführlichkeit zu antworten, und dadurch sowohl der Raum des „Vorwärts“ über Gebühr in Anspruch genommen wird, als auch die Sache selbst, die einen rein wissenschaftlichen Streit betrifft, nicht gefördert wird, beschließt der Congreß:

„Die Veröffentlichung der Artikel Engels contra Dühring ist im Hauptblatt des „Vorwärts“ zu sistiren, und sind dieselben in der „Revue“, event. in deren Vorläufer, der wissenschaftlichen Beilage des „Vorwärts“, oder in einer Broschüre zu veröffentlichen. Ebenso ist jede weitere Erörterung dieser Streitfrage aus dem Hauptblatt des „Vorwärts“ fern zu halten.“ — In dieser Fassung („Revue“) von Frohme amendirt.

Most zieht seinen Antrag zu Gunsten des Bebel'schen zurück.

Der Antrag Klemich und Genossen wird mit 37 gegen 36 Stimmen angenommen.

Liebknecht: Da die vorliegende Streitfrage nun zu einem Messer ohne Stiel und Klinge geworden, sei eine Debatte zwecklos.

Bebel: Er sei gegen den Antrag von Most gewesen, weil die meisten Delegirten in der Frage wohl nicht competent seien, da vielleicht kein Duzend derselben die Dühring'schen Werke gelesen hätten. Wenn die Länge der Engels'schen Artikel und die scharfe Sprache desselben gegen Dühring getadelt werde, so müsse Redner dagegen bemerken, daß die Sprache Dühring's gegen Marx und Lassalle noch viel schärfer gewesen sei. Wenn er jedoch den Antrag auf Herausgabe der Artikel in einer Broschüre gestellt habe, so sei dies geschehen, weil die Reihe der Artikel viel zu lang geworden, und das Ende noch nicht so bald zu erwarten sei. Eine Polemik zwischen Dühring und Engels sei im Parteiorgan auszuschließen, und deshalb sei es immer besser, die Fortsetzung der Engels'schen Artikel im „Vorwärts“ einzustellen und dieselben in Broschüren

herauszugeben. Falls Dühring sich veranlaßt fühle, seine Entgegnungen bei unseren Geschäften in Verlag zu geben, so sei deren Annahme schon in geschäftlicher Beziehung ganz selbstverständlich.

Vahlteich ist in der Hauptsache mit der Haltung des „Vorwärts“ einverstanden; in der neueren Zeit sei er aber mit derselben unzufrieden gewesen. Der „Vorwärts“ sei, wenn auch hier andere Ansichten ausgesprochen würden, ein Organ zur Agitation; in vielen Gegenden sei derselbe die einzige geistige Speise der Parteigenossen. Die Engels'schen Artikel machten jedoch diese Speise ungenießbar; der Ton, den Engels angeschlagen, könne leicht zu einer Geschmacksverirrung verleiten. Wenn Dühring denselben Ton schon früher angeschlagen, so sei das für uns kein Grund, in denselben einzustimmen oder darin fortzufahren. Marx sowohl wie Engels hätten der Partei viel genützt, und würden ihr hoffentlich auch noch weiter nützen; dasselbe sei aber auch mit Dühring der Fall. Wir müßten diese Leute im Interesse der Partei benutzen, aber die Streitigkeiten der Professoren gehörten nicht in den „Vorwärts“, sondern müßten in Broschüren ausgefochten werden.

Lassalle verzichtet auf das Wort, weil die principielle Behandlung ausgeschlossen sei.

Liebknecht erklärt, aus demselben Grunde verzichtet zu haben, wenn er nicht durch Vahlteich's Äußerungen provocirt worden wäre. Wäre es Redner gestattet gewesen, die wissenschaftliche Frage auseinander zu setzen, so würde er den Beweis geliefert haben, wie nothwendig und berechtigt die Artikel Engels gewesen seien. Was die Form dieser Artikel betreffe, so sei dies dieselbe, in der Lessing seinen Anti-Göthe geschrieben. Die Stellen, die Engels widerlegte, seien alle aus Dühring wörtlich citirt, wovon sich Jeder, der des Letzteren Werke nachschläge, überzeugen könne. Dühring habe sich bei seinen Angriffen nicht die Mühe gegeben, dieselben zu begründen; nach ihm seien Marx und Lassalle Esel und nur er selbst sei ein großer Mann. Nachdem man beschlossen, in die eigentliche Streitfrage nicht einzugehen, und nachdem man weiter die Gründung einer wissenschaftlichen Beilage und Revue beschlossen, sei die Debatte zwecklos; in der Zukunft würden derartige Artikel in der einen oder anderen veröffentlicht. Bisdem war aber kein anderes Blatt zur Veröffentlichung vorhanden wie der „Vorwärts“; zudem war dieselbe durch den vorjährigen Congreß beschlossen, und zwar auf Proposition von „Dühringianern“. Die Artikel seien Manchem zu lang erschienen — man konnte aber doch einem Mann wie Engels, der an wissenschaftlicher Bedeutung nur mit Marx zu vergleichen, keine Vorschriften machen, wie lang oder kurz er schreiben solle. Engels habe sich um die Arbeiterbewegung sehr verdient gemacht; er sei einer der Väter des wissenschaftlichen Socialismus und nächst Marx der bedeutendste der lebenden Socialisten. Das kommunistische Manifest, das heute noch die Richtschnur der Socialisten sei, habe Engels mit verfaßt. Derselbe habe sich in den Artikeln gegen Dühring die Aufgabe gestellt, die in dickleibigen Bänden gemachten Angriffe Dühring's auf der ganzen Linie zurückzuweisen und sein ganzes System — philosophisch, naturwissenschaftlich und ökonomisch

zu widerlegen — dies konnte nicht in Kürze geschehen. Engels habe seine Aufgabe glänzend erfüllt. Seit dem Erscheinen des Marx'schen „Kapital“ halte Redner diese Artikel gegen Dühring für die bedeutendste wissenschaftliche Arbeit, die aus dem Schooß der Partei hervorgegangen. Diese Arbeit sei im Interesse der Partei auch nothwendig gewesen, denn Dühring habe durch seine Angriffe auf Lassalle und Marx, die Männer, denen die Partei vor Allen ihre wissenschaftliche Grundlage verdanke, die Partei selbst in ihrem innersten Wesen angegriffen; es habe also den Boden zu vertheidigen gegolten, auf dem die Partei stehe. Dieses habe Engels gethan und dafür seien wir ihm Dank schuldig. Redner meint, es sei gesagt worden, Engels hätte dies feiner thun sollen; allein einen Gegner, mit dem es Ernst sei, packe man nicht mit Glacéhandschuhen an. Engels habe übrigens niemals „geschimpft“, vorkommende starke Ausdrücke seien stets durch den Sinn gerechtfertigt gewesen. Engels habe gleich im Anfange zum Spas einige Dühring'sche Kraftphrasen aufgezählt. Jedenfalls hätten die Anhänger Dühring's kein Recht, sich über zu derbe Sprache und über „Schimpfen“ zu beklagen, denn Niemand habe wohl je Größeres in diesem Punkte geleistet, als Dühring.

Heyer meint, man könne nicht den Arbeitern zumuthen, sich alle Broschüren zu kaufen; wenn auch nicht alle Arbeiter ein Interesse an den Engels'schen Artikeln hätten, so gäbe es doch auch Hunderte, welche dieselben mit Spannung lesen, sich aber die Broschüren nicht anschaffen könnten.

Der Antrag Bebel's mit dem Amendement von Frohme wird hierauf angenommen.

Antrag 91 findet keine Unterstützung. — Antrag 85 wird von Meister aus praktischen Gründen empfohlen.

Geib führt an, daß die „Neue Welt“ überhaupt mit dem 1. October hätte erscheinen sollen, was aber aus mancherlei technischen Schwierigkeiten s. B. nicht angegangen sei. Es sei jetzt aber allgemein Seitens der Colporteurs der Wunsch laut geworden, das Geschäftsjahr der „Neuen Welt“ vom 1. October an beginnen zu lassen. Außer der „Gartenlaube“ ginge bei den namhaften belletristischen Journalen der Jahrgang mit dem 1. October an, weil die Verleger es eingesehen, daß mit dem Beginn des Winters die Leser am leichtesten zu gewinnen seien. Die „Gartenlaube“ habe ihren festen Abonnentenstand und habe deshalb diese Einrichtung trotz der Concurrenz später nicht getroffen. Es sei also aus geschäftlichen Gründen wünschenswerth, die „Neue Welt“ vom 1. October an ihren Jahrgang beginnen zu lassen.

Der Antrag 88 wird angenommen.

Die Anträge 45 und 80 erhalten nicht genügende Unterstützung.

Es folgen Anträge 111 bis 117; ersterer wird durch die vorherigen Abstimmungen für erledigt erklärt, letzterer zurückgezogen. Zur Verhandlung kommen die Anträge 112 bis 116.

Töbke weist darauf hin, daß bei den Localblättern Mißstände zu Tage getreten, welche eine Regelung dringend nothwendig machten. Diese Regelung müsse eine durchgreifende und umfassende sein, wie

es in den Fferlohner Anträgen angestrebt werde. Wenn z. B. ein Localparteiblatt mit dem Namen Gregor Zielowsky als Redacteur existire, so sei das ein Mißstand, der keine Vertheidigung finden könne. Durch die „Essener freie Zeitung“ sei es einmal verschuldet worden, daß eines Tages in Essen vier Volksversammlungen abgehalten worden, während eine genügend gewesen wäre. Wenn solche Zustände durch die Localpresse hervorgerufen würden, so schädeten sie mehr, als sie nützten; sie dienen dann zur Verwirrung der Partei. Schaffe man eine Organisation bezüglich der Presse, dann werde unüberlegten Gründungen vorgebeugt und manchem kleinen Blattgründer ein Damm gesetzt.

Heyer und Genossen stellen folgende Interpellation: „In Erwägung, daß die Delegirten ein reges Interesse daran haben, den Stand der Partei kennen zu lernen, ersuchen die Unterzeichneten das Central-Comite, darüber Auskunft zu geben, welche Blätter selbständig sind und welche Zuschüsse aus der Parteikasse erhalten und wie hoch derselbe ist.“

Geib erklärt, daß an die Localblätter folgender Orte, mit Rücksicht auf die Agitation, Zuschüsse geleistet werden: Stuttgart 75 M., Duisburg 25 M., Essen 25 M., München 40 M., Dresden 45 M., Geyer 30 M., Frankfurt a. M. 75 M.

Strumpfen bemerkt, daß der Posten für Essen erst seit einigen Monaten gezahlt werde und dem Essener Blatt nicht gelte.

Geib erwidert, daß außerdem vor den bis jetzt nach Essen gesandten 1000 M., Strumpfen nicht weniger als 200 M. für die Presse verwendet habe.

Frohme meint, die Posten dürften nicht als Subvention für die Presse betrachtet werden, da sie doch nur zur Betreibung der Agitation dienen.

Geib hält es für selbstverständlich, daß unsere Redaktionskräfte zugleich agitatorisch wirken. Ein Zuschuß für ein Localblatt gilt nicht nur dem Blatt, sondern auch der mündlichen Agitation. Die Begriffe „Parteiblatt“ und „Agitation“ decken sich.

Dreesbach fragt an, ob auch das Mainzer Blatt einen Zuschuß erhalte.

Geib verneint dies.

Blos. Der Antrag der Genossen von Fferlohn und Dortmund sei gewiß eine sehr dankenswerthe Arbeit und man müsse es würdigen, daß sich überhaupt Jemand an diese schwierige Frage gemacht habe. Aber der Antrag komme zu spät und sei nicht mehr durchführbar. Es würde durch eine solche Organisation des Preßwesens eine Menge der schon bestehenden Preßunternehmungen in ihrer Existenz bedroht und das dürfen wir nicht thun, nachdem so viele Mühe und Opfer auf die Gründung derselben verwendet worden sei. Es wurde an manchen Orten in's Blaue hinein gegründet. Dies seien die Blüthen des „Localpatriotismus“, der sich auch durch das Veto des Central-Wahl-Comite nicht zurückhalten lasse. Legt das Central-Wahl-Comite sein Veto ein, so erscheinen die Blättchen eben doch, wie an mehreren Orten geschehen. Deters fragt man bei dem Vorstand gar nicht an. An manchen Orten droht deshalb ein wirtschaftlicher Ruin über die

Partei hereinzubrechen; ich sehe aber in den Anträgen nicht das Mittel, dem zu steuern. Wir können diese Zustände nicht ändern. Ich bitte Sie deshalb, diese Anträge abzulehnen.

Auf die Frage von Frohme: Welche Blätter trotz der Abmachung des Central-Wahl-Comite gegründet seien, nennt Bloz deren drei.

Hasselmann hält den Hferlohner Antrag nicht für durchführbar; die Blätter, welche an Deficits franken, würden aus der Parteikasse schöpfen wollen, diejenigen aber, welche Ueberschüsse haben, würden keine Lust besitzen, Gelder herzugeben. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ z. B. würde nicht dafür sein und auch nicht gezwungen werden können, das habe die Erfahrung gelehrt. Vor zwei Jahren hätten sich die Hamburger Parteimitglieder bei Errichtung des Lokalblattes über einen Congressbeschluss und über den Parteivorstand hinweggesetzt und die Mitglieder des Letzteren aus dem Verwaltungsrath hinausgedrängt. Was den Antrag an und für sich betreffe, so sei derselbe sehr gut, falls die Partei in der Lage wäre, die Deficits zu decken; dazu seien aber einige 20,000 Thlr. nothwendig.

Geib. Wir haben Erfahrungen, daß manche Congressbeschlüsse in Bezug auf die Parteipresse nicht durchführbar sind; würden wir die Hferlohner Anträge annehmen, so fielen sie unter diese Kategorie. Doch sei es gut, wenn der Congress sich gegen das kopflose Gründen von Localorganen ausspreche. Wenn ein bestimmter Beschluß auch nichts nütze, so sei eine Warnung sehr wohl geeignet, einigen Eindruck zu machen; ein motivirter Uebergang zur Tagesordnung sei deshalb hier am Platze.

Wolf behauptet, vor dem Erscheinen des Offenbacher Blattes habe die dortige Bewegung einen besseren Fortgang gehabt, als nachher. Dieses Blatt sei aus einem Oppositionsblatt hervorgegangen, doch hätten sich die Hoffnungen der Parteigenossen betreffs desselben nicht verwirklicht. Die Redaction sei selbst zu unwissend, um die Leser zu belehren und aufzuklären und arbeite mit der Scheere. Weil die Corruption der Partei in Offenbach durch die Verwaltung und Redaction des Blattes wesentlich gefördert würde und weil die Redaction eine gänzlich unfähige sei, so müsse die Leitung des Blattes entschieden eine andere und bessere werden.

Seiland. Es sei so ziemlich Alles vorgebracht, was für oder gegen den Tölcke'schen Antrag zu sagen sei. Redner halte die Gründung von zwölf Centralorganen für vollständig unpractisch. Die daneben bestehenden Filialzeitungen würden nur sog. kopflose Zeitungen (Ableger) werden können und von diesem System sei entschieden abzurathen.

Tölcke motivirt kurz nochmals seinen Antrag.

Frohme betont, daß die Parteipresse durch das Central-Wahl-Comite eine geregelte Leitung erhalten müsse.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Ulrich bemerkt persönlich, er sei in der gemeinsten Weise angegriffen worden; der Ausbruch sei scharf, aber gerechtfertigt. Redner redigire das Offenbacher Blatt ganz allein und da sei es wohl selbst-

verständlich, daß die Scheere mitunter benutzt werden müsse. Wolf sei gar nicht würdig, Redner deshalb Vorwürfe zu machen.

Der Vorsitzende Geib rügt diesen Ausdruck; Ulrich hält denselben jedoch aufrecht und wird deshalb zur Ordnung gerufen.

Strumpfen erläutert, wie es gekommen, daß in Essen während der Wahlbewegung vier verschiedene socialistische Versammlungen einberufen worden seien.

Der von Geib auf motivirte Tagesordnung gestellte Antrag wird verlesen, derselbe lautet: „In Erwägung, daß den Anträgen 112 bis 116 der Vorlage unüberwindliche Hindernisse im Wege stehen, beschließt der Congress Uebergang zur Tagesordnung, zugleich die Parteigenossen ersuchend, die Gründung von Lokalblättern nur dann anzunehmen, wenn die Existenzmöglichkeit erwiesen und die Zustimmung des Centralwahlcomite's erfolgt ist.“

Hierzu wird von Tölcke folgendes Amendement gestellt: „Neue Lokalblätter bedürfen der Zustimmung des Centralwahlcomite's, widrigenfalls sie nicht als Parteiblätter, sondern als Privatunternehmungen betrachtet werden.“

Diese Anträge werden mit großer Majorität angenommen.

Die Verhandlungen werden um 6 1/2 Uhr auf eine 1/2 Stunde ausgesetzt.

Die Schriftführer:

H. Oldenburg.

B. H. Wiemer.

### Dritte Sitzung am Dienstag, den 29. Mai.

Eröffnung durch den Vorsitzenden Geib 7 1/4 Uhr.

Es erfolgt zunächst Verlesung des Protocolls vom Montag durch Kaulitz.

Der Vorsitzende verliest sodann eine Erklärung Klute's, welche derselbe in das Protokoll aufgenommen wünscht; dieselbe lautet: „Nachdem ich durch einen Schlußantrag betreffs der Debatte über die Hferlohner Anträge verhindert wurde, meine Stellung zu den Lokalblättern in Thüringen, speziell zu dem in Meiningen erscheinenden „Thüringer Volksblatt“, klar zu legen, sowie dem von dem Redacteur des letztgenannten Blattes, Herrn Gütth, gemachten Vorwurf, — welcher durch Grillenberger unterstützt worden — ich agitare gegen die genannte Zeitung, erkläre ich mich erstens mit den Hferlohner Anträgen im Prinzip vollkommen einverstanden. Ferner habe ich nicht gegen das „Thüringer Volksblatt“ agitirt, sondern vor der Gründung gewarnt, weil ich die Existenzfähigkeit damals sowie noch heute bezweifle. — Endlich ist es un wahr, wenn die Herren Gütth und Grillenberger behaupten, ich wolle in Erfurt ein Blatt herausgeben; vielmehr ist dazu von anderen Genossen als von mir die Initiative ergriffen worden.“

Grillenberger erklärt persönlich, daß er nicht behauptet habe, Klute wolle in Erfurt ein Blatt herausgeben, er habe nur gesagt, daß ihm dies mitgetheilt worden sei.

Klute behauptet, daß er aus einem Briefe Grillenberger's an Gütth dies entnommen habe, und habe er deshalb die Erklärung für notwendig gehalten.

Diehmänn reicht einen Antrag ein auf Wiederaufnahme der Debatte über die Ködler'schen Anträge; derselbe wird ungenügend unterstützt.

Es kommt nun zur Verathung Antrag 46 der Vorlage. Heinzel empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung, was um so eher zu rechtfertigen, weil man den Apenradener Antrag abgelehnt. — Dies wird beschloffen.

Diehmänn wünscht Aufnahme des Wortlautes seines Antrages in's Protocoll. Dies wird abgelehnt, weil es überhaupt mit den ungenügend unterstützten Anträgen nicht geschehe.

Es folgt Antrag 66. Derselbe wird abgelehnt; Antrag 70 ist erledigt.

Schmalfeldt bemerkt, daß letzterer Antrag nicht ganz richtig in der Vorlage aufgefaßt sei, indem sich derselbe auf spezielle Holsteiner Verhältnisse beziehen solle.

Geib erklärt, daß durch Ansetzung der Conferenz in Schleswig-Holstein die Sache erledigt sei.

Folgt Antrag 105. — Reißer ist gegen denselben; man müsse sich den Bedürfnissen des Publikums fügen. Wohl die meisten Geschäftsannoncen seien Reclameannoncen.

Bogenig bemerkt, daß der Antrag sich nur auf Versammlungsannoncen bezog, und also nicht richtig in der Vorlage stehe. Der „Vorwärts“ nehme für die Zeile 10 Pf., das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ 25 Pf.

Auer behauptet, daß der Sinn des Antrages genau wiedergegeben sei, und verliest das Original, woraus sich dies auch ergibt.

Es wird Schluß der Debatte angenommen und der Antrag 105 abgelehnt.

Von Kayser und Reißer wird der Antrag gestellt, in den Industriebezirken Oberschlesiens ein Parteiblatt in polnischer Sprache zu gründen.

Kayser bemerkt dazu, daß in Oberschlesien Industriebezirke seien, worin die Ultramontanen noch herrschen, trotzdem könne man dort mit Leichtigkeit durch ein politisches Blatt unseren Ideen Eingang verschaffen.

Geib führt an, daß in dieser Sache ein Schreiben von dem Genossen Hans Blum aus Jarotschin zur Einsicht vorliege, aus welchem zu entnehmen sei, daß die Agitation dort mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft ist. Redner halte ein Vorgehen in der beantragten Weise für verfrüht.

Heiland weist darauf hin, daß die dänische Bevölkerung Schleswig's nur eine geringe, die polnische Posen's und Schlesiens dagegen eine bedeutende sei; es ließe sich also wohl empfehlen, in Oberschlesien etwas zu thun.

Bebel ist gegen Annahme des Antrages, weil unter den jetzigen Verhältnissen nichts auszurichten sei. Wichtig sei aber diese Gegend, da dort eine riesige Industrieentwicklung und ein zahlreiches Fabrik-

proletariat vorhanden. Wir hätten daher dort ein reiches Agitationsfeld, welches aber erst durch das Wort bearbeitet werden müsse. Sei dies geschehen, so könne die Blattfrage in Erwägung gezogen werden. Redner habe bemerkt, daß sehr viele der Arbeiter deutsch verstehen, und also durch Vorträge in Versammlungen gewonnen werden könnten; er beantrage aus den angeführten Gründen Uebergang zur Tagesordnung.

Geib theilt mit, daß Seitens einiger Genossen in der Provinz Posen schon einzelne Drucksachen in polnischer Sprache zur Verbreitung gelangt seien.

Kayser zieht seinen Antrag zurück; der Antrag Bebel auf Tagesordnung wird angenommen.

Es folgt Antrag 81. — Kayser bemerkt zu demselben, daß im „Vorwärts“ manche Artikel erschienen, welche für die massenhafte Verbreitung geeignet, aber für eine Broschüre zu kurz seien, und daher mehrere zusammen herausgegeben werden müßten.

Heinzel ist gegen den Antrag, weil jetzt schon so massenhaft Schriften vorhanden seien, daß sie kaum alle gelesen, resp. gekauft werden können.

Sadlich betont, daß die Sache ihre besondere Schwierigkeit habe, weil man den Satz nicht immer lange stehen lassen könne.

Nachdem Frohme gegen, Klemich für den Antrag gesprochen, wird Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

Es folgt ein Antrag von Paschky, lautend: „Der Congreß möge beschließen, daß das Central-Wahl-Comite bei den Localblättern dahin zu wirken habe, daß die Versammlungsannoncen der Partei billiger berechnet würden als andere Annoncen.“

Paschky empfiehlt den Antrag, weil die Localblätter wohl in der Lage seien, dies für die Partei leisten zu können.

Rackow wünscht Ablehnung, weil der Antrag practisch nicht auszuführen sei. Der Preis sei abhängig von den verschiedenen Ortsverhältnissen. Der Congreß möge aber den Wunsch aussprechen, daß die Genossen an den betreffenden Orten sich mit den Verwaltungen der bezüglichen Blätter verständigen. Der Antrag Paschky wird abgelehnt.

Es folgt Antrag 97. — Otto motivirt denselben damit, daß bei der letzten Wahl diesbezüglich Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. In einem Flugblatt für den 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, welches Redner zur Hand habe, befinde sich folgender Passus: „Hartmann will die militärische Dienstzeit nicht nur für die Söhne der Wohlhabenden, sondern für Jedermann beschränken. Auch der Tagelöhner, der Handwerker soll nur ein Jahr dienen.“ — Das Parteiprogramm wolle Abschaffung des Militarismus überhaupt, und wenn man also nicht für die allgemeine Wehrpflicht und die Volkswehr eintrete, sondern nur für Beschränkung der Wehrpflicht unter dem heutigen System auf ein Jahr, so verstoße man gegen das Programm. Redner will, daß man unter allen Umständen die Forderungen des Programms unbedingt und unzweideutig aus unseren Flugblättern erkennen könne.

Hartmann erwidert, daß es sich darum handelte den gegnerischen Mandatvorn entgegen zu arbeiten, und habe sich der Passus in dem Flugblatt auf die Einrichtung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes bezogen.

Beß findet keinen Verstoß gegen das Programm in dem erwähnten Satze; man müsse bei der Wahlagitation eben practisch vorgehen.

Hasenclever findet ebenfalls keinen Verstoß in dem von Otto angeführten Passus; es sei derselbe, wie Hartmann bemerkt, dem Einjährig-Freiwilligenwesen gegenüber gebraucht worden.

Eckert hält die Sache nicht für so leicht, es seien noch andere Flugblätter herausgegeben worden, welche direct gegen das Programm verstoßen hätten. Wir müssen uns streng an unser Programm halten, sonst verwässern wir dasselbe.

Frohne hält den Grund von Hartmann und Hasenclever nicht für stichhaltig; wenn er Gegner wäre, so könne er mit dem Programm in der Hand auftreten und sagen, die Social-Demokraten ließen mit sich handeln.

Ein Antrag Hoyer's auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt; ein solcher auf Schluß der Discussion ebenfalls.

Otto behauptet, daß Genossen in Altona jenes Flugblatt eben wegen des verlesenen Passus nicht austragen wollten. Es sei in Folge dessen von den Gegnern bei der Wahlagitation ausgesprengt worden, die Social-Demokraten gingen von ihrem Programm ab.

Bebel kann ebenfalls dem Passus nicht zustimmen; es liege ein Widerspruch darin mit unserem Programm, und wenn Hartmann gewählt worden wäre, hätte er im Reichstage auf Grund dieses Flugblatts in schlimme Calamität kommen können. — Redner behauptet, daß bei den vorigen Wahlen viele Redner auf den Stimmenfang ausgegangen seien, indem dieselben die Taktik angewendet, unsere Forderungen äußerst gemäßigt darzustellen oder gar zum Theil zu verschweigen. Wir wollen auf diese Weise keine Stimmen erwerben, wodurch der Candidat sowohl wie die ganze Partei in bedenkliche Verlegenheiten gebracht werden könne. Redner erinnere daran, wie sehr es Hasenclever nachgetragen worden sei, weil derselbe in der Militärdebatte im Reichstag gesagt, „wir lassen mit uns handeln.“ Man solle nur die passende Form wählen, dann könne man für die radicalsten Ideen Propaganda machen.

Finn ist der Meinung, daß man in einem Kreise wie der Altonaer nicht auf solchen Stimmenfang auszugehen brauche.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird abgelehnt.

Most ist der Ansicht, daß der angeführte Fall kein ausnahmeweiser sei; man habe vielfach nicht gewagt, radical vorzugehen, sondern sich so verblümt wie möglich ausgesprochen. Es wäre deshalb zu empfehlen, daß bestimmt würde, es sei künftig strikte Farbe zu bekennen. Redner habe die Wahrnehmung gemacht, daß das Verblümen nichts nütze, sondern daß man eher durchdringe, wenn radical vorgegangen werde. Seine Gegner hätten Stellen aus seinen Broschüren gerissen und ihm entgegen gehalten; er habe bei solchen Gelegenheiten erklärt, daß es noch viel schärfer gemeint sei,

wie die Stellen lauteten — das zog! — Bei solchen Gelegenheiten habe es sich gezeigt, daß alle Feinde mit dem Schwerte des Socialismus desto eher in die Pfanne gehauen werden können, je schärfer es sei.

Hartmann behauptet, daß im Altonaer Wahlkampfe wohl radical vorgegangen worden sei; es habe sich aber in jenem Flugblatt um eine Widerlegung der Gegner gehandelt auf die Behauptung, daß heute schon eine Gleichberechtigung zwischen den verschiedenen Klassen bestehe. Da wurde denn auf das System des Einjährigfreiwilligen-Dienstes verwiesen und ferner gesagt, daß der Candidat der Arbeiterpartei auch hierin eine Gleichheit wolle. — Uebrigens sei Redner der Meinung, daß es auch zu empfehlen sei, etwas vorsichtig mit Vorschlägen und Projekten zu sein, da man damit den Gegnern Waffen in die Hände gebe.

Hoyer führt an, daß sämtliche Flugblätter für den 8. schlesw.-holst. Wahlkreis dem Wahlcomitee unterbreitet worden seien; es sei nicht nur das eine Flugblatt herausgegeben worden, auf dem man hier herumreite, sondern unter anderen auch ein solches, in welchem das ganze Programm der socialistischen Arbeiterpartei abgedruckt war. Redner ist der Meinung, daß man wohl auf radicalem Standpunkte stehen und doch vorsichtig sein könne, es sei in dieser Beziehung z. B. in Schleswig-Holstein in religiöser Beziehung viel geschadet worden.

Weib. Man möge aus einer Mücke keinen Elephanten machen. Er, der s. Z. im Reichstage der Einzige gewesen, welcher gegen jeden Antrag auf Bewilligung von Geld und Militär gestimmt, halte sich für berechtigt, in dieser Sache als Unparteiischer zu sprechen. Nicht aus principiellen, sondern aus taktischen Gründen sei der betreffende Passus im Altonaer Flugblatt veröffentlicht worden. Man müsse bedenken, wie dies Flugblatt entstanden sei; die Gegner suchten die Wähler im letzten Momente durch ihre Flugblätter zu fangen. Man war darauf angewiesen, sich das gegnerische Flugblatt vor der Ausgabe zu verschaffen, um es dann Satz für Satz in einem gleichzeitig zur Vertheilung kommenden Wahlauftrufe zu widerlegen. So konnte es geschehen, daß der fragliche Passus geschrieben wurde — und so ist derselbe auch erklärlich und in etwas berechtigt. Redner behauptet, daß im Ganzen nur selten derartige kleine Schnitzer vorgekommen seien und die Beschuldigungen, wie sie Most und Bebel gemacht, als habe die Mehrheit der Parteigenossen in der Wahlbewegung nicht Farbe bekannt, unbegründet wären. Dagegen habe Redner schon öfter in Versammlungen mit weit schlimmeren Schnitzern zu kämpfen gehabt, nämlich mit Utopistereien, wie die Bebel'schen Kochfrauen und die Most'schen Scheuerfrauen, mit welchen Redner absolut nichts zu thun haben wolle.

Most. Auf das Altonaer Flugblatt sei man nur gekommen, um es als Beispiel anzuwenden. — Was einzelne Ausführungen in seinen Broschüren betreffe, so hätten ihm schon verschiedene Genossen Aehnliches wie Weib gesagt; er habe indessen nirgends positive Vorschläge gemacht, sondern nur darauf hingewiesen, wie dies oder jenes durchzuführen sei, und daß die Einwendungen der

Gegner nicht stichhaltig seien. Was er in seinen Broschüren über angebliche „Utopien“ geschrieben, sei einfach von gegnerischen Blättern in perfider Weise entstellt worden und verwahre er sich daher gegen den ihm gemachten Vorwurf. Er nehme nicht einen Buchstaben zurück und sei es ihm stets leicht geworden, seine Schriften den Gegnern gegenüber zu vertheidigen.

Frohme meint, daß es vielfach Manier der Gegner sei, Ausführungen unserer Agitatoren zu fälschen und zu verdrehen; bezüglich des Altonaer Flugblattes läge aber der Wortlaut schwarz auf weiß vor.

Frick billigt das Verfahren des Altonaer Wahlcomitee's nicht und ist für stete radicale Vertretung des Programms. Es wäre freilich „praktisch“ gewesen, in's Programm einen Passus einzuschreiben, welcher auch die Annahme von Theilzahlungen erlaubt! — Was die Broschüren Most's betreffe, so bemerkte Redner, daß in vielen Sachen Reden Silber — Schweigen aber Gold sei! Man müsse sich doch sagen, daß mit derartigen Zukunftsbildern in einer kleinen Broschüre, in welcher die Fragen nicht eingehend behandelt werden können, mehr geschadet wie genützt werde.

Bebel verwahrt sich gegen die Auffassung des Vorsitzenden, als habe er behauptet, daß durchgehends bei der vorigen Wahl Bauernfängerei getrieben worden sei. Es wundere ihn ferner, daß ein so alter Parteigenosse wie Geib nicht auf die Idee gekommen, die Geschichte mit den Kochfrauen sei von den Gegnern erfunden, wie dies thatsächlich in der Richter'schen Correspondenz der Fall gewesen. Vor kurzem hätten einige Gegner Redner gesagt, es sei doch ein Unsinn, die Kinder gemeinsam in Staatsanstalten erziehen zu lassen, wie Kräder in Breslau in einer Versammlung ausgeführt habe. Redner habe den Betreffenden erwidert, daß Kräder dies unmöglich gesagt haben könne, sondern diese Behauptung nur auf Entstellung beruhen könne. Man erfahre ja täglich, wie entstellt werde; der Gefahr vor Entstellungen könne man nie entgehen, man müsse ihr aber stets entgegen treten.

Frische protestirt gegen den Ausdruck Most's, daß bei den verflossenen Wahlen im Allgemeinen in den Flugblättern unser Prinzip verlegt worden sei; Redner habe eine Menge derselben in Händen gehabt, und nichts darin gefunden, was gegen das Programm verstieße. Most habe mit seiner Behauptung die ganze Partei blamirt.

Liebnecht schließt sich dem Proteste Frische's an und bezieht denselben auch auf Bebel, den Geib allerdings richtig verstanden habe. Redner wirft Bebel vor, daß gerade in des Letzteren alten Wahlkreise die Wähler am schlechtesten in Beziehung auf das Parteiprogramm instruiert gewesen seien. Die Wahl Bebel's sei jahrelang mehr auf dessen Namen, als auf das Programm erfolgt.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Most erklärt persönlich, daß er nicht gesagt habe, das Parteiprogramm sei allgemein verleugnet worden, und weise er daher die ihm gemachten Sottisen zurück.

Der Vorsitzende Geib fragt, den letzteren unparlamentarischen Ausdruck habe Redner wohl nicht gebrauchen wollen.

Most erwidert, daß er „Complimente“ habe sagen wollen.

Geib betont, daß er, wie man aus der Bestätigung durch Liebnecht sehe, Bebel's Worte nicht falsch aufgefaßt habe und er die socialistische Wahlbewegung mindestens ebenso richtig beurtheilen könne wie Bebel.

Bebel erklärt Geib gegenüber, daß er selbst wohl der beste Interpret seiner Worte sei. Gegen die Behauptung Liebnecht's müsse ihm Freund und Feind bezeugen, daß er nicht der Mann sei, Vertuschung zu treiben.

Siegel behauptet, daß die Wähler des 17. sächsischen Wahlkreises sicherlich über die Bestrebungen der Partei genügend unterrichtet seien und dieselben aus prinzipiellen Gründen für Bebel stimmten.

Nauert meint, daß sich Liebnecht jedenfalls zu scharf ausgedrückt habe; die Schuld daran, daß die Stimmzahl in Glauchau u. s. w. nicht so stark gewesen wie früher, habe nicht an Bebel gelegen.

Es wird zur Abstimmung geschritten und Antrag 97 angenommen.

Antrag 123 wird nicht genügend unterstützt.

Anträge 121 und 122 werden von Steffen empfohlen; die Harburger Parteigenossen seien der Ansicht, daß nur bei allgemeiner Harmonie die Bewegung gefördert werden könne, diese aber durch verschiedene gehässige Broschüren gestört würde. Es beziehe sich dies auf Broschüren von Bracke (Lassalle's Vorschlag) und W. Becker (die Agitation Lassalle's.)

Frische hält den Antrag für einen sehr eigenthümlichen; wenn man die Konsequenzen desselben ziehe, so käme man schließlich auf die päpstliche Einrichtung des Syllabus. Es gäbe zwar gehässige Schriften, wie die von Becker (Lassalle's Lebensende), Redner hält es aber für genügend, wenn diese nicht mehr empfohlen werden. Im Uebrigen stehe Lassalle viel zu hoch, um von einem Becker erreicht werden zu können.

Steffen ändert den Antrag 121, da er inzwischen in Bezug auf die Bracke'sche Broschüre privat eine befriedigende Erklärung erhalten habe, dahin ab, daß derselbe sich nur auf die erst erwähnte Becker'sche Schrift bezieht.

Hörig ist der Ansicht Frische's; alles was geschrieben ist, gehöre der Geschichte an, und wollen wir darüber kein Anathema aussprechen. Eine andere Frage sei die, ob nicht die Gegner solche Schriften verbreiten, wenn sie der socialistischen Partei damit schaden zu können vermeinen, wenn sie erfahren, daß dieselben dazu geeignet seien.

Geib erklärt, daß schon vor 2 Jahren im damaligen Vorstande mit drei gegen zwei Stimmen beschlossen worden sei, die Becker'sche Broschüre (Agitation Lassalle's — das „Lebensende“ war schon vergriffen) vom offiziellen Verzeichniß der Parteischriften abzusetzen.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung angenommen und Antrag 122 damit zugleich erledigt, ebenso der Antrag von Frohme: „Der Congreß möge den Delegirten empfehlen, dafür zu sorgen, daß die Anstoß erregende Becker'sche Broschüre nicht ferner verbreitet werde.“

Es liegen ferner Anträge vor von Steffen: „Der Congreß wolle beschließen: In Zukunft werden nur solche Broschüren zur Agitation empfohlen, welche vom Centralwahlcomite geprüft und für gut befunden sind.“ — Müller und Genossen: „Die Broschüren, welche Unrichtigkeiten u. s. w. enthalten, so weit es thunlich ist, dem Congreß zu bezeichnen.“

Steffen ist der Ansicht, daß viele Broschüren herausgegeben worden sind, welche nicht den Werth haben, der sich in ihrem Preise ausdrückt. Sie taugen wenig zur Aufklärung. Redner führt verschiedene Schriften an, bei denen er dies annehme.

Frohme beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag involvire Einführung der Censur und verleihe die Gedankenfreiheit.

Der Frohme'sche Antrag wird angenommen.

Antrag 120 wird ungenügend unterstützt.

Dreesbach fragt an, ob der „Arme Conrad“ diesmal rechtzeitig erscheine und wann?

Geib erklärt, daß durch Arrangement des Central-Wahl-Comite's mit Braße die Herausgabe des „Conrad“ und des „Braunschweiger Volkskalender“ auf den 1. August angefezt sei.

Ein Antrag aus Kappel bei Chemnitz wird nicht genügend unterstützt.

Sodann liegt ein Antrag vor von Genossen aus Gröna bei Chemnitz, lautend: „Der Congreß wolle beschließen, daß in den Parteikalender eine statistische Tafel aufgenommen wird: a. über Ein- und Ausgangszoll; b. über directe und indirecte Steuern; c. über die Gehalte der höchsten und niederen Beamten; d. über die Ausgaben für das Heerwesen und die Volksschulen; e. über die Gehälter sämmtlicher Regenten, Prinzen und Prinzessinnen und der Präsidenten der verschiedenen Republiken.“

Dieser Antrag wird von Wiemer zur Annahme empfohlen.

Geib bemerkt, daß Vieles diesmal nicht berücksichtigt werden könne, da der Kalender ziemlich fertig sei.

Der Antrag wird angenommen.

Ein auf den Kalender bezüglicher Antrag von Daßbach wird nicht genügend unterstützt; desgleichen ein Antrag aus Simsbüttel.

Ein Antrag Kästner's wird erledigt durch die Erklärung Geib's, daß in diesem Jahrgange des Kalenders die Rubrik berühmter Männer durch eine andere ersetzt sei.

Fried stellt folgende Interpellation: „Ich stelle die Anfrage, wie es sich mit dem Versprechen Hasselmann's in Betreff der „Rothen Fahne“, welches er dem Parteivorstande gegeben haben soll, verhält.“

Fried bemerkt hierzu, er habe die Anfrage gestellt, weil er von den Bremer Genossen dazu veranlaßt worden sei; dieselben wollten Klarheit in der Sache haben.

Hasselmann erklärt, er habe kein Versprechen gegeben, die „Rothe Fahne“ am 1. Januar eingehen zu lassen.

Auer. Aus dem damaligen Schreiben Hasselmann's habe man nichts Anderes entnehmen können, als daß die „Rothe Fahne“ nur als Wahlflugblatt erscheinen sollte. Dasselbe lautet:

„Berlin, 17. September 1876.

Herrn Geib, Hamburg.

Geehrter Genosse. Nachdem meine Thätigkeit bei der Parteipresse auf einfache Mitarbeiterschaft begrenzt worden ist, beabsichtige ich, wie ich in Gotha schon Hartmann und einigen anderen Genossen flüchtig mittheilte, besonders in die rheinische Wahlagitation thätig einzugreifen und zu diesem Behuf vom October an wöchentlich ein Flugblatt, welches im Verkauf per Stück etwa 5 Pf. kosten wird, herauszugeben. Die Flugblätter sollen in Barmen gedruckt und zunächst der dortigen Gegend angepaßt werden (schroffer Klassen-gegensatz). Doch zweifle ich nicht, daß diese Flugblätter auch in anderen Kreisen, welche aus zahlreichen weit zerstreuten Ortschaften bestehen, wenn gut verbreitet, bei der Wahl bedeutend nützen können, z. B. in Holstein, im Harz, in Cassel, Hanau, Offenbach u. s. w. Ich möchte daher bitten, mir diejenigen Wahlkreise, in welchen eine solche regelmäßige Flugblattagitation besonders angebracht sein würde, mittheilen, und nöthigenfalls aus denselben Adressen mir aufenden zu wollen. Sobald das Probeflugblatt, welches die Barmer Genossenschaft druckt, fertig gestellt sein wird, werde ich Ihnen Exemplare zustellen. Besten Gruß. W. Hasselmann.“

Das Central-Wahl-Comite hatte also gegen das Erscheinen der „Rothen Fahne“ als Wahlflugblatt nichts einzuwenden und wurden Hasselmann die gewünschten Adressen übermittelt. Kurz darauf traf aber ein Schreiben Radow's ein, in welchem derselbe mittheilte, daß Hasselmann die „Rothe Fahne“ als regelmäßig erscheinende Zeitung auf der Post angemeldet habe und man daher in Berlin in Zweifel sei, ob man Hasselmann's Wunsch erfüllen und die Probenummer dem „Neuen Social-Demokrat“ beilegen solle; man wünsche daher unsere Meinung zu hören und zwar telegraphisch, da anderen Mittag expedirt würde. Nachdem die Mitglieder des Central-Wahl-Comite's sich besprochen, wurde telegraphirt, daß Hasselmann eine schriftliche Erklärung abgeben solle, die „Rothe Fahne“ nur bis zu den Wahlen erscheinen zu lassen. Es verging nun eine Zeit, bis plötzlich Hasselmann in der „Rothen Fahne“ erklärte, die Gerüchte, daß er das Blatt nach den Wahlen eingehen lassen wolle, seien unbegründet; daraufhin wurde in Berlin angefragt, wie es sich mit der schriftlichen Erklärung Hasselmann's verhalte. Es ging dann folgender Brief ein:

„Lieber Derossi. Betreffs der Angelegenheit Hasselmann's haben wir mitzutheilen, daß derselbe damals uns und mehreren Andern gegenüber erklärte: „Ich habe dem Parteivorstand in Hamburg mein Ehrenwort gegeben, daß die „Rothe Fahne“ nach Beendigung der Reichstagswahl wieder eingehen soll; wenn dies nicht genügt, ein schriftliches Ehrenwort zu geben, halte ich nicht für nöthig.“ Wir schenkten dieser Aussage Glauben und hielten ein Euch mündlich gegebenes Ehrenwort für genügend. F. W. Frißsche. S. Radow.“

Da von den verschiedensten Seiten Anfragen bezüglich der „Rothen Fahne“ eingingen, so sah sich das Centralwahlcomite veranlaßt, bei Hasselmann über Mittheilung des eben verlesenen Briefes anzufragen, was er für Absichten betreffs dieses Flugblattes habe.

Hasselmann bestritt in seiner Antwort, Frißche und Radow gegenüber jene Erklärung abgegeben zu haben, und wurde die Angelegenheit nun zur Verhandlung hier auf dem Congresse zurückgelegt.

Frißche erklärt, Hasselmann habe damals, wie angegeben, die Probenummer der „Rothen Fahne“ dem „Neuen Social-Demokrat“ als Beilage beigegeben wollen. Hasselmann habe die „Rothe Fahne“ als Flugblatt bezeichnet, und auf den Einwurf, daß sie ja als Zeitung angemeldet sei, als Grund hierfür den billigeren Bezug angegeben, und erklärt, daß nur 13 Nummern erscheinen sollten. Es wurde von Radow beim Centralwahlcomite angefragt, von welchem dann die erwähnte Depesche einging. Daraufhin wurde von Hasselmann jene Erklärung verlangt, von diesem aber das in dem verlesenen Berliner Briefe Gesagte angeführt. Daß Hasselmann gerade von einem mündlichen „Ehrenwort“ gesprochen, wolle Redner nicht behaupten; wohl aber habe er von seinem gegebenen Worte gesprochen.

Hasselmann. Er habe schon auf dem vorigen Congresse mit Hartmann über sein Project geredet; eine bestimmte Absicht auf Fortsetzung nach den Wahlen habe er damals nicht gehabt. Ein Concurrrenzblatt des „Vorwärts“ sollte die „Rothe Fahne“ keinesfalls werden; hätte sich dies herausgestellt, so würde er sie haben eingehen lassen. Er habe sich nicht nach Hamburg gewandt, um Erlaubniß zur Herausgabe des Blattes zu erlangen, da er eine solche nicht für nöthig gehalten, sondern um Adressen zu bekommen. Die „Rothe Fahne“ habe er erst später als Zeitung angemeldet, weil sich dies als practisch empfahl, im Uebrigen habe sie auch heute noch mehr den Charakter eines Flugblattes. Redner habe sich berechtigt geglaubt, als Redacteur des „Neuen Social-Demokrat“ die „Rothe Fahne“ als Beilage, gegen Deckung der Kosten, zu geben; der „Vorwärts“ habe schon Blätter empfohlen, welche gar nicht auf unserm Standpunkte stehen, und sei hierüber der Vorstand gar nicht gefragt worden. Man habe von Berlin aus hinter Redners Rücken nach Hamburg geschrieben; erst als die Packete mit der „Rothen Fahne“ aus Warmen angelangt waren, wurde erklärt, daß man sich nach Hamburg gewandt habe. Das Telegramm von Hamburg blieb über die bestimmte Zeit aus, und gab Radow daher Anweisung, das Blatt dem „Neuen Social-Demokrat“ beizulegen. Erst Nachmittags kam das Telegramm an, und war darin zum erstenmal von dem Erscheinen der „Rothen Fahne“ bis zu den Wahlen, worüber Redner damals noch gar nicht nachgedacht habe, die Rede. Radow habe damals Redner mitgetheilt, daß die „Rothe Fahne“ expedirt worden sei; andernfalls hätte er dies mit Hülfe einiger seiner Berliner Freunde selbst per Packet besorgt. — Ein solches Versprechen, wie ihm zugemuthet würde, hätte er nicht gegeben, und würde ihm dies auch gar nicht eingefallen sein. Von einem mündlichen Ehrenworte könne gar nicht die Rede sein, da er gar nicht zu der Zeit in Hamburg gewesen sei; es könne also hier nur ein Mißverständniß vorliegen. Erst, als Redner gehört, daß man gegen ihn mit der Behauptung agitire, er habe sein Ehrenwort gegeben betreffs Eingehens der „Rothen Fahne“, sei er mit der erwähnten Erklärung in diesem Blatte vorgegangen. Er habe sich damals an das Centralwahl-

comite und auch an die Beschwerdec Commission gewandt, um die Sache klarzulegen. Das Weitererscheinen der „Rothen Fahne“ läge in den Verhältnissen des Wahlkreises und der Druckerei in Warmen; dieselbe ermögliche es Redner, die dort erscheinenden Blätter gratis redigiren zu können.

Friß bemerkt, daß Hasselmann nicht an die Beschwerdec Commission, sondern an Redner persönlich geschrieben habe.

Grottkau. Ihm seien die Aussagen Hasselmann's unverständlich geblieben, besonders in Bezug auf die schriftlichen und mündlichen Ehrenworte. Hasselmann habe die an ihn gerichtete Frage nicht genügend beantwortet; der Congreß wolle nicht nur die Entstehungsgeschichte der „Rothen Fahne“ wissen, sondern auch, wie lange sie Hasselmann fortzuführen gedenke. Hasselmann behaupte, ein Recht zu haben, die „Rothe Fahne“ herauszugeben und fortzusetzen, wie jeder Genosse das Recht habe, Flugblätter und Broschüren herauszugeben; Redner meint aber, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen einem zeitweiligen Flugblatt und dem Blatte Hasselmann's sei. Die „Rothe Fahne“ habe bei ihrem Erscheinen einen ganz anderen Charakter gehabt, wie jetzt; jetzt sei sie eine perfecte Zeitung, welche von den Anhängern Hasselmann's in ganz Deutschland verbreitet werde, und so das Interesse der Partei deren Centralorgan gegenüber schädige. — Ferner stelle sich die „Rothe Fahne“ auf einen ganz besonderen Standpunkt, indem sie den Kampf gegen die „Intelligenzen“ zum Stichwort mache. — Redner habe von den verschiedensten Seiten gehört, daß die „Rothe Fahne“ nicht nur als Concurrrenzblatt gegen den „Vorwärts“ benützt werde, sondern daß sich sogar eine „Partei der rothen Fahne“ an verschiedenen Orten gebildet. — Die Erklärung, die „Rothe Fahne“ nur bis zu den Wahlen erscheinen zu lassen, habe Hasselmann (in der Probenummer) selbst gebracht. — Betreffs der Stellung Hasselmann's erinnere Redner nur an dessen Manier, wie es ihm voriges Jahr beliebte, in Berlin Bericht über den Congreß zu erstatten. Daraus ginge hervor, daß Hasselmann nicht im Interesse der geeinigten Partei die „Rothe Fahne“ haben gründen wollen. — Es sei nicht richtig, daß Hasselmann nur deshalb die „Rothe Fahne“ als Zeitung angemeldet habe, weil dies billiger kam, da letzteres nicht der Fall sei. — Was die Haltung der „Rothen Fahne“ betreffe, so erkenne Redner zwar an, daß die Schreibweise derselben auf diejenige von Wirkung sei, welche nicht über die Bestrebungen der Partei unterrichtet seien. Die sociale Frage, der Klassenkampf, ist mehr als eine Messer- und Gabelfrage, wie Hasselmann sie hinstellt, nur um jenen zu gefallen, welchen der wissenschaftliche Sozialismus durch solche Tactik entfremdet wird. — Redner behauptet, Hasselmann habe jedenfalls mit falschen Karten gespielt, möge man die Sache drehen wie man wolle; es sei hier das Parteiinteresse engagirt, und verlange Redner deshalb eine bindige Erklärung von Hasselmann, sowohl bezüglich des „Ehrenworts“ wie des Weitererscheinens der „Rothen Fahne“.

Sirsch beantragt zu beschließen, daß die „Rothe Fahne“ am 1. Juli einzugehen habe, zieht den Antrag aber wieder zurück.

Löbde fragt an: „Welche Bewandniß hat es mit der Absicht Hasselmann's, ein illustriertes Sonntagsblatt — gleichsam ein Concurrrenzblatt gegen die „Neue Welt“ — herauszugeben?“

Hasselmann. Grottkau habe behauptet, er sei die Antwort auf die gestellte Frage schuldig geblieben, wie lange die „Rothe Fahne“ erscheinen solle; darnach sei er gar nicht gefragt worden; ferner habe er bezüglich des Ehrenworts schon erklärt, daß er kein solches gegeben habe und Frikische habe zudem gesagt, daß er nicht behaupten könne, es sei von einem Ehrenwort die Rede gewesen. — Redner habe niemals versucht, Uneinigkeit in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Was das Weitererscheinen der „Rothen Fahne“ betreffe, so werde er dieselbe so lange herausgeben, als er es im Interesse der Partei für praktisch erachte. — Bezüglich des illustrierten Sonntagsblattes bemerke Redner, daß es sich um ein bescheidenes lokales Unternehmen handele, das keineswegs als Concurrrenz gegen die „Neue Welt“ aufgefaßt werden könne. Es solle nur dürftig illustriert werden. Redner erwähne noch, die Ultramontanen hätten das Unternehmen der „Rothen Fahne“ sofort nachgeahmt, und jedenfalls hätten dieselben ein Urtheil darüber, was zur Agitation praktisch sei.

Frohme. Hasselmann habe ihm im vorigen Jahre dasselbe geschrieben, was er heute hier erklärt habe. Man sei nach Allem, was hier gesprochen worden, von vornherein mißtrauisch gegen die „Rothe Fahne“ vorgegangen. Den Angriff Grottkau's leite Redner aus persönlicher Gehässigkeit her. Würde Redner einsehen, daß die „Rothe Fahne“ im geringsten die Partei schädige, so wäre er der erste, welcher dagegen stimme. Er halte aber den Bracke'schen Kalender für ein mindestens ebenso schädigendes Concurrrenzunternehmen dem „Armen Conrad“ gegenüber, wie die „Rothe Fahne“ gegenüber dem „Vorwärts“, und verlange er Gerechtigkeit für Hasselmann.

Hafenclaver bemerkt, daß die Anfrage Löbde's dadurch entstanden sei, daß er demselben mitgetheilt habe, Kuhl habe ihm von dem illustrierten Blatte erzählt, welches auch als Beilage zur „Duisburger Fr. Zeitung“ gegeben werden sollte. Wenn Redner auch nicht annähme, daß Hasselmann in der „Rothen Fahne“ ein Concurrrenzblatt des „Vorwärts“ habe gründen wollen, so hätte aber doch durch dessen ganzes Gebahren dieser Gedanke auftauchen müssen.

Muer führt an, Mißtrauen sei nicht vorhanden gewesen; das Central-Wahl-Comite wisse aber, daß die „Rothe Fahne“ dem „Vorwärts“ Concurrrenz mache, und deshalb bedauert dasselbe, nicht gleich von Anfang an energisch dagegen eingeschritten zu sein.

Hörig meint, die „Rothe Fahne“ müsse jetzt fortbestehen, wenn das Barmer Unternehmen nicht zu Grunde gehen solle. Aber Redner müsse betonen, daß in Hamburg, Altona, Ottensen u. s. w. eine Partei der „Rothen Fahne“ in der Bildung begriffen sei, welche durch ihr Auftreten die Bewegung schädige. Diese Leute begingen in den Versammlungen öfter Ungezogenheiten und erregten stürmische Debatten. — Der Beschluß des vorjährigen Congresses, die

beiden damaligen Haupt-Organen zu verschmelzen, also weder „Volksstaat“ noch „Neuer Social-Demokrat“ erscheinen zu lassen, sei mit der Herausgabe der „Rothen Fahne“ umgestoßen worden; doch bittet Redner, die Sache nicht weiter aufzurütteln, und die „Rothe Fahne“ als nothwendig für das Wuppertthaler Unternehmen zu betrachten. Es sei einmal geschehen, und eine Aenderung wäre schädlich.

Radow bemerkt, ihm sei Wort und Ehrenwort gleich, und habe also die Definirung Hasselmann's keine Bedeutung; es sei das eben Wortklauberei. Redner bestätigt den von Muer und Frikische dargestellten Sachverhalt bezüglich der „Rothen Fahne“. Das Mißtrauen in Berlin gegen das Unternehmen sei wohl berechtigt gewesen Angesichts des Umstandes, daß kurz vorher das Eingehen beider Parteiorgane, und die Einführung eines Central-Organes beschlossen worden war.

Bebel beantragt: „Der Congreß ersucht den Genossen Hasselmann, die „Rothe Fahne“, sobald die „Bayrische Volksstimme“ ihre Herstellungskosten deckt, eingehen zu lassen.“

Baschky beantragt: „Hasselmann wird ersucht, die „Rothe Fahne“ unter Aufsicht des Central-Wahlcomitees zu stellen.“

Zwiebler, dem Hasselmann seiner Zeit geschrieben, erklärt, daß allerdings zuerst nur von einem Wahlflugblatt „Rothe Fahne“ die Rede gewesen und die Auffassung des C. W. C. correct sei.

Hasselmann fragt Radow, wann Redner die bezügliche Erklärung gegeben haben solle.

Radow erwidert, daß dies vor der Expedition der „Rothen Fahne“ gewesen sei, nach Hasselmann's Rückkunft aus Hamburg.

Hasselmann meint, dies stände im Widerspruch mit den von anderer Seite gemachten Ausführungen. Er sei nach dem vorigen Congreß (vor Erscheinen der „Rothen Fahne“) nicht in Hamburg gewesen.

Finn: Die Ausführungen Grottkau's über Hasselmann's Berichterstattung über den Congreß seien einseitig; Grottkau habe damals selbst eine sehr zweifelhafte Stellung eingenommen.

Otte erklärt, daß in Ottensen von einer „Partei der Rothen Fahne“ keine Rede sein könne. Die dortigen Genossen billigten den Schritt Hasselmann's nicht.

Liebknecht bemerkt zu der von Hasselmann erwähnten Annonce im „Vorwärts“ (Tauschinsert der Starckenburger Zeitung), daß dieselbe durch einen Irrthum zur Aufnahme gelangt sei.

Grottkau behauptet, nicht aus persönlichen, sondern aus rein sachlichen Gründen gesprochen zu haben.

Hasselmann erklärt dem Antrage Baschky gegenüber, daß er sich durchaus nicht veranlaßt sehe, sich unter Polizeiaufsicht zu stellen, da er, so lange er Socialist sei — und das bliebe er bis an sein Ende — auch als solcher handeln und an der Organisation und dem Programm festhalten werde.

Der Antrag Baschky ist mit dieser Erklärung gegenstandslos geworden.

Der Antrag Bebel wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird um 12 Uhr abgelehnt. Antrag 124 wird nicht genügend unterstützt. — Ein fernerer Antrag von Münchener Genossen auf Herausgabe einer Jugendschrift wird angenommen, nachdem Geib noch mitgeteilt, daß ein solches Unternehmen schon in Vorbereitung und noch vor Weihnacht fertiggestellt sei.

Die Mannheimer Genossen beantragen, dem Genossen Dierfeld in Lambrecht eine einmalige Unterstützung in Form eines Darlehens von 60 Mk. zu gewähren. — Nach Motivierung des Antrages durch Dreesbach wird derselbe auf Vorschlag Geib's dem C.-W.-C. überwiesen.

Es folgt ein Antrag von Bollmar und Genossen: „Um der Solidarität der Socialisten aller Länder Ausdruck zu geben, beschließt der Congreß, den diesjährigen internationalen Socialisten-Congreß zu Gent durch einen Delegirten zu beschicken. Das Central-Wahl-Comite bestimmt den Delegirten.“

Grillenberger unterstützt diesen Antrag. — Liebknecht empfiehlt Vorsicht bei der Auswahl des Delegirten im Hinblick auf die bakunistisch-anarchistische Richtung, die sich gegenwärtig wieder stark in den Vordergrund dränge, und deren dominirende Stellung auf dem Congreß zu befürchten sei. In diesem Falle könne der Letztere der gesammten Arbeiterbewegung nur Schaden.

Der Antrag Bollmar und Genossen wird angenommen.

Ein Antrag von Kayser und Genossen: „daß die Localblätter verpflichtet sind, wenn sie durch Erwähnung der Person von Partei-Genossen deren Ehre kränken oder deren Ruf untergraben, Erklärungen der genannten Personen dem Wortlaut nach aufzunehmen, soweit darin nicht gegen das Strafgesetz verfehlt ist“ — wird angenommen.

Von Stettin liegt ein längeres, von einer Anzahl Parteigenossen unterzeichnetes Schreiben vor, in welchem beschwerdend über das die Partei schädigende Auftreten Zielowsky's berichtet, und beantragt wird, Zielowsky nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten.

D. Kapell und Radow bestätigen das in dem Schreiben Gesagte; dasselbe geschieht von Grottkau und A. Kapell.

Geib betont, es liege eigentlich ein Bedenken gegen Annahme des Antrages vor, weil Zielowsky nicht anwesend sei; allein, da derselbe sich selbst durch Herausgabe eines eigenen Blattes gegenüber dem Stettiner Parteiblatt außerhalb der Partei gestellt, so falle dieses Bedenken fort.

Der Stettiner Antrag wird angenommen; desgleichen ein Antrag von D. Kapell: „Der Congreß möge das Comite beauftragen, den in Bezug auf Stettin gefaßten Beschluß im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.“

Es wird nun zur Wahl des Sitzes der Control- und Beschwerdecommission geschritten, und als solcher Bremen bestimmt. — Sodann folgt Wahl des Central-Wahl-Comite's, und werden auf Antrag Böldke's, Hartmann, Brasch, Derossi, Auer und Geib wiedergewählt, und auch das Gehalt derselben

beibehalten. Ein Antrag, das Gehalt der Secretäre auf M. 165 monatlich zu erhöhen, wird nach kurzer Debatte angenommen, dieser Beschluß jedoch nach einer Erklärung beider Secretäre, welche eine Gehaltserhöhung ablehnten, wieder rückgängig gemacht.

Ein Antrag Radow's, eine Protokollcommission aus Berliner Delegirten zu wählen, wird abgelehnt, und werden in dieselbe Auer, Derossi, Geib, Hörig und Oldenburg — sämmtlich in Hamburg wohnhaft — gewählt.

Hierauf wird der Congreß vom Vorsitzenden Geib nach einigen Worten über das stetige Erstarken der Partei mit einem Hoch auf die Social-Demokratie aller Länder Nachts 1 Uhr geschlossen.

Die Schriftführer:

Derossi. Ulrich.

## Verzeichnis

der Delegirten und der durch sie vertretenen Orte.

1. Auer, (Hamburg), Altona.
2. Bachmann, (Zwickau), Schedewitz, Zwickau.
3. Bebel, (Leipzig), Mülheim a. Rh.
4. Bey, (Darmstadt), Eberstadt, Darmstadt.
5. Bloß, (Hamburg), Greiz, Gartenfeld.
6. Bodt, (Gotha), Gotha, Coburg, Arnstadt, Gößnitz.
7. Brätter, (Gera), Gera.
8. Daßbach, (Hanau), Langendiebach, Hanau, Großauheim.
9. Derossi, (Hamburg), Nordhausen, Schleswig.
10. Diekmann, (Berlin), Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau, Rixdorf, Köpenick, Nowawes.
11. Dreesbach, (Mannheim), Ludwigshafen, Mannheim, Worms, Oggersheim, Heidelberg, Neustadt a. d. H.
12. Eßert, (Kall), Kall.
13. Fechner, (Birnbaum), Flensburg.
14. Fischer, (Mylau), 22. sächsischer Wahlkreis.
15. Finn, (Berlin), Berlin.
16. Fricke, (Bremen), Hastedt, Minden, Bremerhafen, Bremen, Göttingen.
17. Frißche, (Berlin), Berlin.
18. Frohme, (Wodenheim), Vornheim, Frankfurt a. M., Hanau, Oberrad.
19. Geib, (Hamburg), Hamburg, Eimsbüttel.
20. Geiser, (Leipzig), „Neue Welt“.
21. Grillenberger, (Nürnberg), Nürnberg, Schweinau, Würzburg.
22. Grottkau, (Berlin), Berlin.
23. Habermann, (Magdeburg), Neundorf, Buckau, Magdeburg.
24. Hadlich, (Leipzig), Meissen, Kleinzschocher.
25. Hamer, (Elmsborn), Uetersen, Elmsborn, Barmstedt, Pinneberg.
26. Hartmann, (Hamburg), Hamburg.
27. Hasenclever, (Leipzig), Berlin, Duisburg.
28. Hasselmann, (Barmen), Barmen, Elberfeld, Cresfeld, Remscheid.
29. Heiland, (Berlin), Frankfurt a. O.
30. Heinkel, (Kiel), Kiel.
31. Hoyer, (Lübeck), Tutin, Lübeck.
32. Hirsch, (Stuttgart), Reutlingen.

33. Hbrig, (Hamburg), Hamburg.
34. Hurlmann, (Hamburg), Calbe, Mchersleben.
35. Just, (Breslau), Breslau.
36. Just, (Suhl), Suhl, Goldlauter, Heidersbach.
37. Kästner, (Frohburg), Pegau, Frohburg, Vorna.
38. Kapell, A., (Hamburg), 3. Hamburger Wahlkreis.
39. Kapell, D., (Hamburg), Cottbus, Berge, Forst, Gödritz, Berlin.
40. Kaulitz, (St. Johann), St. Johann-Saarbrücken.
41. Kayser, (Dresden), Dresden, Pirna.
42. Regel, (Chemnitz), Silberdorf, Böblich.
43. Kiefer, (München), München.
44. Klemich, (Dresden), Freiberg, Großenhain.
45. Klute, (Erfurt), Erfurt, Eisenach.
46. Kosty, (Naumburg), Naumburg, Zeitz.
47. Kreher, (Rändler), Limbach b. Ch., Pleisa, Wittgensdorf, Hartmannsdorf, Mühlau.
48. Kühn, (Apolda), 1. Weimarer Wahlkreis.
49. Kühn, (Langenbielau), Wahlkreis Reichenbach-Neurode.
50. Kühn, (Dsnabrück), Dsnabrück.
51. Kuhlmann, (Vielefeld), Vielefeld.
52. Lange, (Barmen), Langerfeld, Hahnerberg, Kronenberg.
53. Lehmann, (Pforzheim), Pforzheim, Carlsruhe, Freiburg, Konstanz.
54. Lichtensteiger, (Rechhausen), Augsburg, Kaufbeuren.
55. Liebknecht, (Leipzig), „Vorwärts“.
56. Lingner, (Achim), Achim, Verden.
57. Löwenstein, (Fürth), Fürth, Erlangen.
58. Madenzie, (Düsseldorf), Düsseldorf.
59. Matthäi, (Wiedenbrück), Rheda.
60. Meister, (Hannover), Hannover.
61. Möller, (Angersbach), Langensalza.
62. Most, (Berlin), Berlin, Mainz.
63. Motteler, (Leipzig), Groitzsch.
64. Nauert, (Leipzig), Leipzig.
65. Neißer, (Bremen), Controll-Commission.
66. Nehme, (Leipzig), Pösneck.
67. Oldenburg, (Altona), Neumünster, Rendsburg.
68. Otto, (Ottenfen), Ottenfen, Lockstedt.
69. Paschky, (Strießen), Neu-Strießen.
70. Pfaunkuch, (Cassel), Cassel, Friedberg, Fulda.
71. Preißer, (Lindenau), 13. sächsischer Wahlkreis.
72. Radow, (Berlin), Brandenburg.
73. Ramm, (Leipzig), Rochlitz.
74. Reichert, (Chemnitz), Chemnitz.
75. Richter, (Striegau), Striegau.
76. Schlesinger, (Breslau), Liegnitz.
77. Schmalfeld, (Pinneberg), Uetersen, Elmsborn, Barmstedt, Pinneberg.
78. Schröder, (Stuttgart), Göppingen, Stuttgart.
79. Schumacher, (Breslau), Oberfalzbrunn, Giersdorf.

80. Schumacher, (Eöln), Eöln, Solingen.
81. Siegel, (Meerane), Meerane.
82. Söhler, (Braunschweig), Braunschweig, Harzburg.
83. Steffens, (Harburg), Harburg.
84. Strumpen, (Essen), Essen.
85. Tölcke, (Iserlohn), Dortmund, Iserlohn.
86. Ulrich, (Offenbach), Offenbach, Bürgel.
87. Ulrich, (Ulm), Württemberg.
88. Wahlteich, (Chemnitz), Mittweida, Frankenberg.
89. Wogenitz, (Wandsbeck), Wandsbeck.
90. Wollmar, (Dresden), Löbtau, Neudorf-Gieschen, Zittau, Osbersdorf.
91. Walther, (Grimmischau), Werbau, Grimmischau.
92. Werner, (Leipzig), Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.
93. Wiemer, (Chemnitz), Gelenau, Herold, Kappel, Gablenz, Annaberg-Buchholz, Altendorf, Burchardtsdorf.
94. Wolf, (Mülheim a. M.), Großsteinheim, Heusenstamm, Obertshausen, Wahlkreis Offenbach-Dieburg.
95. Zwiebler, (Budau), Edderitz, Oschersleben, Eöthen, Halle, Bernburg, Altenweddingen, Kl. Ottersleben.

95 Delegirte; 251 Orte, worunter 30 ohne Angabe der Stimmenzahl; ferner 6 ganze Wahlkreise, worunter 5 ohne Angabe der Stimmenzahl und einer mit solcher. Auf den Mandaten angegebene Stimmenzahl zusammen 32,000.

